



Vertrauliche Briefe

aus dem

Zollparlament

(1868 — 1869 — 1870)

von

Ludw. Bamberger

(an seine Wähler).



Breslau.
Ernst Günther's Verlag.
1870.

Inhalts-Verzeichniss.

1870.

Hrn. Dr. Arnold Ruge

in Brighton.

Verehrter Freund und Meister!

Gerne hätte ich mit Deinem Namen etwas Beträchtlicheres geschmückt, als die kleine Sammlung der hier aufgespiessten Eintagsfliegen. Aber meine Feder ist nun einmal leider nicht aus dem Holz geschnitzt, auf welchem die wohlbeleibten Bände wachsen. Mich besitzt, zu meiner Schande oder Ehre, die schnell lebende Gegenwart. Mit raschem Eifer die Erscheinung jedes Tages in sich aufnehmen, im selben Tempo den empfangenen Eindruck wiedergeben, und alsobald auch erleben wollen, wie das Selbstgedachte und Selbstempfundene auf Andere wirkt; diesen dreifachen Kreislauf stets mit neuer Lust durcheilen; seinen Gewinn mehr im schnellen Umschlag als in der soliden Anhäufung des Kapitals erjagen; für das thätige, sichtbare Eingreifen in den Augenblick verzichten auf den edleren Lohn geduldigen Forschens und Schaffens; am Morgen säen, am Mittag ernten, am Abend backen; alles Lieben und alles Hassen heiss vom Ofen weg auftischen und — Dank all dem — in jeder Minute inne werden,

dass man offnen Auges und rühriger Hand mitten in dem bunt bewegten Fluss des breiten frischen Lebens schwimmt und rudert: das, dünkt mich, ist die Art der Zeit, ist ihre Lust und ihre Signatur. Alle Ewigkeiten bestehen doch wieder nur aus Augenblicken, und warum sollte der spätentfernte heiliger sein als der nächstergreifbare? So dient die Zeit sich selbst, und das Symbol dieses Dienstes nennt mit unvergleichlicher Tiefe die deutsche Sprache „Zeitung". Dies rastlos bringende und rastlos verschlingende Element, das sein Recht nur aus der letzten Erdumdrehung schöpft und das mit ihr in den Abgrund hinabrollt, birgt in seinem Schoss das Mysterium unserer massgebenden Weltanschauung. Zunächst verräth es merkbar die um sich greifende Erschütterung des Glaubens an ein Jenseits; denn wer dem Tode ernstlich traut, wirft sich nicht mit solcher Gewalt an die Brust des Augenblicks. Sodann vermittelt es die unendliche Leistungskraft des Könnens mit dem unendlichen Durst des Wissens. Die löslichen Theile, die von der unübersehbaren Oberfläche des stündlich anschwellenden Oceans von Kenntnissen in flüchtiger Form emporsteigen, fallen in der Tagespresse als befruchtender Thau und Regen auf die lernbegierigen Köpfe der breiten Menschengefilde hernieder. Sie auch, diese ephemere Presse, vollendet erst die Wunder des Dampfes und der Elektricität, verwandelt die blosse

Götter-Schnelligkeit in die leibhaftige weltbeherrschende Allgegenwart des Vaters der Götter und Menschen. Auf dem Blatt, das uns zum Frühstück vorgelegt wird, schwingen wir uns empor zur Sonnenhöhe, von der herab der ganze Erdball wie das Tischtuch vor uns ausgebreitet liegt; und in geringerer Zeit als der Zucker braucht um in der Theetasse zu schmelzen, schweift unser Auge von dem Palast des Taikun über den stillen Ocean und das Felsengebirge hinüber zu dem weissen Hause von Washington. Welch Meisterwerk der Schöpfung wirkt erstaunlicher als diese sturmbeflügelte Zeitungspresse, die, während wir den letzten Morgentraum ausschlafen, mit hunderttausend Kehlen den Verlauf des neuesten Weltprocesses in die Luft schmettert, als die wackerste, munterste, Gott preisende Dampf-Lerche des Himmels und der Erde. Der ist kein ächter Sohn des Jahrhunderts, dem nicht der eigenthümlich süsse, frische, feuchte Duft des ebengeborenen Morgenblatts ein Wohlgeruch ist, trotz dem Odem des Feldes. Wir schlagen es auf, und verrichten unser Frühgebet. Denn jetzt begrüssen wir das Universum bis zu den Antipoden und fühlen uns gestärkt in der Gemeinschaft des Denkens und Wissens mit Hunderttausenden unseres Gleichen, empfinden das erhaltende Band, schauen die waltende Ordnung, hören den hallenden Tritt des grossen Weltgeschickes, sen-

den unsere innerste Herzensansicht hinaus und empfangen sie zurück von Unzähligen unserer Mitlebenden. Dem Menschenbeobachter will es oft thöricht erscheinen, dass wir mit Vorliebe nach den Blättern greifen, die unserer eignen Meinung dienen. Machte er sich klar, wie die Zeitung mit an die Stelle von Gottes Wort getreten, wie die Weltangelegenheiten der Inhalt unserer religiösen Anschauungsform geworden, so würde er sich sagen, dass dies mit Nothwendigkeit so zugeht; dass nicht Wiss- noch Neubegierde, sondern Gattungs- und Herzensbedürfnisse uns dabei treiben, dass der Mensch, der nach der Zeitung seine Hand ausstreckt, geleitet wird von dem Trieb, seinen Glauben zu kräftigen, seinen Geist zu erheben zu dem was ihm hoch und heilig ist, und darum in seiner Zeitung lesen will, wie er vordem in seinem Buche betete. Ein schlechtes Geschäft hat bei diesem Tausch das Publikum nicht gemacht. Für ein Lumpengeld geben wir Journalisten ihm comptante, verständliche, unersetzliche Waare, Welten voll Thatsachen und Erkenntnissen da wo ihm die Priesterschaft vormals um theuren Preis bedenkliche Wechsel auf die Sterne verkaufte. Und von bonzenhafter Anmassung kann uns dabei so wenig beikommen, dass kein Sterblicher mehr als wir das Gefühl von der Flüchtigkeit und Vergänglichkeit seines Wirkens mit sich herumträgt. Das Beste, was wir aus Hirn und

Herzen pressen, sehen wir wie die Furche, welche das eilende Schiff im Wasser zieht, von der nächsten Welle verschlungen; von allem Guten und Bösen das wir säen, bleibt keine Spur die unsern Namen trägt, und zur Unsterblichkeits-Auferstehung gehen wir ein in die Schieblade des Käsekrämers. Doch sagen wir getrost mit der lustigen Person, die uns nicht ganz unverwandt ist:

> Gesetzt, dass ich von Nachwelt reden wollte,
> Wer machte denn der Mitwelt Spass!
> Den will sie doch und soll ihn haben;
> Die Gegenwart von einem braven Knaben
> Ist, denk ich, immer auch schon was.

Ehedem griff ich wohl zur Broschüre; doch war das in der stilleren Zeit vor 1866, da es noch gemächlich bei uns herging. Auch die Flugschrift ist heute schon zu schwerfällig geworden für den Geschwindschritt unserer Tagespräokkupation; sie passt übrigens weniger in den Geschäftsgang des auf Betrieb dauerhafter Waare angelegten deutschen Buchhandels. So hab ich, um der raschen und ausgebreiteten Wirkung sicher zu sein, diese drei Jahre her mich immer wieder der Lust ergeben, die erste starke Regung in die Tagesfluth hinausströmen zu lassen. Eine gute Gemeinde von etwa einem Dutzend rüstiger Blätter stand mir zu Gebote, um wie auf einer Reihe von Signalstationen quer durch Deutschland von Posen bis Nürnberg am

selben Tag mein Stücklein aufzuspielen; und ich glaube, das kleine System hat sich bewährt. Auf diesem Wege sind auch die hier gesammelten Briefe in den drei Sessionen des ersten Zollparlaments ursprünglich in die Welt gekommen. Ein gewisser Anklang, den sie fanden und der mir zur Aufforderung ward, ihnen noch ein Weilchen das Leben zu fristen, ist theilweise die Wirkung vom Nachklang der Freude über einen Wahlsieg, der, nicht ohne Grund, vorher kaum für möglich gegolten hatte. Denn wir fanden uns im goldnen Mainz der wunderbarsten Musterkarte aller deutschen Hydraköpfe gegenüber. Obenan die älteste protestantische Regierung, die Erbin des Reformationshelden Philipp, jetzt schwelgend in allen Freuden und Künsten des Papismus; secundirt vom streitbarsten der Kirchenfürsten mit seinem formidablen Gefolge von Hyänen und alten Weibern; und in engster Verbrüderung mit dieser edlen Gesellschaft der ganze Chor der Rache aus dem Krähwinkler Freiheitspuppenspiel, diesmal auf besonderes Allerhöchstes Verlangen in grossem Kostüm mit nagelneuen Verina's, St. Just's und sogar mit leibhaftigen Baboeufs ausgestattet; endlich, auf dass gar nichts fehle, am Schluss des Zuges die grossdeutschen Musikanten mit der schwarzgelben Fahne und sogar einige Fransquillons mit trikoloren Kränzen für die Rückkehr der Grande Nation. Dieser ganze Plunder war auf-

gestanden wie ein Mann, und seinen bunten Bildern hatten wir nichts gegenüber zu stellen, als den ungelenken Racker von deutschem Staat, dessen beste Hoffnungen noch eingeschnürt sind in Windeln aus hartem, grauem preussischem Kommisstuch. Wer die Rheinlande kennt und namentlich den Theil, auf dem dies Alles vorging, der muss in der That einräumen, dass dieses fröhliche, bewegliche, respektlose Volk grosse Selbstüberwindung an sich übte, indem es sich zum Verständniss der beinah noch abstrakten Vorzüge des neuen Vaterlands in dieser seiner anmuthslosen Form erhob. Seit achtzig Jahren, Dank der Jakobinischen Sündfluth, aller adligen Landesinsassen entledigt; seit Julius Cäsars Zeiten bis zur Schlacht von Waterloo mit erblichen Landesvätern verschont; 1815 von Metternich mit einem Angestammten beschenkt, den sie unter Napoleons Herrschaft nur als Monsieur de Darmstadt gekannt hatten und zu dessen Nachfolgern ihr verhärtetes Herz mit der ächten kindlichen Pietät emporzublicken bis auf diesen Tag, fürcht' ich, noch nicht gelernt hat; endlich auch Jahrhunderte lang unter dem Regiment des Krummstabs zu leichtem, lotterigem, üppigem Leben verzogen: so musste ihnen das märkische Staatswesen mit seiner monarchischen Treue, seiner eisernen Aristokratie, seiner schnarrenden Blechstimme, seiner bitteren Ernsthaftigkeit und spasslosen Disciplin entsetzlich wenig Verlockendes bieten. Und unter solchen

Umständen dennoch unbeirrten Blicks sich für den einzigen Ausweg aus dem kleinstaatlichen Jammerthal erklären, das war in der That eine dankenswerthe Anstrengung. Es gehört zum Verständniss der zunächst an meine Wähler gerichteten Briefe, dass diese so beschaffenen thatsächlichen Voraussetzungen Dir gegenwärtig seien.

Wollte ich die Gründe alle aufführen, die mich bestimmen, diese kleine Sammlung Dir zu widmen, selbige würde solchen Gründen gegenüber noch dürftiger erscheinen als sie ohnehin ist.

Zunächst möchte ich nicht nach deutschem Landesbrauche warten, bis Du gestorben bist, um Dich zu loben (abgesehen von der Ungewissheit des Vortritts). Dann gewiss werden sie in allen unseren Zeitungen schreiben: „Er war einer der frischsten und unverdrossensten Mitbegründer jener aufrichtigen Denkfreiheit, welche das Fundament zur politischen Ermannung der Deutschen legte, und er blieb an der Arbeit von seinem ersten Eintritt in die akademische Laufbahn bis in die späten Zeiten hinein, da er sich beschied, an fremder Küste im Schutz der Freiheit das Wohl der Seinen zu bergen. Wie Arndt und Jahn und Jordan verfolgt und eingekerkert, liess aber er nicht sich mürbe machen zu einer frommen königstreuen Seele, sondern sein aristophanischer Geist lachte in den Kasematten, lachte als er herauskam, lachte als man ihn mit seinen Jahr-

büchern aus Halle vertrieb und als man ihm seine Pressen in Leipzig versiegelte, lachte, als er lange vor Magenta und Solferino und Königgrätz den grossdeutschen Chauvinisten im vollen zornbrüllenden Parlamente zurief: „die Radetzky's müssen geschlagen werden," lachte, als man ihm in Berlin die Pressen der „Reform" zerschlug, und lachte noch lange am ganzen Leibe darüber, dass in der lieben Heimath die Wenigsten sich dankbar erinnerten, wie er seit vierzig Jahren das prophezeit und das vorbereiten half, was 1866 vollbrachte, und wie er von Brighton her zum Auszug gegen Oesterreich blies als Berlin noch mitten im innern Konflikt steckte." So etwa werden dann die Nekrologe in der Gartenlaube, mit Deinem Bildniss verziert, sprechen, und irgend ein Biederer wird, um das Mass des Dankes voll zu machen, ein gutes Glas in seine eigene Gurgel giessen, auf dass Du hochlebest droben in den elysäischen Gefilden. Indem ich diese Schuld lieber jetzt bekenne, möchte ich noch Folgendes hinzusetzen: Die Freiheit ist eine Tochter der Phisophie. Man prüfe nur ihre Geburtsakten und ihr Stammbaum wird dies allenthalben ausweisen. Wenn das Schwerste vollbracht ist, die Köpfe gereinigt, die Fetische angebohrt sind, gerathen die Anfänge in Vergessenheit, die Enkel kehren gleissnerischen Blicks zurück zur respektablen Hochkirche, oder sie verläugnen

ihre philosophische Herkunft und Mission, indem sie das nichtssagende Pseudonym „Natur“ dazwischen schieben. Männer, welche wie Du den deutschen Geist von dem Lenz seines spekulativen Blüthentreibens an bis zu den heissen Schnittertagen des sechsundsechziger Sommers begleitet und fortentwickelt haben, sind lebendige Argumente für die Fruchtbarkeit der philosophischen Begabung, der unser Volk vielleicht den besten Theil seiner erworbenen wissenschaftlichen und noch zu erwerbenden politischen Grösse verdankt. Dies vor Vergessenheit zu bewahren ist die Schuldigkeit derer, die bei Dir und den Deinen zur Schule gingen, die aber ihrerseits auch heuer schon beginnen alte Knaben zu werden und sich ihres allmälig aussterbenden, zuweilen noch altmodisch nach Hegel, Gans und Feuerbach, Ruge und Echtermayer schmeckenden Jargons ein wenig zu schämen.

Berlin, 29. Mai 1870.

In alter Treue Dein

L. Bamberger.

1868.



I.

Berlin, 12. Mai 1868.

Geehrte Herren!

Zwei Wochen sind heute über das erste deutsche Zollparlament hingegangen. Die Hälfte der Zeit, während welcher es diesmal zu tagen hat, ist muthmasslich verstrichen. Wenn auch noch bei weitem nicht der interessanteste und schwierigste Theil der gegenwärtig zu lösenden Aufgaben hinter ihm liegt, so hat es doch schon lehrreiche und bedeutsame Erfahrungen gesammelt und von ungefähr einen Masstab gewonnen für die Wirksamkeit, welche ihm vorerst zu entfalten vergönnt sein wird.

Das Vertrauen, welches Sie, meine geehrten Herren, in mich gesetzt, die grossartigen Anstrengungen, welche Sie bei Gelegenheit der Wahl gemacht haben, legen mir die angenehme Pflicht auf, Ihnen in ungezwungener Form und Weise Rechenschaft zu geben über

die Eindrücke, die ich empfange, über die Wahrnehmungen, die ich machen werde. Ich beabsichtige nicht, Ihnen Tag für Tag zu berichten, was in dem Saal des Parlaments gesprochen und beschlossen worden ist, denn darüber können Sie in den Zeitungen Aufschluss finden. Vielmehr empfinde ich das Bedürfniss, mich mit Ihnen bald über den Kern, bald auch über die Schale der Dinge mit jener Freiheit und Aufrichtigkeit zu unterhalten, der wir uns in den zahlreichen öffentlichen Versammlungen, in denen wir untereinander verkehrten, rückhaltslos zu ergeben pflegten.

Eigentlich müsste eine Herzensergiessung von der Art, wie sie mir eben vorschwebt, eine gegenseitige sein. Der Abgeordnete müsste sogar vielleicht noch bevor er sich zu einer Epistel an seine Wähler niedersetzt, auch von diesen etwelche vertrauliche Mittheilungen erhalten haben; er müsste wissen, ob und welche Zweifel ihnen in der Zwischenzeit aufgestiegen seien, damit er in seinen Antworten gerade darauf losgehe. Aber aus den Augen, aus dem Sinn! Kaum, dass ich ein viertel Dutzend Briefe von zu Haus bekam, diejenigen abgerechnet, in welchen einige Leute von Fach so freundlich waren, mich von ihrem Standpunkte aus über besondere Dinge, wie Eisen, Blei, Petroleum und dergleichen zu belehren. Man war auch von dem ganzen Wahlspektakel so müde und hatte meinen Namen

so oft gehört, dass ich mir lebhaft denken kann, wie wohl es that, einmal ausschnaufen zu können. Auch wird mir nicht so schwer zu rathen, was man daheim denkt; vierzehn Tage Berlin haben mir die Rheinluft noch nicht so aus den Knochen getrieben, dass ich mir nicht vorstellen könnte, wie Einer z. B. eben politisirt, wenn er an einem schönen Abend in der Moritz-Halle seine sterbliche Hülle von aussen uud innen zugleich erfrischt. Raisonnirt mag schon werden, dass ist unvermeidlich, aber sollte vielleicht der Eine oder der Andere sich beklagen, dass es bis jetzt nicht nach seinem Sinne gegangen, so ist es nicht meine Schuld und dem Zollparlament seine Schuld ist es auch nicht ausschliesslich. Denn ich habe es Ihnen ja von der ersten bis zur letzten Stunde gesagt: Erwarten Sie bei Leibe nicht, dass wir in Berlin sofort ein grosses politisches Feuerwerk abbrennen und die Welt durch grosse Thaten in Erstaunen setzen. Die Zeiten sind überhaupt vorüber, in denen man hoffte, die Welt mit Reden aus den Angeln zu heben, und wenn sie auch nicht vorüber wären, so konnte man doch nicht daran denken, dass bei den dermaligen ebenso merkwürdig verschlungenen als unbequem eingegrenzten Zuständen ein parlamentarischer Geniestreich mit Glück an dieser Stelle unternommen werden möchte.

Nicht minder habe ich denen, welche beim Ab-

schied zu mir sagten: „Nun, wir werden bald über Sie in den Zeitungen lesen, wenn es einmal in Berlin losgeht“, — immer geantwortet: „Macht Euch nur darauf gefasst, dass ich keine langen Reden loslassen werde, Zeit und Ort sind nicht dazu angethan“. Ich habe bis jetzt Wort gehalten und hoffe es auch bis zum Ende auszuführen. Bei den wirthschaftlichen Dingen, die hier zu verhandeln sind, lässt sich das Zweckmässige einfach und kurz vortragen. Wer bei diesen Verhandlungen das Thatsächliche allzu ausführlich bespricht, der ermüdet, und wer es zu sehr ins Allgemeine hinüberspinnt, der bringt die Versammlung, welche ihre Zeit sehr nöthig hat, um ihr kostbares Gut, ohne etwas andres vorzutragen, als was neun Zehntheile längst sich selbst gesagt hatten. Auch ist es mit wenigen Ausnahmen im Zollparlament bisher beobachtet worden, bündig, schlagend und zur Thatsache zu reden, und die wenige Arbeit, welche auf Grund der Vorlagen abgethan werden konnte, wurde besonders von der liberalen Seite mit Gewissenhaftigkeit und Schärfe behandelt.

Von grosser Politik, über welche etwas zu hören Sie wohl am meisten Lust verspüren, kam gerade so viel auf die Füsse, als man erwarten durfte, ja eher noch etwas mehr. Wenn die Sache der deutschen Nation nicht im Schoosse derselben so viel natürliche

und unnatürliche Feinde hätte, wären wir doch längst nicht mehr in dem dürftigen Vorbereitungszustand, in dem wir gerade eben erst aufzuhören angefangen haben, der Gegenstand des Mitleids und des Spotts aller gesitteten Völker zu sein. Solche Schicksale wurzeln nicht in Kleinigkeiten, ihre Ursachen sind daher nicht im Handumdrehen zu beseitigen. Menschen oder Gesammtheiten, denen es auf die Länge schlecht geht, tragen den Keim ihres Unglücks bekanntlich immer in der eigenen Brust und sind namentlich schwer zu kuriren, wenn sie einmal über die erste Jugend hinweg sind. Alt ist nun zum Glück allerdings die deutsche Nation an politischen Lebensjahren auch nicht zu nennen; ihre eingefleischten Untugenden stammen noch aus der unpolitischen Vorzeit, aber gerade die Nachwehen dieser letzteren sind wegen ihres hoch hinaufreichenden Ursprungs schwer auszurotten, um so schwerer, als zwischen dem Moder und dem Zopf ja auch so viel Gutes und Gesundes mit eingewachsen ist, das geschont und gepflegt sein will.

Ich sage also und habe es ja immer gesagt, wenn wir vom künftigen Zollparlament sprachen: So tiefe Gedanken und geheime Hoffnungen sich auch an die Sache knüpfen, so sehr muss man doch darauf gefasst sein, dass die grosse und die kleine Politik, die Frechheit der Einen und die Zimperlichkeit der Andern, die

Spitalsuppenseligkeit der Philister und die Feuerfresserei der Himmelstürmer sich zusammenthun werden, um Etwas todt zu machen, das möglicherweise zu verständiger Ausbildung des gemeinsamen deutschen Staatswesens herangepflegt werden könnte und schliesslich auch trotz Allem noch zur Erreichung unseres letzten Zweckes erfolgreich mitarbeiten wird. Denn Gott verlässt zwar die Deutschen so gut wie die anderen Menschen, wenn sie sich selbst verlassen; aber es gibt deren glücklicherweise jetzt bereits so viele — und wir haben ihrer hier eine hübsche Compagnie beisammen — die entschlossen sind, sich an ihre gute Sache festzuklammern und auch das Zeug dazu haben, sich Wort zu halten, dass wir schon hoffen können, durch unsere eigene Zuversicht den Himmel und seine Heiligen schliesslich auf unsere Seite zu bekommen. Schon der Zahl nach ist die liberale Fraktion im Parlament die ansehnlichste und wer mir nicht glauben will, dass sie auch auf Weg und Steg in allen praktischen Fächern die schlagfertigste, rüstigste und solideste ist, der lese nur die stenographischen Berichte. Das werden freilich die Wenigsten thun und die Einen werden mir's lieber auf's Wort glauben und die Andern lieber auf's Wort nicht glauben.

Wer in gehobener Stimmung ankam, der konnte wohl bei seinem Eintritt in die hiesige Welt einige

jener warmen Apriltage durchleben, welche geeignet sind, die unvorsichtigen Hoffnungsblüthen an die Mittagssonne zu locken. Da war zunächst das freudige Gefühl, mit so viel wackeren Gleichgesinnten, alten und neuen, zusammenzutreffen; zu überschlagen, welch' tüchtige Kräfte in allen deutschen Landen derselben Sache mit Leib und Leben ergeben sind. Es ist ein ganz verteufelter Ernst in diesen Leuten des Nordens, der uns leichteren Menschen des Südwestens gewaltig imponirt. Ich sage Ihnen, es sind unter diesen Männern Denker, Arbeiter und Charaktere von einer knorrigen Stärke und einer Solidität des Wissens, die erschreckend ist — nun erst gar für Einen, der ein halbes Menschenalter hindurch den Schlagrahm der französischen Politik auftischen sah. Dergleichen grundgelehrte und herbe Wesen, wie diese Norddeutschen, liefern bei uns im Süden etwa nur noch die Schwaben. Auch unter diesen sind famose Kerle, und wie sie so verbissen giftig dreinblicken, das steht ihnen ganz vortrefflich. Als vorsichtiger Politiker sollte ich meine Feinde nie anerkennen, allein ich denke, jene lesen ja unsere „bettelpreussischen“ Zeitungen eben so wenig, wie wir ihre preussenfresserischen, und sie werden es eben so wenig erfahren, wenn ich sie einmal lobe, wie ich es erfahre, wenn sie auf mich schimpfen. Immerhin konnten selbst die trutzigsten Gesichter dieser Würtem-

berger nicht den Eindruck zerstören, welchen das Zusammentreffen der Vertreter aus allen Theilen Deutschlands auf jeden Menschen mit gradem Sinn hervorbringen musste. Es war doch einmal etwas Merkwürdiges, etwas zu Merkwürdiges, um ganz unfruchtbar und erfolglos zu bleiben: dass zum ersten Mal überhaupt die Abgeordneten des deutschen Volks in der grössten Stadt des grössten deutschen Reichs zusammentraten und damit den Grundstein zu einer künftigen Hauptstadt des künftigen deutschen Staates wie zur künftigen Gesammtvertretung der künftigen Nation legten — (denn sehr im Beginnen und im Werden ist ja das Alles noch, das fühlt man nirgends so deutlich als bei dieser ersten Begegnung); — und trotz allem Schimpfen und Poltern sprang es jedem in die Augen, dass hier das zerrissene Band zwischen Einst und Jetzt, zwischen Frankfurt und Berlin, zwischen 1848 und 1868 wieder angeknüpft sei. In solche Stimmung fiel nun die Eröffnung des Parlaments mit ihrem ganzen äusseren Pomp. Hatte man sich vorher die Köpfe mit grossen Ideen etwas erwärmt, und war auch die Feierlichkeit und die Grossartigkeit des gesammten Schauspiels dazu angethan, einer gehobenen Stimmung zu entsprechen, so war doch auch dafür gesorgt, dass Unser Einer nicht schon die Ankunft des tausendjährigen Reichs und die Erfüllung seiner frömmsten

Wünsche hereinbrechen sah. Denn der höfische Glitz und Glanz, der aus allen Ecken und Enden hervorstrotzte und sich ganz selbstverständlich breit machte, wird wohl auch den zahmsten Volksfreund daran gemahnt haben, dass in diesem weissen Schlosssaale so recht eigentlich die deutsche Nation noch nicht bei sich zu Hause sei. Die Kammerherren mit den goldbeladenen Röcken und dem silbernen Schlüssel am blauen Bande just an der Stelle, wo bei uns die Stabsärzte der Ranzengarde zur Faschingszeit ein gewisses Instrument zu tragen pflegen, sahen mit ihren glatten, gewichsten und gestrichenen Köpfen gar nicht so aus, als ob sie eben das Bedürfniss fühlten, die Pforten einer grossen demokratischen Zukunft aufzuthun. Aber man konnte sich zum Troste auch sagen, dass, wenn es von diesen höflichen Herren abgehangen, überhaupt niemals ein deutsches Parlament nach Berlin wäre berufen worden; und so wenig sie die Wege der jüngsten Vergangenheit abzusperren vermochten, so wenig werden sie es mit den Wegen der Zukunft vermögen. Uebrigens denken sich Leute, welche am Sitze eines fürstlichen Hofes aufgewachsen sind, bei der Gewahrung des höfischen Schnick-Schnacks viel weniger als Unser Einer, der, nicht an den Anblick des Ceremoniels gewöhnt, in seiner verstandesmässigen und gleichheitliebenden Empfindung von all dem Apparat ver-

letzt wird, der ihn, wie so manches Andere im Leben, an den zwischen den Anforderungen der geläuterten Vernunft und den überkommenen, tief eingewurzelten Formen aller Art von Götzendienerei obwaltenden Unterschied erinnert. Die Thronrede selbst fanden die einen farblos, die Andern fein und wohlberechnet, noch Andere endlich stark und bedeutsam. Jedenfalls hat sich einmal das Königthum noch vor der Majorität des Zollparlaments ausgezeichnet, denn es hat doch gewagt vom „nationalen Gedanken" und von der künftigen Aufgabe, von Krieg und Frieden, von Deutschland und Oesterreich zu sprechen, lauter Dinge, auf welche die Erwählten des Volks in ihrer Mehrheit kein anderes Wort anzuwenden fanden, als etwa dieses:

„Ich aber legte die Hand auf den Mund und schwieg." *)

Am Tag nach der Eröffnung war dann das grosse königliche Bankett. Es war das erste Mal in meinem Leben, dass mich ein König zu Tisch geladen hatte, und es kam mir recht spanisch vor. Ich frug mich, ob ich meinen guten Grundsätzen nichts vergäbe, wenn ich mich so vertraulich mit allerhöchsten Personen ein-

---

*) Diese Anspielung bezieht sich auf den im folgenden Briefe besprochenen Beschluss des Zollparlaments, der eine Antwortsadresse auf die Königliche Botschaft ablehnte.

liesse, aber ich antwortete mir nach einiger Ueberlegung, dass der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts zunächst vorurtheilsfrei sein müsse und auch bei gekrönten Häuptern davon keine Ausnahmen machen dürfe. Auch hatten mir minee Freunde, Löwe und Duncker, welche bekanntlich zur preussischen Fortschrittspartei gehören und mit der Gegenwart unzufriedener sind, als unser Einer, versichert, dass sie unbedenklich zu Tische kommen würden. Da dachte ich, wenn das grüne Holz hingeht, darf das dürre doch gewiss hingehen. Und so zog ich mir eine weisse Halsbinde an und ging oder vielmehr ich fuhr, denn obgleich ich nur zwei Schritt vom Schloss wohnte, so musste ich mir doch, da es mit Eimern vom Himmel herabgoss, im letzten Augenblicke schnell eine Droschke nehmen. Aber das half mir wenig. Sobald nur mein Kutscher sich in der Nähe des Schlosses befand, ward er von zu Pferde Wacht haltenden Constablern von rechts und links hin und her kommandirt, herüber und hinüber befohlen, gescholten und kujonirt, dass ich mit dem armen Kerl das innigste Mitleid empfand. Während die Herren in den blauen Uniformen und den Pickelhauben nämlich so gottesjämmerlich mit meinem Fünfsilbergroschenfuhrwerk umging, machten sie den grossen Carossen aufs emsigste breite Bahn, und als wir nun gar an den Schlosshof kamen, da harrte mei-

ner erst die wahre Beschämung. Da hiess es: Fiakers kommen in diesen Hof nicht hinein! halte der Herr hübsch still und steige aus! Und so musste ich armer Schwartenhals mein Kütschlein verlassen und unter strömendem Regen quer durch den grossen Schlosshof ohne Regenschirm (weil ich das Instrument nie besass und ein noch thörichteres Vorurtheil gegen es besitze als gegen das Königthum) hinüber, dieweilen die stolzen Equipagen mir hohnlachend an der Nase vorbei bis zum Eingangszelt fuhren. Es geschieht dir schon ganz recht, sagte ich mir, dass du an dein Plebejerthum hier gemahnt wirst, es geschieht aber auch dem König recht, wenn ich mit nassen Kleidern zu seinem Feste komme, warum schafft er diesen Unterschied nicht ab? Seitdem das allgemeine Stimmrecht eingeführt ist, sollte zwischen einem Droschkengaul und einem englischen Vollblut nicht mehr gesetzlicher Unterschied bestehen, als zwischen einem Standesherrn und einem Sackträger. Darin ist es doch in Paris, wo allerdings manch Andres um so schlechter ist, besser, denn in die Tuilerien fährt der lumpige Fiaker eben so frech hinein als die stolzeste Carosse. Freilich ist auch mal Einer in einem Fiaker aus den Tuilerien hinausgefahren und zwar der König Ludwig Philipp im Jahre 1848, das haben wohl die Schildwachen noch in heilsamen Angedenken. Ich will Ihnen nun das

Fest nicht weiter beschreiben, denn das liefert jede illustrirte Zeitung. Man hatte mich — ohne Zweifel zur Beförderung der Versöhnlichkeit unter allen Partheien — zwischen einen der eifrigsten Reaktionäre, den ehemaligen Justizminister Grafen zur Lippe, und einen der verbissensten Schwaben aus Schwabenland gesetzt (es giebt nämlich auch Schwaben aus andern Ländern hier, namentlich aus Pommern und Sachsen). Wir vertrugen uns ganz gut mit einander und verdarben uns den Appetit gegenseitig nicht im Allergeringsten. Das Essen war kurz und gut, auch durfte es nicht zu auserlesen sein, damit es nicht aussehe, als wollte man die Herzen der Abgeordneten von innen aus durch den Magen beeinflussen. So schön wie das Fest, welches mir an demselben Abend die hier wohnenden Mainzer gaben, konnte es natürlich nicht sein, wenigstens konnte es mir nicht so schön vorkommen. Das Merkwürdige an letzterer Sache war, dass ungefähr dreissig Mainzer Kinder beisammen waren, lauter enragirte Norddeutsche, welche ein kurzer Aufenthalt in Berlin dazu gemacht hatte; das bestätigte mir, was ich immer bei den Wahlen gesagt hatte: ich riethe der Grossherzoglichen Regierung, sie sollte lieber mich als einen ihrer Anhänger nach Berlin wählen lassen, denn ein gut hessisch Gesinnter würde von Berlin stark abgefärbt zurückkommen, während doch an mir nichts

mehr zu verderben sei. Den Bericht, welchen die „Mainzer Zeitung“ über das Fest unserer Landsleute gegeben, bitte ich Sie nicht zu wörtlich zu nehmen. Es war von Seiten des Berichterstatters mehr guter Wille als Geschick dabei; dass ich z. B. so dumm sei, von mir als einem „Staatsmann“ zu sprechen, wie der Berichterstatter sagt, dass wird hoffentlich Niemand geglaubt haben. Er verwechselte wahrscheinlich in meinen Betrachtungen den Staatswein, den man uns kredenzte, mit dem Staatsmann.

Es war spät in der Nacht, als wir heim gingen und ein schwerer Tag gewesen. Erst beim König im Schloss zu Mittag und gleich darauf bei dem Mainzer Gastwirth Kleinfelder in der kleinen Mauerstrasse zu Nacht gegessen, so manches Glas aufgenommen und so manche Rede ausgegeben zu haben, das zwang Einem endlich ein Ende zu machen und das wird Ihnen auch für diesmal genehm sein.

Nächstens mehr von Ihrem ergebenen

Ludwig Bamberger.

II.

Berlin, 22. Mai 1868.

Geehrte Herren!

Das war nun das Räuschlein der ersten Tage gegewesen, welches ich Ihnen zuletzt beschrieben habe. Das Katzenjämmerlein der darauf folgenden konnte naturgemäss nicht ausbleiben. Die Gelegenheit dazu lieferte die Frage: ob und welche Adresse das Parlament an den König ergehen lassen sollte als Antwort auf die Thronrede? Eine solche Antwort, und zwar eine recht lebhafte, musste namentlich denen höchst nothwendig erscheinen, welche in dem Zollparlament etwas mehr erblickten als eine Anstalt zu Herauf- und Herabsetzung einiger Steuern und Zölle. Zu diesen gehöre ich bekanntlich auch. Denn obwohl ich kaum dem Vorwurf ausgesetzt zu sein glaube, dass ich die Dinge in allzu rosigem Lichte sehe, so wird mir doch Niemand jemals aus dem Kopf bringen, dass irgend ein vernünftiger

Erklärungsgrund für diese so breit und hoch angelegte Volksvertretung zu finden war, wenn ihr nicht der Gedanke zu Grunde läge, dass sie immer mehr über den Zoll hinaus und ins Politische hinein wachsen solle. Nur die können das läugnen, welche überhaupt nicht sehen wollen, dass das deutsche Schicksal wieder in eine vorwärtsschreitende Bewegung eingetreten ist. Deren gibt es allerdings mehrere Sorten, die sich darin begegnen, dass sie alle meinen, die deutschen Zustände müssten wieder hinter ihre jüngste geschichtliche Entwicklung zurückgeschraubt werden, wobei denn die Einen sich denken, dass es überhaupt in der Welt am besten immer rückwärts gehe, und die Andern, dass man erst rückwärts gehen müsse, um dann desto besser vorwärts springen zu können (reculer pour mieux sauter). Dieser Zusammenhang veranschaulicht Ihnen denn auch am deutlichsten, warum die schlimmsten Reaktionäre und die unbändigsten Revolutionäre so hübsch mit einander sich vertragen: weil sie nämlich beide darüber einig sind, zunächst einmal den Krebsgang fördern zu müssen. Und aus gleichem Grund vertragen sich auf der andern Seite alle die, welche mit mehr oder weniger Geduld dem Naturgesetz des Fortschritts ergeben sind, ebenfalls bis zu einem gewissen Grade, weil sie eben auf dem Boden, der unter ihren Füssen ist, weiter gehen und weder in die Hölle noch in den

Himmel ihre Blicke richten wollen. Diese Hauptspaltung in zweierlei Verhalten zur neuesten deutschen Geschichte hätte aber doch nicht genügt, um die Adresse so zu begraben, wie ihr geschehen ist. Denn im Grunde — und wir haben dies bei einem Anlass erlebt, von dem später noch die Rede sein wird und der Sie ganz speciell angeht — denn im Grunde besteht die Mehrheit des Zollparlaments doch nicht geradezu aus absoluten Nichtswollern. Aber rechts und links von denen, welche das Mögliche rasch wollen, sitzen so allerhand Köpfe, welche entweder fürchten, man sei nicht vertrauensvoll und unterwürfig genug gegen die regierenden Mächte oder aber umgekehrt, man vertraue und huldige diesen zu viel, dergestalt, dass es schwer wird eine Majorität in geschlossener Reihe vorwärts zu schieben, und dass dies namentlich sehr schwer ward gleich in den ersten Tagen, da man sich noch so wenig gegenseitig einander verstand und auf einander eingeschult hatte. Ich beharre dabei zu denken: die Mehrheit der Zollparlaments-Mitglieder wollte wenigstens annähernd so etwas wie eine Adresse (man müste ja sonst annehmen, der König von Preussen sei am Ende noch fortschrittlicher als die Mehrheit der Deutschen, da er doch die Courage gehabt hat, eine Adresse an sie zu richten); aber als zu der Adresse „Vorwärts marsch!“ geblasen wurde, da fand

sich die Majorität noch so schlecht auf einander einexercirt, dass die Einen im Trab voranliefen, während die andern sich besinnend still standen, so dass damit auch die Haupttruppe in der Mitte in Unordnung gerieth und der gemeinsame Feind Zeit und Platz fand, Alles in einen dummen Tumult aufzulösen. Wie ich später mit unserer Weinfrage kam, hatte man sich schon etwas besser auf einander eingeübt und die Nichtwoller suchten uns vergebens von vorn und von hinten aus einander zu locken. Jenes erstemal war aber der Versuch ins Wasser gefallen, vor Deutschland und der Welt aktenmässig festzustellen, dass das Zollparlament sich als eine politische und dereinst zu grösseren Dingen berufene Vertretung des deutschen Volkes betrachte. Viele von uns waren sehr niedergeschlagen darob, und leugnen liess sich ja nicht: alle schadenfrohen Widersacher innerhalb und ausserhalb unserer Grenzen mussten sich dadurch ermuthigt sehen. Mag man immer sagen: „Worte sind doch nur Worte!“ Worte sind aber auch ausgesprochene Gedanken, und ohne zu denken kann man nicht wollen, und ohne zu wollen, kann man nicht handeln. Nur die, welche der Gedankenlosigkeit der Nationen huldigen, bemühen sich den sogenannten Parlamentarismus in Verruf zu bringen. Aber war es auch schlimm, dass gewissermassen die Versammlung beim Eintritt in ihr Be-

rathungshaus sich das Recht auf ein höheres Leben selbst schweigend abgesagt hatte, so gibt es doch noch etwas Schlimmeres: das ist Entmuthigung. Selbst ein armer, einzelner, schwacher Mensch kann nichts thörichteres thun, als sich von einem widerwärtigen Erlebniss niederschlagen lassen. Und nun gar erst eine Gesammtheit, welche die Aufgabe hat, eine unsterbliche Nation zu vertreten!

Darum rief ich auch immerfort dem und jenem meiner Freunde zu, welcher mit verdrossener Miene nach dem Fall der Adresse herumging: sursum corda! Immer nur von Neuem den guten Humor und das Vertrauen in seine Sache heraufgeholt! Und bei jeder unangenehmen Erfahrung sofort als ersten Gedanken zu setzen sich angewöhnt: „Wie lerne ich was daraus“? Auch mir hatte die Adressverhandlung dazu gedient, eine kleine Lehre zu empfangen und zu benutzen und zwar folgendergestalt. Es ist gut, dass ich Ihnen diese Geschichte erzähle, Sie werden auch was daraus lernen. Wie es so hiess, wir wollen eine Adresse machen, setzte ich mich hin und dachte auch meinen Senf dazu zu geben. Man war unseren Wahlbewegungen in Mainz nämlich von hier aus mit der gespanntesten Aufmerksamkeit gefolgt; man hatte mit dem lebhaftesten Interesse den Kampf beobachtet, welchen unsere freisinnigen Wähler gegen die bekannte dreifache Allianz

mit so heroischer Kraftanstrengung durchfochten und Politiker aller Schattirungen, der gemässigtesten wie der heissesten Fortschrittszone, haben mir unzählige Male versichert: über keinen Wahlsieg sei eine so helle und volle Freude ausgebrochen, als über den unsrigen. Das hatte nun zur Wirkung, dass man Ihren Abgeordneten mit der Zärtlichkeit empfing, welche Eltern solchen Kindern widmen, die sie trotz einer schwächlichen Körperbeschaffenheit gross gezogen haben. Und weil man mir so liebenswürdig und wohlwollend entgegenkam, war denn auch mein Eifer angestachelt. So geschah's, dass ich auch meinen Senf zum Adressentwurf geben zu müssen vermeinte. Wie ich den aber im Schoosse der Partei-Genossenschaft vorlas, den man gemeinhin die „Fraction“ nennt, merkte ich an allerhand langen Gesichtern, dass ich mit Etwas unwissentlich musste angestossen haben, und dass ich nicht den Gedanken der grossen Mehrheit getroffen hatte.

Rathen werden Sie's aber schwerlich, nach welcher Richtung hin ich über's Ziel hinausgeschossen hatte, um so weniger, als der missfällige Gedanke mir aus Ihrer Aller Herzen mit auf den Weg gegeben worden war. Ich hatte mich nämlich mit erheblicher Breite und Wärme dahin ausgesprochen, dass zwar unter den obwaltenden Umständen ein schlagfertiger und Sicherheit verbürgender Heeresstand für Deutschland unent-

behrlich, dass es aber doch die Aufgabe unserer Nation wie aller Nationen sei, dahin zu streben, dass im Einverständniss mit den andern Grossstaaten der Gedanke einer Entwaffnung nicht als eine leere Träumerei von der Hand gewiesen bleibe. Dies war es hauptsächlich, was beinahe allen meinen Gesinnungsgenossen in meinem Projekt auffiel. Sie müssen daraus nicht schliessen, dass etwa unter den Liberalen in Berlin mehr Kriegslust herrsche als bei uns, oder dass dieselben vor der Staatsgewalt einen friedliebenden Gedanken auszusprechen sich scheuen. Der Unterschied zwischen der Ideenfolge des Nordens und der unsrigen beruht nur darin, dass man hier dem gegenwärtigen Frieden viel weniger traut als anderwärts. Man betrachtet unsre Nachbarn mit sehr misstrauischen Augen und ohne der Masse des französischen Volkes Unrecht thun zu wollen, glaubt man es in den Händen einer Regierung, vor deren Kriegsgelüsten man sich weniger sichern könne, indem man sich mit ihr in poetische Friedensstudien einlasse, als indem man ihr eine grimmige Widerstandsfähigkeit und Wiederstandsentschlossenheit zeige. Da man nun in höher hinaufsteigenden Regionen auch viele Personen findet, welche diese Ueberzeugung theilen, so fürchteten unsere Freunde für unpolitische, Zeit und Umstände misskennende Menschen gehalten zu werden und damit sich weiteren Einfluss

auf die herrschenden Anschauungen zu benehmen, wenn sie mit meiner Friedensphantasie an den Tag kämen, welche denn auch sofort ohne Sang und Klang begraben wurde. Es gibt sogar viele Leute hier, die denken, ein Krieg mit Frankreich sei am Ende ein so grosses Unglück nicht, weil es das sicherste Mittel sei, die deutsche Einheit herzustellen. Aber die Freunde dieses höchst zweifelhaften und allzu heroischen Mittels sind wenigstens unter den freisinnigen Parteien sehr dünn gesät und an dem Grafen Bismark haben solche Einheitsmacher um den Weltfriedenspreis auch einen ganz entschiedenen Gegner. Man weiss es hier ganz bestimmt — und es ist das eine höchst wissenswerthe Thatsache — dass der preussische Premier-Minister gegen einen Krieg mit Frankreich eine ganz grundsätzliche Abneigung hat, weil er ihn für eine nicht genug zu beklagende Kulturstörung hält, weil er die Ansicht hat, dass ein noch so glänzender Sieg doch nur mit den grössten Opfern erkauft werden könnte und dass eine noch so harte Niederlage das französische Volk nur dahin führen könnte, eifersüchtiger als vorher auf Deutschland zu werden und nach einem ersten verlornen Feldzug alsbald einen zweiten zu versuchen. Es gibt viele Leute hier, die behaupten, Bismark habe zwei grosse Fehler begangen, einmal als er in Nikolsburg lieber die Mainlinie angenommen,

als sich in einen Krieg mit Frankreich verwickelt habe, zum andern als er bei der Luxemburger Frage nicht losbrach, weil damals Preussen in Rüstungen und Armee-Organisation Frankreich so weit voraus gewesen wäre. Allein ich denke, diese zwei Fehler — wenn es solche wären — gereichen ihm jedenfalls zu grösserer Ehre als die geschicktesten Kunstgriffe und ich glaube auch nicht, dass es falsch ist, wenn Herr v. Bismark dem Grundsatz huldigt: ein Krieg zwischen den beiden Völkern sei die grösste aller uns drohenden Calamitäten und so lange nicht mathematisch bewiesen sei, dass dieser Krieg auf alle Fälle kommen müsse, so lange sei die erste aller Pflichten, ihn zu vermeiden und der Zeit den Spielraum zu lassen, Europa von den Zuständen zu befreien, welche dermalen eine solche Gefahr im Schoosse berge. Ich bin damit scheinbar weit von dem Adressprojekt abgekommen, aber da die grosse Politik eigentlich als Hauptsache zwischen den Zeilen dieses Aktenstücks einherlief, so bin ich eigentlich „bei der Sache.“ (Sie werden wohl schon aus den Parlamentsberichten gemerkt haben, dass ich mir einige badische und bayrische Ultramontane persönlich attachirt habe, welche mich von Zeit zu Zeit zu Excursionen in die deutsche Politik ermuntern, indem sie mir zurufen: zur Sache!“ um mir zu zeigen, dass ich auf die rechte Fährte gekommen bin.) Es

wird Ihnen nicht uninteressant gewesen sein, zu hören, dass, trotzdem man hier Friedensdemonstrationen nicht mit zu viel Nachdruck behandelt sehen will, trotzdem man auch stellenweise aus oratorischem Bedürfniss einmal die Hand auf den Degengriff legt, doch der erste Mann in der deutschen Politik über die Gefahr eines Zerwürfnisses zwischen Deutschland und Frankreich der humansten Anschauung mit Bewusstsein ergeben ist.

Das definitive Adressprojekt, welches schliesslich von der national-liberalen Fraktion angenommen wurde, vermied alle irgendwie starken Töne und ging in seiner Fassung just nur um so viel weiter in der Erwähnung der nationalen Ziele, wie ein Volkshaus weiter gehen muss als eine königliche Regierung. Nichtsdestoweniger erreichte auch dies Projekt bekanntlich nicht den Hafen. Rücksichten auf die auswärtige Politik waren dabei nicht oder nur ganz untergeordneter Weise im Spiele, dagegen eine Menge von Rücksichten, welche theils die Abgeordneten aus dem Norden denen aus dem Süden, theils die Abgeordneten aus dem Süden ihren Wählern schuldig zu sein glaubten. Diese verwickelten und vielfach unerfreulichen Rechnungstragereien werde ich Ihnen das nächste Mal zu erklären suchen. Bis dahin

Ihr sehr ergebener
Ludwig Bamberger.

III.

Aachen, 1. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Seitdem ich Ihnen das letzte Mal am 22. Mai geschrieben habe, ist die öffentliche Stimmung unserer Nation durch starke und günstige Eindrücke angeregt worden. Die Schlussakkorde, unter deren Begleitung dass Zollparlament für diesmal vom Schauplatz seiner Thätigkeit abtrat, erfüllte ein feierlicher und mächtiger Ton, welcher in der Nähe wie in die Ferne hinaus die Geister zur Andacht zwang. Ohne viel Kunst, ja man kann wohl sagen, gehorchend einem natürlichen Impuls, reichten einander zu guter Letzt alle die mannigfachen und zahlreichen Theilnehmer die Hände, um die gemeinsamen Erlebnisse, Irrungen wie Bestrebungen, in ein überschaubares, versöhnendes, sinnig und bescheidentlich triumphirendes Schlussbild zu entrollen. Die letzten Tage des vierten und die ersten der fünf-

ten Woche unseres Zusammenseins hatten wirklich etwas vom fünften Akt einer dramatisehen Composition an sich. Es gereicht ja dem Leben nicht zur Unehre, wenn es einmal von selbst sich zu einem Kunstgefüge gestaltet, so wenig als einer Gegend, wenn sie gleichwie vom Pinsel eines geschickten Malers erfunden vor unser Auge tritt. Also dürfen wir getrost uns dessen freuen, dass, ehe der Vorhang zwischen den thätigen und den zuschauenden Theilnehmern dieser grossen Staatsaction niederfiel, die Räthsel, die Stürme, die Peinlichkeiten alle, so man gemeinsam durchlebt, wie läuternde Prüfungen im Hintergrunde sichtbar wurden, während auf dem vordersten Plan sämmtliche Mitwirkende, hoch und niedrig, von rechts und links, harmonisch gruppirt im wohlgeordneten Halbkreis sich zusammenschlossen, beschienen vom Lichte einer hoffnungsreichen Zukunft. Dadurch kam es, dass man auseinanderging mit dem Gefühl, Gutes und Böses, wie immer es sich durchkreuzt habe, sei schliesslich doch dem frommen Zweck des grossen dauernden Ganzen dienlich gewesen; und solch ein Ende oder Abschnitt ist immer das Höchste und Beste, was Leben oder Kunst zu geben haben. Solch ein Gang der Dinge hat vor Allem das Erbauende, dass er zeigt: es liegt dem Streben, um dass es sich handelt, ein gesundes, gerechtes, starkes Wollen zu Grunde, welches auch

die widerstrebenden Zwischenfälle in seine Sphäre hineinzwingt, ja die schädlichen selbst nöthigt, sich in nützliche zu verwandeln. Dergleichen ist die wahre Bürgschaft künftigen Gelingens. — Das sind so etwa die Gedanken, mit denen wir, und zweifelsohne auch Sie, m. H.!, in diesen Tagen auf die Schwierigkeiten des Anfangs zurückschauten. Um so besser für den, welcher, wie Ihr ergebener Diener, niemals den Muth hatte sinken lassen.

Zwar weiss ich, dass auf alle diese Betrachtungen eine Antwort bereit ist, welche mit einem blossen verächtlichen Achselzucken das ganze Gebäude unserer letzten Eindrücke in Staub aufzulösen sich anheischig macht. Was ist denn geschehen? — wird man uns sagen — Festlichkeiten? Worte? Toaste? Thronreden? Händedrücke? — Ist das nicht das bekannte Bühnenmaterial aus der alten Rumpelkammer deutscher Schattenspielerei? — Ganz wohl, Ihr Herren. Aber zweierlei bitten wir geneigtest zu bedenken.

Zunächst, wenn denn Alles so eitel ist, was blos als Wort und Wunsch von Mund zu Munde geht, warum denn, werthe Herren und Gegner, habt Ihr so mächtig tirumphirt, und mit Euch im unzertrennlichen Bunde alle ausländischen Neider, damals als unser bescheidenes Adressprojekt zu Boden fiel? Wenn Ihr Euch wohl bewusst wart, warum es galt, so lustig zu applau-

diren, damals als uns versagt wurde, unseren Herzensgedanken einen solennen Ausdruck zu geben, so gestattet uns auch jetzt die Freude, dass es uns dennoch schliesslich gelang, der Stimme des Gewissens ihre Bahn zu brechen. Wenn Ihr damals wusstet, warum es Euch so sehr darauf ankam, uns den Mund schliessen zu lassen mit dem vornehmen Einwurf: Ein garstig Lied, pfui, ein politisch Lied! so möget Ihr auch jetztmals verstehen, warum wir uns des Jubels freuen, der aus Millionen Kehlen dennoch in dies politische Lied mit uns ausbricht. Euch und Euren Freunden (vos amis les ennemis) klingt der Ton freilich sehr fatal, und ganz recht habt Ihr damit. Dies bringt mich auf meine zweite Betrachtnng.

Bisher waren die deutschen Demonstrationen Seelen ohne Leiber (auch das Wiener Bundesschiessen wird trotz oder wegen allem Spektakel solch eine leiblose Seele sein, wesshalb denn auch alles bunte Irrgelichter des heiligen römischen Schattenreiches dahin aufzubrechen begriffen ist). Umgekehrt war das Zollparlament wenn es gelang, ihm das politische Lebenslicht auszublasen, ein Körper ohne Seele. Aus diesem Grunde hatte das demonstrative Element in unserem gegenwärtigen Fall einen ganz besonderen Beruf. Es handelte sich ja nicht darum, erst etwas in die Sache hinein zu deuten, sondern umgekehrt, aus ihr heraus

zu lassen, was ihre Schöpfer ihr eingegeben hatten. Grade weil es die Absicht des Zollparlaments nicht ist, auf immer ein blosses Parlament für Zölle zu bleiben, darum eben wirkt diese Absicht, wo sie zu Tage kommt, so verstimmend auf alle unsere Gegner. Darum singen uns Ehren-Sepp und Ehren-Varnbühler stets so rührend das Liedlein ihrer Treue vor, ihrer goldenen Treue zu den eingegangenen Verträgen, welche den Sinn hat, sich möglichst hölzern an den starren Buchstaben zu halten und den tieferen Geist der Sache zu verläugnen. Diese Treue sieht einem Verrath so ähnlich wie ein Kukuksei dem andern. Die erste und wesenstlichste Bedeutung des Zollparlaments ist sinnbildlicher Natur. Es ist ein Symbol und Werkzeug, ja man könnte sagen: ein Sakrament unserer Zukunft, denn so heisst ja in der Kirche ein sichtbares Unterpfand unsichtbaren Heils. Weil aber in dem Walten dieser neuen und sonderbaren Institution das Symbolische einen so bedeutenden Platz einnimmt, eben darum sind deren Verkleinerer so versessen darauf, sie zu einer möglichst nüchternen, langweiligen — aber nützlichen, sagen sie, — Zähl- und Rechenmaschine zu machen; darum sind diese Leute so ungehalten, wenn das treulose Ding sich mit Allotriis abgiebt. Noch klingt es mir lebhaft in den Ohren, wie dazumal, als ich die erste Lust verrieth, mich um Ihre Stimmen zu bewerben, mancher

herzlich gute, aber politisch höchst zweideutige Freund mir zurief: „In ein Zollparlament sich wählen lassen? pfui um das armselige Wesen: ja wenn es ein wirkliches Parlament wäre, à la bonne heure! drum warte doch bis ein solches an die Reihe kommt.“ — Worauf dann ich, dem wohlmeinenden Freund stark die Hand drückend: „Dank bester Bruder Demokrat, für Euren liebevollen Rath, bin mir aber leider nicht zu gut für dies schlechte Zollparlament, weil ich eben denke: kann die deutsche Nation es sich einstweilen auf Abschlag gefallen lassen, so mag meine Herrlichkeit auch damit fürlieb nehmen, und somit Gott befohlen bis auf Wiedersehen nach der ersten Periode.“ — Und richtig, wie ich heimwärts kam, fand ich manche dieser wohlmeinenden Nasen um ein beträchtliches länger geworden. Denn wer zuletzt lacht, lacht am besten, und der Schluss des Zollparlaments entsprach dem Gedanken, den Sie, m. H.! und alle patriotischen Wähler in dasselbe hineingelegt hatten. Es war eine feierliche Bekräftigung der höheren Sendung, die es zu erfüllen hat, und wenn je auf eine Schöpfung, so ist auf diese das Dichterwort anwendbar:

Alles Vergängliche
Ist nur ein Gleichniss.

In diese und ähnliche Gedanken eingesponnen, sass ich in der Eisenbahn und fuhr von Hamburg aus durch

blühende Auen in die Abenddämmerung hinein, nachdem ich mich von den Gefährten getrennt hatte, welche so glücklich waren, auch noch die beiden letzten Ergötzlichkeiten dieses schönen Triumphzuges, die Fahrt nach Blankenese und die Illumination des Alsterbassins mitzumachen.*) Dringende Geschäfte hatten mich genöthigt, vor dem Ende dieses festerfüllten Tages den Rückweg anzutreten; und nun lag ich rückwärts im Waggon ausgestreckt, blies den Dampf der gastfreien Cigarre vor mir her, welche Hamburg's Bürgerschaft zu allen anderen Ehren auf unsere Parlamentshäupter ausgeschüttet hatte, und komponirte mir die schönen Toaste, welche ich ausbringen würde, wenn ich zur Stunde mit den anderen Kollegen auf einem der grossen Westindienfahrer zu Tische sässe. In solchen Momenten, da Einem keine Zuhörerschaft zerstreut, kann man ja derlei Dinge stets am besten. Und nichts ist dem seligen Simuliren so hold, wie eine einsame Eisenbahnfahrt, geleitet vom Scheidegruss der sinkenden Sonne und dem Abschiedsnicken der jung aufgeschossenen Aehren am Wege; zumal wenn man eben dem Tumult einer laut bewegten Menge entrückt ist. Da kann es

---

*) Die Mitglieder des Zoll-Parlaments machten am Schlusse der Session von 1868 einen gemeinsamen Ausflug nach dem Kieler Hafen und nach Hamburg.

leicht auch dem Nüchternen passiren, dass er die Dinge etwas zu abendröthlich vergoldet anschaut und das unermessliche Feld schwerer Zukunftsprobleme aus dem Auge verliert. Aber so gute Momente dauern heilsamer Weise auch nicht länger als eine Dämmerstunde. Dann sorgt die rauhe Wirklichkeit schon wieder für die Herstellung des europäischen Gleichgewichts in der Empfindung eines hessendarmstädtischen Unterthanen. Wie ich an den Ort meiner Bestimmung im Westphälischen ankam, fiel ich in eine Schaar von Philistern hinein, die mit ihrer Begeisterung die meinige sofort auslöschten. Nichts bringt den Enthusiasmus so urplötzlich zum Stehen, wie wenn ein paar wollene und baumwollene Strumpfweberseelen ihn überbieten. Auch diesmal bewährte sich an mir dies homöopathische Recept. — „Nein!“ — rief einer dieser grundkonservativen erzloyalen Herren mir entgegen, — „Nein! dieser Graf Bismarck! ist das ein grosser Mann! War das eine grosse Idee! diese Süddeutschen nach Kiel und Hamburg zu führen und ihnen zu zeigen, was Norddeutschlands Natur und Cultur vermag! Welch ein Geniestreich!“ — „Aber um Gottes Willen, mein Verehrtester“ (und in der Tiefe meines Herzens bedachte ich ihn mit einer ganz anderen Titulatur), unterbrach ich ihn im Strom seiner Exstase, „wie denken Sie sich denn so einen „Süddeutschen?“ Meinen Sie vielleicht,

die Professoren, Advokaten, Fabrikanten und Kaufleute aus Württemberg und Bayern hätten bis auf den gestrigen Tag so wenig die Existenz und Beschaffenheit der Nord- und Ostseeküsten geahnt, dass der leibhafte Anblick dieser Gestade ihnen auf einmal die Schuppen von den Augen lösen werde? Aus Ihrem Entzücken über die Erfindung dieser Promenade zu schliessen, denken Sie sich unter Ihren süddeutschen Brüdern so eine Art siamesischer oder beduinischer Abgesandter, wie sie Louis Napoleon zuweilen zwischen den Herrlichkeiten von Paris herumführen lässt, damit sie überwältigt von den Wundern dieser Civilisation zu Boden sinken und den grossen Sultan dieses mächtigen Reichs um seinen Schutz anflehen? Allerdings hat man uns wieder einmal so viel von den „Stämmen" Deutschlands unterhalten, dass nichts natürlicher erscheint, als die Abgesandten seiner einzelnen Horden auch als Häuptlinge zu betrachten. Aber ich kann Sie versichern: selbst die Herren Bissing, Sepp und Lukas (für die ich keiner Schwärmerei verdächtig bin) wird man nicht, auch durch die reichlichste Beschenkung mit Feuerwasser und Glasperlen, auf die Länge an sich fesseln. Darum mässigen Sie Ihre Bewunderung bei Gelegenheit dieser Ihnen so genial erscheinenden Reisekombination. Es war allerdings ein sehr gelungener Ausflug, aber Sie werden doch besser thun, daraus nicht einen Eck-

stein zur deutschen Einheit oder zu Bismarcks Unsterblichkeit zu machen. Zufällig bin ich in der Lage, über den Ursprung der luminösen Idee ganz authentische Aufschlüsse geben zu können. Ich stand gerade, bei dem Feste in der Berliner Börse, nach eingenommenem feierlichen Frühstücke, neben Herrn Banquier Abel, als dieser auf den betreffenden Gedanken verfiel. Ihn aussprechen, Beifall finden, zu mehreren Collegen eilen, darauf Admiral Jachmann um sein Gutachten angehen, war das Werk weniger Minuten. Uebertragen Sie also in Zukunft den Superlativ Ihrer Anbetung vom Haupte des Reichskanzlers auf das des Herrn Banquier Abel, wenn anders Sie den hohenzollern'schen Wahlspruch suum cuique mit preussischer Gewissenhaftigkeit üben wollen. Unter dem Siegel des Geheimnisses will ich Ihnen jedoch anvertrauen, wer nach meiner wohlbegründeten Unterstellung hinter Herrn Abel und seinen Collegen stak. Es waren — so unwahrscheinlich Ihnen dies bei Ihrer Unkenntniss der diplomatischen Künste scheinen mag — französische Agenten, welche die erste Anregung zu dieser deutsch-patriotischen Aktion gaben. Ich habe mit eignen Augen beobachtet, wie während des ganzen Festes sämmtliche Herren der Kaufmannschaft sich auf's eifrigste mit diesen Franzosen unterhielten, unter denen ich sogar eine verkleidete Dame erkannte. Ich kann Ihnen ja unter uns die Namen

nennen: Veuve Cliquot, Moet, Chandon, Roederer, St. Perey und noch drei oder vier solch liebenswürdiger Spitzbuben. Sehen Sie, Verehrtester, so wird Geschichte gemacht."

Dies war mein Gespräch mit einigen westphälischen Hochtories. Ihnen, meine Herren und Wähler, hatte ich im vorausgehenden Briefe versprochen, ein Ausführliches über die künstlichen Unterscheidungen zwischen Nord und Süd zu berichten, wie sie bei und seit der Adressdebatte zum Vorschein kamen. Obwohl wir auch heute eigentlich dies Thema behandelt haben, so will ich mich damit nicht von der übernommenen Arbeit losgekauft haben. Es musste aber erst der Feststimmung der letzten Tage ihr unwiderstehliches Recht zu Theil werden. Wollte ich immer beim Wort gehalten sein, würde ich Ihnen nicht „vertraulich" schreiben. Aber das nächste Mal, nicht wahr? wollen wir fleissig sein.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

IV.

Aachen, 3. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Es ist eine bekannte Sache, dass der Mensch sich erstaunlich schnell an neue Lebenslagen gewöhnt, nicht nur an gute, sondern auch an schlimme. Aber sich in das Absonderliche und Ungereimte rasch hinein zu leben, das scheint mir ein Vorrecht der Deutschen zu sein. Es muss dies von ihrer philosophischen Anlage, von dem stark ausgebildeten Abstraktionsvermögen unseres Volkes herrühren, d. h. von der Fähigkeit, leicht mit den Gedanken über die Welt der Thatsachen zu abgezogenen, blos begriffsförmigen Vorstellungen hinaufzuschweifen. Wie geschwind haben wir uns nicht mit der wunderlichen Staatseinrichtung befreundet, welche man ein Zollparlament nennt! Wir tragen sie schon so natürlich, als wären wir damit zur Welt gekommen. Und unserer Sprache, gleich biegsam wie

unserer Sinnesweise dienstwillig, ist das närrische Wort schon ganz mundgerecht. Man muss ihm in einer Uebersetzung, z. B. als Parlament douanier wiederbegegnen, um von Neuem über das sonderbare Geschöpf stutzig zu werden, velches mit dem kolossalen Leib und dem winzigen Kopf einherwandelt. Dies und Aehnliches braucht uns aber dermalen wenig anzufechten, weil es eingestandener Maassen auf der allseitigen stillschweigenden Uebereinkunft beruht, dass wir mit einem abenteuerlichen Nothbehelf vorlieb nehmen wollen und müssen bis das bessere Definitivum gekommen sein wird.

Umgekehrt jedoch verhält es sich mit der Gewohnheit, die wir über Nacht einschmuggeln liessen, von Nord- und Süddeutschland als politischen Gegensätzen zu sprechen! Wenn hier nicht schleunig für Gegengift gesorgt wird, sind wir in Gefahr, uns einen bleibenden Schaden zuzufügen. Seit wann, um's Himmels willen, kennen wir eine politische Eintheilung in Nord- und Süddeutschland? Wann in aller Welt hat dieser Gegensatz bei uns eine politische Bedeutung gehabt? Bei allen unseren Sondergelüsten haben wir von dieser Anwandlung uns bisher frei zu halten gewusst, und war einmal von solcher Scheidung die Rede, so geschah es allenfalls, wenn das Gespräch um die Dinge des Gemüths sich drehte, um häusliche oder ländliche Sitte. Unsere Erbkrankheit, welche

darin besteht, den kleinen Geist der engsten Kreise in den Staat hineinzutragen, hatte sich bis jetzt wenigstens nicht dahin verirrt, zwischen den Gegenden, wo die kalte Schale und denen, wo die Dampfnudel zu Hause ist, zwischen den Ländern der gesalzenen und der ungesalzenen Butter, zwischen dem Sonnabend und dem Samstag eine nationale Demarkationslinie zu ziehen. Gerade die Geschichte unserer Sprache schien es zu verbieten, denn die hochdeutsche Mundart, welche im Süden geboren ist, wurde mit der Zeit vorzugsweise das Eigenthum des Nordens; norddeutsch und hochdeutsch sprechen, bedeutet bei uns im Volk dasselbe. Sogar die wirkliche Demarkationslinie von 1795, welche die Trennung an der Maingegend in die Geschichte einführte, hat ihrer Zeit durchaus keinen bleibenden Werth beansprucht, sollte nichts sein als eine Neutralitätsgrenze während der Dauer eines Kriegs; übrigens fiel sie nicht mit der heutigen Mainlinie zusammen.

Den letzten Wochen erst, ja recht eigentlich dem Zollparlament war es vorbehalten, dem Unfug dieser Spaltung eine gewisse Solidität und Weihe zu geben. Hörte man da so selbstverständlich in Einem fort von Nord und Süd reden, so hätte man wahrlich glauben können, Professor Karl Vogt habe nach anatomischer Untersuchung herausgefunden, dass die Raçen nördlich und südlich des Mains von zwei ganz verschiedenen

Urgeschlechtern abstammen; dass ein Frankfurter, ja sogar ein biederer Sachsenhäuserschädel entschieden nach dem nördlichen Pol hindeute, ein Mainzer oder Oppenheimer aber nach dem entgegengesetzten südlichen. Jetzt fehlte nichts mehr, als dass auch noch die Scheidung in Ost- und Westdeutsche aufkäme, und diese Besorgniss greife ich mit Nichten aus der Luft. Sie können es von grundgescheidten, patriotischen, angesehenenen Männern, vielleicht gerade im Unmuth über diese Trennung in Nord und Süd, auseinandersetzen hören, dass, wenn man doch einmal dergleichen zur Sprache bringen wolle, viel eher eine Grenze nach Anschauungsweise und Gesittung zwischen Ost- und Westdeutschland zu ziehen wäre. Und solch eine sinnreiche Theorie wird dann nach deutscher Art sofort mit einem Aufwand von Geist und Gelehrsamkeit herausstaffirt, mit allerhand kuriosen Erscheinungen und Historien ausgeschmückt, dass Einem angst und bange werden kann. Wie ich zum ersten Mal die Spaltung zwischen Ost und West bekämpfen hörte, mitten in den tiefsten und sinnreichen Erörterungen über unsere Lage, kam es mir vor, als wäre ich in einem Irrenhause, in welchem ein Mann, nachdem er lange vernünftig mit mir gesprochen auf einmal sagte: „Sehen Sie den da drüben, der hält sich für Jesus Christus, aber der ist ein Narr, denn wenn es wahr wäre, müsste ichs doch wissen, da

ich Gott Vater bin.“ Solch eine Schrulle braucht blos mit dem Reiz der Neuheit auf den fruchtbaren Boden unserer Staatsphantasterei zu fallen, so kommen wir auch noch in die Gefahr, erst halbirt und dann geviertheilt zu werden. Russland wäre gewiss gern bereit, seinen Schutz den Landen rechts der Elbe angedeihen zu lassen, wie Frankreich die links des Mains in sein Herz geschlossen hat. Wir Andern, die wir nach Berlin gekommen waren in der Erwartung, das bewusste ganze Deutschland da endlich leibhaft beisammen zu finden, wir waren peinlich überrascht, als uns vom ersten Tage an die Unterscheidung zwischen Nord und Süd unablässig an die Ohren schlug. Ja sogar unsere gleichzeitig neuangekommenen gegnerischen Collegen waren sichtbar nicht darauf vorbereitet gewesen, den Main, den sie im Rücken gelassen hatten, vor sich querüber mitten im Sitzungssaal wiederzufinden. Wie wir uns gefreut hatten, so hatten sie sich gescheut, dem ganzen Deutschland zu begegnen und nun war die Reihe an ihnen, zu triumphiren und an uns, die Augen niederzuschlagen.

Dieser falsche Ton ging zunächst von den Mitgliedern des norddeutschen Reichstags aus. Und zwar beinahe ohne Unterschied der Parteien. Ob zwar ein Conservativer von Haus aus seine grössere Freude an jeder landschaftlichen oder historischen Absonderung hat,

so thaten doch unsere nationalen und liberalen Freunde redlich mit. Den ersten Anstoss gab die blosse Höflichkeitsbegegnung.

Man hätte auch hier, wie in den meisten Fällen klug gehandelt, wenn man, ein bekanntes Sprichwort umdrehend, sich gesagt hätte: folget niemals der ersten Eingebung, weil sie die gutmüthige ist. Gastfreundschaftliche Zuvorkommenheit, liebenswürdiger Eifer bemühten sich um die Ankömmlinge auf Weg und Steg. Dabei konnte nicht ausbleiben, dass die Reichstagsmitglieder als die Aelteren und Stärkeren, wir neu Eintretende als die Jüngeren und Schwächeren erschienen. Es war ja auch so thatsächlich. Jenen war der Boden, den wir eben zum erstenmale beschritten, war die Praxis der grossen parlamentarischen Versammlungen vertraut; sie waren kampfgeschult und selbstvertrauend, wo wir schüchtern tasteten. So machte es sich von selbst, dass der Süden gleich einem jüngeren Bruder vom älteren Norden liebevoll ins Leben eingeführt wurde. Der Vorgang erinnerte mich, in verringertem Masstabe, an die Tage des seligen Vorparlaments. Damals waren es die Oesterreicher, welche die Benjaminsrolle spielten; und manch Einer wurde damals mit allen irdischen Ehren überhäuft, als man entdeckte, dass er lesen unh schreiben konnte. So gab es auch diesmal für uns „Süddeutsche“ alle eine Aufmerksamkeit, ein Aemtchen, eine

Würde. Aber hinter diesem freundlichen Spiel barg sich der böse Ernst, die Unterscheidung auch in das Innere aller grossen Fragen hineinzuführen. Es schien wochenlang wirklich so weit gekommen, dass man sich fragen musste: Sind wir hierher geschickt, um mit Stimmenmehrheit aller Vertreter Eines Deutschlands zu beschliessen, oder sind wir nur berufen, wie im alten Rom oder im alten Reich, im Schoosse gesonderter Stände abzustimmen, die sich dann unter einander zu vergleichen haben? Die Sachen in diesem Geiste auffassen, hiess das begonnene Werk nicht fortsetzen, sondern zerstören. Und dennoch hatte sich dieser Geist, von aussen und von innen angefacht, der Majorität eine Zeitlang bemächtigt. So hiess es bei der Adressdebatte: Die Sache sei unstatthaft, weil die Abgeordneten des Südens in ihrer Mehrheit ihr abhold seien. Und bei jeder neuen Frage tönte diese falsche Betrachtungsweise von Neuem wieder. Hatte sie schon bei der Adresse folgenschwer eingegriffen, so drohte sie bei einem späteren Anlass vielleicht verhängnissvoll für den Ausgang der ersten Session und damit für die ganze Zukunft des Zollparlaments zu werden. Als es sich nämlich darum handelte, zu bestimmen, ob zuerst über die Tarifreform oder über die Tabakssteuer zu berathen sei, schien es nicht anders logisch denkbar, als dass der Tarif vorangehe, weil nur die Ermässigung der Eingangs-

zölle auf nützliche Gegenstände den Entschluss begründen konnte, die Abgabe auf einen blossen Genuss zu legen.

Auch hatte das Präsidium des Parlaments diese Ordnung vorgeschlagen, da erhebt sich Herr von Vincke, der bekannte Führer der sogenannten Altliberalen, setzt klar aus einander, wie vernünftiger Weise der Tarif zuerst behandelt werden müsste, und schliesst auf einmal damit, dass er das Gegentheil empfiehlt, weil — sagt er — die Mehrheit der „Herren aus dem Süden“ die umgekehrte, d. h. die verkehrte Ordnung vorzöge (und das in ihrem Sinn ganz mit Recht, da sie prinzipiell für Schutzzölle und gegen Tabakssteuer sind). So ward denn auch beschlossen. Hätten die National-Liberalen damals starr an ihrem vorgesetzten Programm festgehalten, so würden sie, in der Ungewissheit über das erst hinterher zu entscheidende Schicksal der Tarifreform, den Vorschlag der Regierung bezüglich des Tabaks haben mit Stumpf und Stiel verwerfen müssen; und es wäre daraus ohne Zweifel ein Zerwürfniss entstanden, welches, zusammentreffend mit der an sich unvermeidlichen Ablehnung der Petroleumssteuer, das Zollparlament zu nichts anderem gestempelt hätte, als zu einem Tummelplatz unfruchtbaren Haders. Die nationnalliberale Partei war einsichtsvoll genug, hier Selbstverläugnung zu üben, indem sie, trotz dem umgestürzten Geschäftsgang, von der Tabaksteuer das zu-

nächst Annehmbare guthiess. Sie rettete damit, es ist nach sorgfältigem Einblick in den Zusammenhang der Dinge nicht zu viel gesagt, für diesmal die Existenz des Zollparlaments. Das zeigte sich auch an den Folgen alsbald. Der gefährliche Ton der Unterscheidung zwischen Nord und Süd fand von jenem Augenblick an im Schoosse der preussischen Regierung weniger Ermunterung als bis dahin; denn diese war es beiläufig gesagt, immerhin gewesen, die wahrscheinlich in der Adressfrage den verneinenden Ausschlag gegeben hatte; sie musste aber auch bei dem gefährlichen Gang, den die Tabaksfrage, unter der Fortdauer dieser falschen Eingebung, genommen hatte, inne geworden sein, dass es an der Zeit war, Einhalt zu thun und im Laufe der Dinge eine nationale Wendung zu begünstigen. Bereits hatten sich die sonderbündlerischen Elemente, von jenen ersten Hätscheleien ermuntert, so sehr aufgebläht, dass sie in allen Sachen das allein Massgebende zu sein beanspruchten. Dieser Uebermuth von der einen, die bessere Erkenntniss von der andern Seite, führten die denkwürdige Entscheidung des 18. Mai herbei, an welchem unsere alte Jammerklage über die Trank- und Zapfgebühr die Ehre hatte, zu einer Angelegenheit von nationaler Bedeutung zu werden. Am Abend des 17. war mein Antrag vertheilt worden. Mit dem Frühroth des 18. stürmte Herr Moritz Mohl, der rastlose An-

führer der Schutzzöllner, Sonderbündler und Preussenfresser, bereits das Sekretariat, um sich als Redner dagegen einzuschreiben. Hinter ihm her, mit fliegenden Fahnen aus Württemberg und Bayern, Baden, Sachsen, Hannover, Alles, was nur dem Zollparlament, dem Norddeutschen Bund Tod und Verdammung geschworen hatte. Bebel und Liebknecht, die Ihnen wohlbekannten sozialdemokratischen Stützen von Thron und Altar, die grössten katholischen Kirchenlichter: Bissing, Rosshirt, Windthorst zogen mit klingendem Spiel auf die Tribüne; von Neuem erklang das Stichwort, welches bis dahin seine Wirkung nie verfehlt hatte: „Wir Süddeutsche!" Aber das Maass war voll! Wer immer noch das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Zukunft Deutschlands in sich trug, der empfand, dass es Zeit war, diesen Theilungsseligen das Handwerk zu legen. So fiel der Grundsatz, dass es den Vertretern des gesammten Deutschlands nicht erlaubt sei, sich um das Wohl oder Wehe der Angehörigen eines einzelnen Staates zu kümmern. Von diesem Tage an kam eine belebende Strömung über das Zollparlament.

Wohin auch hätte es führen sollen, wenn gerade in diesem Parlament die Trennung Deutschlands in zwei Hälften zu der Bedeutung einer organischen Einrichtung wäre erhoben worden? Setzen wir einmal den Fall, es sollte auch durch allgemeine Volksabstimmung

über die Frage der deutschen Einheit entschieden werden. Ich glaube zwar, die Lösung der Frage steht selbst über dem Volkswillen, der an ihr ebenso wenig etwas ab- oder zudekretiren kann, als an dem Einmaleins. Aber setzen wir einmal den Fall, von dessen Consequenzen wir gar nichts zu fürchten hätten. Könnte eine solche Frage anders beantwortet werden, als durch Zählung der Ja und Nein aller Deutschen? Wollen Sie einzelnen Landschaften in der Mitte oder an den Grenzen die Freiheit lassen, ein Loch in der Mitte oder in die Grenze Deutschlands zu bohren? Und wenn Sie die Selbstherrlichkeit der Bayern anerkennen, warum nicht auch die der Lichtensteiner? Wenn Bismarck sagt: „wir wollen die Süddeutschen nicht zwingen", so müssen Sie nicht vergessen, dass er Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist. Wir aber dürfen von Rechts und Volkswegen eine solche Sprache nicht aufkommen lassen. Wir müssen den Gedanken mit der Wurzel ausrotten, dass neben, ja sogar über dem Willen der Mehrheit der Deutschen noch einige besondere süd- oder norddeutsche Willensherrlichkeiten stehen. Schon in der blossen Angewöhnung an eine solche Redeweise liegt eine grosse Gefahr, vor Allem dem Auslande gegenüber. Und davon will ich in meinem nächsten Briefe reden.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

V.

Aachen, den 15. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Man hat gut sagen: das Ausland soll sich nicht in unsere innere, deutschen Angelegenheiten mischen. Gibt es darum irgendwo einen sachverständigen Menschen, welcher glaubt, das Ausland oder, um das Kind bei seinem Namen zu nennen, Frankreich sei seit zwei Jahren auch nur einen Augenblick ohne allen Einfluss auf das Verhalten der deutschen Regierungen gewesen, der grössten wie der kleinsten? Man hat auch gut sagen: keinerlei Furcht noch Gefahr solle eingreifen in unsere Entschlüsse. Werden wir darum zu läugnen unternehmen, dass ein Krieg mit Frankreich unberechenbare Leiden mit sich führen müsse? Oder werden wir ausrufen wie jener Philosoph: „Schmerz, Schmerz, ich gebe dir nicht zu, dass du ein Uebel seist?“ Werden wir vielmehr auch nicht in diesem Fall nach der all-

gemeinen Klugheitsregel zu handeln suchen, indem wir prüfen, ob ein stilles Nachgeben nicht ein kleineres Uebel sei, als der Ausbruch eines grossen Völkerkrieges? Ein stilles Nachgeben, sage ich, denn hat sich einmal der öffentliche Ehrenpunkt ins Spiel gemischt, so hört ja alles Vergleichen mit anderen Gütern auf. Aber bis zu dem Augenblick, da diese unerbittliche Nothwendigkeit in ihre Rechte tritt, ist auch für diese Frage die Berechnung entscheidend, welches von zwei möglichen Uebeln das kleinere sei; und die Spuren der Einwirkung solcher Rechnungsweise lassen sich bis auf die letzten Tage in der Leitung der deutschen Politik erkennen. Wenn man in kritischen Zeitläuften seine Aufmerksamkeit nicht ausschliesslich dem Mittelpunkt der Ereignisse zuwendet, sondern ab und zu dieselben bald von innen heraus und bald wieder von aussen hinein beobachtet, wie ich es seit mehreren Jahren gethan habe, so wird Einem die Wahrnehmung der Wechselwirkungen zwischen der Haltung der Kabinette und der Stimmung der Nationen erleichtert; ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich das Resultat meiner neuesten Umschau dahin formulire das auch die Vorgänge im Zollparlamente, ihre Richtung ein wenig anders genommen hätten, wenn nicht die in Frankreich zur Geltung kommende Auffassungsweise der Dinge einen fühlbaren Druck auf unsere inneren Angelegenheiten zu jeder Zeit ausübte.

Die Gegenprobe bietet sich im Augenblicke von selbst in dem Aufschwung des Sicherheitsgefühls, dem sich die Geschäftswelt plötzlich überlässt, und welches zwar zum Theil dem Erntesegen, aber in viel stärkerem Verhältniss dem harmlosen Verlauf des Zollparlaments zugeschrieben werden muss.

Bei der Feststellung einer solchen Wechselwirkung ist es unmöglich, sich zu verbergen, wie schädlich eine von uns selbst als zu Recht bestehend anerkannte Spaltung zwischen Nord und Süd auf die Meinung des Auslandes und dadurch wieder auf unsere eigene Schicksale Einfluss üben muss. Aus diesem Grunde habe ich am Ende meines vorhergehenden Briefes darauf hingewiesen, dass wir die inneren Schwierigkeiten unserer Lage vermehren, indem wir in feierlichen Versammlungen unter den Augen des Nachbars die Befugniss der Nation durch Majoritätsbeschluss über ihr Gesammtschicksal zu entscheiden in Zweifel ziehen. Manch Einer würde mich in diesem Punkte nicht der übertriebenen Unduldsamkeit zeihen, wenn ihn seine Erfahrung daran gewöhnt hätte, die Aussprüche, welche bei uns zu Hause in die Oeffentlichkeit ergehen, sich auch sofort in der fremden Uebersetzung mit dem entsprechenden Commentar vorzustellen: wenn er mit Lebhaftigkeit empfände, wie die zwischen Deutschen gewechselten Worte von Fremden aufgegriffen und als

vergiftete Waffen gegen uns gekehrt werden. Wer begierig ist, diesen Zusammenhang näher kennen zu lernen, der lese z. B. eine Zeit lang das in Luxemburg in französischer Sprache erscheinende Blatt l'Avenir, die „Zukunft", welches mit oder ohne Absicht den Namen einer ihm wohlgefälligen deutschen Zeitung sich zugelegt hat. Das Blatt wurde bekanntlich von der französisch-katholischen Annexionspartei gegründet, welche neulich durch nächtliche Maueranschläge zu einem Putsch aufrief, damit die Franzosen einen Vorwand zum Einmarschiren bekämen. Eine Nummer dieses „Avenir" war jüngst aus drei grossen, drei verschiedenen deutschen Zeitungen entnommenen, Aufsätzen zusammengestellt. Den Leitartikel bildete eine Uebersetzung aus der „Demokratischen Correspondenz." Dann folgte als Mittelstück ein Abschnitt aus dem „Beobachter" und den Schluss bildete eine Uebertragung aus der „Frankfurter Zeitung." In diesen drei Leistungen hatte die Redaktion alles vereinigt gefunden, wonach ihr Herz nur begehren konnte, um die Bevölkerung von Luxemburg gegen Deutschland aufzustacheln und zur Sehnsucht nach der Einverleibung in das französische Kaiserreich zu begeistern. Deutsche Radikale hatten dem französischen Emissär nicht blos die Mühe des Schriftstellerns erspart, sondern sie dienten ihm auch als klassische Zeugen für die Vor-

trefflichkeit seiner Politik. Die Ironie des Schicksals will, dass gerade dieselben deutschen Blätter es sind, welche Preussen den Abzug aus der Festung als Landesverrath vorwarfen. Wenn dergleichen Erscheinungen nichts Befremdliches mehr für uns haben, so sollten sie uns doch als Warnung dienen, dass wir nicht in aller Unschuld ihnen selbst noch Nahrung zutragen, wie dies geschah, als man im Zollparlament ein südliches Selbstbestimmungsrecht im Gegensatz zum Entscheidungsrecht der ganzen Nation anzuerkennen Miene machte. Wie dürfen wir uns nach solchen Vorgängen noch wundern, wenn die Franzosen den Eintritt von Hessen oder Baden in den Norddeutschen Bund so ansehen, als handelte es sich darum, irgend einen ausländischen kleinen Staat wie Belgien, Holland oder die Schweiz mit List oder Gewalt dem preussischen Scepter zu unterwerfen; wenn ihnen eine Erweiterung des norddeutschen Bundes im Lichte der Annexion von Nizza oder auch der Eroberung von Algerien erscheint, nur mit dem Zusatz, dass sie sich auch befugt, ja wegen der Pflicht der Selbsterhaltung genöthigt glauben, dagegen einzuschreiten.

Ich habe Ihnen in meinem zweiten Briefe angedeutet, warum ich die Politik des Berliner Kabinets, in dessen gegenwärtiger Beschaffenheit für eine wesentlich friedliche halte. Seitdem haben Sie in den angese-

hensten Organen der deutschen, französischen und englischen Presse die Bestätigung meiner Ansicht wiedergefunden. Es ist nicht leicht, mit gleicher Gewissheit und Beruhigung über die Neigungen der französischen Politik ein Urtheil abzugeben. Zwar wenn wir nur die natürlichen Triebfedern in Betracht zögen, welche bestimmend auf die Nation oder ihrer Herrscher einzuwirken verdienten, so müssten wir schliessen, dass den Einen wie dem Andern zur Selbsterhaltung der Friede geeigneter Erscheinen sollte, als der Krieg. Auch vermögen wir weder unten noch oben eine solche Herrschaft blinder Leidenschaft zu entdecken, dass wir veranlasst würden zu glauben, diese drohe es über die natürlichen Interessen davonzutragen. Zu der vielfach verbreiteten Ansicht, dass das herrschende System aus Furcht vor revolutionären Gefahren und um diesen ein Ableitungsmittel entgegenzustellen, versucht sei, sich in einen Krieg zu stürzen, fehlt die erste nothwendige Voraussetzung, nämlich das Vorhandensein einer solchen Revolutionsgefahr. Gleichwohl wird man sich von dieser Seite vorerst keinem allzugrossen Sicherheitsgefühl hinzugeben wohl thun. Das Kaiserthum ist auf alle Fälle mehr als der preussische Thron von Einflüssen umgeben, welche vielleicht nicht so sehr die Macht, aber doch recht deutlich die Lust haben, es zu einem Krieg zu verführen. Diese Einflüsse sind zunächst in den

militärischen Kreisen zu suchen. Was sich in Mexico und was sich in Deutschland zugetragen hat, das wird in diesen Regionen als eine Demüthigung tief empfunden, die nach einer Ausgleichung verlangt. Dazu kommt, dass in der Bevölkerung eines Hofs, der nicht ohne die Mitwirkung von glücklichen und unglücklichen Abenteuern gegründet wurde, der Geist des Abenteuers auch nach zwanzigjährigem Aufräumen durch Tod und Sättigung noch immer seinen Zauber ausübt und seine Bekenner zählt. Und endlich ist zwar die Nation selbst in ihren guten und grossen Bestandtheilen frei von jenen frevelhaften und thörichten Gelüsten, aber immerhin birgt sie in ihrer Mitte eine nicht unansehnliche Menge von Anhängern der Kriegsreligion und des Glaubens, dass Frankreich berufen sei, in Europa die Uebermacht auszuüben.

Es ist allerdings weder die gewerbtreibende noch die wissenschaftlich gebildete Bevölkerung, welche den Kern jener entzündlichen Masse liefert, aber die Schaar selbst ist von Natur so geräuschvoll, schwimmt auch ihrer schaumigen Beschaffenheit gemäss so sichtbar auf der Oberfläche, dass sie überall wo Auge und Ohr hindringen, doch in erster Linie sich geltend macht. Zunächst verfügt sie über die grössere Hälfte der Presse. Ob die Regierung im gegebenen Augenblicke kriegerisch denke oder nicht, die servilen Zeitungen

erachten es jeder Zeit als einen Liebesdienst, wenn sie falsche Ehrbegriffe und soldatische Reizbarkeit nähren. Dazu kommen die Organe der scheinbaren oder der wirklichen Opposition, welche in derselben Richtung wirken, indem sie der Regierung wahre oder vermeintliche Demüthigungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vorhalten. Dieser Zusammenklang beherrscht und schürt dann die öffentliche Meinung eines grossen Theils des so zahlreichen, beinahe in jeder Familie vertretenen Beamtenstandes, dessen Erwerb während des Kriegs fortgeht, dessen Geist nach militärischem Schnitt dressirt ist. Hinter ihnen gruppiren sieh aus den Mittelklassen alle die, welche von den officiellen Ueberlieferungen alter Zeiten seit der Monarchie Ludwig XIV. bis auf die Spektakelstücke des Circus Franconi ihre nationalen Eingebungen empfangen haben. Das Alles zusammen macht noch eine gute Zahl, welche das Wachsthum eines benachbarten Volks als eine absurde Anmassung betrachtet und daher in der Einigung Deutschlands nicht blos eine Gefahr, sondern auch eine persönliche Beleidigung für Frankreich erblickt. Während wir in Berlin die Adressdebatte blos in unserer Meinungsverschiedenheit mit der Pfaffen- und Volkspartei sahen, hatten wir keine Vorstellung von der Gereiztheit, mit welcher die eben geschilderte Categorie von Franzosen unsren Verhandlungen folgte

und es ihrer Regierung nahe legte, aus der Annahme der Adresse einen Casus belli zu machen. Habe ich doch an mir selber die unglaubliche Erfahrung gemacht, dass von vielen meiner Bekannten meine Bemühungen in nationaler Richtung als ein schweres Aergerniss aufgenommen wurden. „Wie! — hiess es, so wird mir von vielen Seiten berichtet — wie, dieser Mensch, der fünfzehn Jahre lang die französische Gastfreundschaft genoss, erklärt sich jetzt als ein offener Feind der Franzosen!" So einfach und untrennbar war ihnen die Vorstellung eines geeinigten Deutschlands und der Bosheit gegen Frankreich. (Dass eine gewisse Sorte von deutschen Gimpeln bei dieser Gelegenheit, wie in ähnlichen Fällen mit Chorus macht, versteht sich von selbst.) Dem Allen kommt dann die grosse Unkenntniss unserer Zustände (entschuldbar durch deren grosse Verwirrung) zu Hilfe. Konnte doch der „Moniteur" selbst noch das in so kraftstrotzender Souveränetät fortbestehende Hessen-Darmstadt des Herrn von Dalwigk mit dem leider untergegangenen Kurhessen des Herrn von Hassenpflug verwechseln!

Gerade durch die gereizte Betonung des Unterschieds aber zwischen Nord und Süd machen wir uns zu Bundesgenossen dieser Anmassung und Unwissenheit. Glaube man nicht, dass eine gelegentliche brüderliche Deklamation über das Zusammenstehen bei

Angriffen von Aussen jenen bösen Eindruck zu verwischen im Stande sei! Die Einstimmigkeit selbst dieser Betheuerungen benimmt ihnen den Credit. Denn wie sie von den Freunden des Concordats und der Depossedirten gemeint sind, das weiss man im Auslande noch besser als bei uns von wegen der directen vertraulichen Verbindungen. Aber auch diejenigen Radikalen, welche es mit der Wahrung deutschen Bodens ehrlich meinen, irren sich, wenn sie meinen, sie könnten im Augenblick der Gefahr urplötzlich aus verbissenen Widersachern zu innigen Freunden werden. Auf die Manier begeben sich die Dinge in dieser wirklichen Welt nicht. Und sollten sie sich auch Verstandes- und Charakterstärke genug zutrauen, um mit Blitzesschnelle diese Evolution an sich selbst zu vollziehen, so werden sie doch nicht dem Wahne Raum geben können, dass sie mit gleicher Behendigkeit die von ihnen Jahre lang mit Hass genährten Massen auf die Seite der bis dahin Angefeindeten würden nachzuziehen im Stande sein. Auch täuschen diese heiligen Bruderschwüre weder die, welche Deutschland zu vertheidigen berufen sind, noch die, welche Lust haben, es anzugreifen.

Und aus allen diesen Gründen ist es um so mehr die Pflicht derer, welche den grossen untheilbaren deutschen Staat wollen, dass sie aller Orten den Vorstellungen auf den Kopf treten, welche der Einmischungslust

der französischen Kriegspartei neue Anhaltspunkte liefern. Das anfängliche Verhalten vieler Ehrenmänner im Zollparlament — ich verkenne das nicht — war von der patriotischen Rücksicht geleitet, dass mit vorsichtiger Behandlung der Widerstrebenden weiter zu kommen sei als durch schroffes Absprechen. Mancher glaubt noch heute, die günstige Stimmung am Schluss sei jenem vorsichtigen und schonungsvollen Auftreten am Anfang zu verdanken. Ich aber gestehe, dass ich auf das sanfte Gewinnen solcher Gegner, wie die, mit denen wir es zu thun haben, wenig Hoffnung setze und ihren zuthunlichen Stimmungen einen sehr beschränkten Credit einräume. Viel zweckmässiger scheint mir, ihnen die Stütze zu entziehen, welche sie an Frankreich finden und welche ihre einzige Operationsbasis ausmacht. Jeder Vorschub, den wir durch unser eigenes Auftreten einer gesünderen Auffassung von Seiten der Fremden leisten, nähert uns gleichzeitig dem letzten Ziel der Abrüstung, mit dem allein auch die wahre Entfaltung unseres neuen Staatswesens ihren Lauf beginnen kann.

Nachdem ich nun in diesem und den vorhergehenden Briefen mich bemüht habe, Ihnen zu zeigen, warum ich ein so grosses Gewicht auf die Bekämpfung der Unterscheidungen zwischen Nord und Süd lege, welche die erste Hälfte der Parlamentsverhandlungen

vorwiegend beherrschten und auch in der zweiten, wenn schon etwas abgeschwächt, noch viel zu viel Ehre genossen, gedenke ich im sechsten und für diesmal letzten Briefe auf die Erledigung der inneren Angelegenheit während der jüngsten Session einen Rückblick zu werfen.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

VI.

Mainz, 23. Juni 1868.

Geehrte Herren!

Sollte ich die Gesammtheit der Betrachtungen in Eins zusammenfassen, welche sich dem Sinn des unbefangenen Theilnehmers an allen Vorgängen im Zollparlament schliesslich aufdrängen mussten, so würde ich mich also ausdrücken: Das Zollparlament kann weder fortbestehen noch untergehen; seine Erhaltung ist ebenso unmöglich als sie unentbehrlich ist! Mit andern Worten: Diese neue Staatseinrichtung ist in der Hauptsache für uns eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden, während die Gestalt, in der wir sie dermalen besitzen, durch sich selbst verurtheilt ist, baldiger Zerstörung anheimzufallen.

In diesem Schlussgedanken ist übrigens nichts Anderes ausgesprochen, als was sorgfältige Einsicht

am Anfang vorausgesagt hatte. Wer im Stande war, sich eine Vorstellung zu machen von dem Ineinandergreifen der verschiedenen Theile der Staatsmaschine, der musste in der That berechnen können, dass es vernünftiger und praktischer Weise undenkbar sei, die Gesetzgebung für Zölle aus der Gesammtheit der gesetzgeberischen Arbeit überhaupt auszuscheiden, ihr hoch über der Werkstätte aller andern Staatsthätigkeit, gleichsam auf einem heiligen Berg, einen mit besonderlicher Feierlichkeit und Abgeschiedenheit umgebenen Tempel zu errichten.

Zunächst musste die Unmöglichkeit solchen Auseinanderhaltens sich geltend machen, vermöge des innigen Zusammenhangs, in welchem die Zölle mit den übrigen Steuern verwebt sind. Einem Gesetzgeber zumuthen, er solle sich mit den Zöllen befassen, unbekümmert um das, was mit den Steuern im Innern vorgeht, das wäre ungefähr so, wie wenn Sie als Patient zum Arzt gingen und ihm erlaubten, Ihren Leib zwar von Aussen zu beaugenscheinen, ihm aber verböten, sich irgendwie auf Fragen oder Anordnungen wegen Ihrer Nahrung, Verdauung und Ihres sonstigen körperlichen Befindens einzulassen. Von einer Volksvertretung verlangen, dass sie die Zollgesetzgebung entwickle und die Steuergesetzgebung unangetastet lasse, dass heisst einen Menschen auffordern, dass er mit seinem linken

Fuss hundert Schritte vorangehe, während sein rechter Fuss am selben Fleck stehen bleibe. Und dieser Sachverhalt ist denn auch folgerichtig zur Erscheinung gekommen. Nicht blos ist dem Parlament sofort an den Zoll-Angelegenheiten die Kraft ausgegangen, sondern der wichtigste Beschluss, den es gefasst hat, traf nicht einen Zoll, sondern eine innere Steuer, nämlich die auf den Tabak. Und wer sich die Mühe geben wollte, den Verhandlungen über diesen interessanten Gegenstand zu folgen, der konnte daraus am besten lernen, wie tausendfach die Fäden des nationalen Haushalts von den Eingangs- zu den Erzeugungs- und Verkehrssteuern hinüberlaufen, von diesen aber wiederum zu dem Mittelpunkt des Staatslebens überhaupt sich hinziehen.

Um aber noch einen Augenblick bei der fühlbarsten aller Schwierigkeiten zu verweilen, so ist doch vor allen Dingen der Zollverein dazu bestimmt, das Wiederaufkommen einer Grenzbeaufsichtigung zwischen den deutschen Staaten unter einander zu beseitigen. Wenn diese Absicht aber zwingt, an den äusseren Grenzen Deutschlands überall dieselben Zölle zu erheben, so zwingt sie nicht minder, auch im Innern jedes einzelnen Staats die daselbst erzeugten Gegenstände gerade so wie in seinem deutschen Nachbarlande zu besteuern. Jede höhere Belastung würde beispielsweise den dem betreffenden Staat angehörigen Producenten in die Un-

möglichkeit setzen, mit den Erzeugnissen des Nachbars zu konkurriren, oder aber den Staat selbst zu Uebergangssteuern bei der Einfuhr und Rückvergütung bei der Ausfuhr nöthigen, also die Verkehrsfreiheit im Innern Deutschlands wieder aufheben. Darum war auch der Zollvertrag vom 8. Juli 1867, auf dem die neue Ordnung der Dinge beruht, genöthigt, die wichtigsten Steuerobjecte des inländischen Gewerbfleisses und Verzehrs bereits in die Zuständigkeit der gemeinsamen deutschen Gesetzgebung hineinzuziehen. Fragt man sich aber, warum nicht statt der einzelnen wichtigsten Gegenstände als da sind: Salz, Zucker, Tabak, Wein, Bier, Branntwein, die indirecten Steuern überhaupt in den Bereich des Zollparlaments logischer Weise gezogen wurden; warum auf diese Art dasselbe nicht zu dem wurde, was es unvermeidlich sein und zunächst werden muss, eine Autorität für die Festsetzung aller indirekten Steuern: so kann die Erklärung nur darin gefunden werden, dass von einem Parlament für die indirekten Steuern zu einem Parlament für Steuern überhaupt der Weg gar zu kurz gewesen wäre, und dann auch am Ende, Gott bewahre, eine grosse Anzahl deutscher Spiessbürger von selbst auf den Gedanken hätte verfallen müssen, es sei doch herzlich dumm, die Verfügung über den nervus rerum in andre Hände zu legen als die Verfügung über die allge-

meinen Erfordernisse der Landeswohlfahrt. Und das Alles hätte uns schliesslich mit der merkwürdigen Entdeckung überraschen können, dass es eben so wohl gethan, aber viel einfacher wäre, die deutschen Angelegenheiten überhaupt einem deutschen Parlamente, als undurchführbarer Weise die Zoll-Angelegenheiten einem blossen Zollparlament zu übertragen.

Die lähmende Wirkung dieser widernatürlichen Trennung der Geschäfte erstreckte sich denn auch alsbald über die ersten Bewegungsversuche. Musste nicht vor Allem sofort über das Parlament das Gefühl der Verantwortlichkeit kommen, dass jeder bewilligte Zoll ein bewilligtes Geld sei, und dass man gewissenhafter Weise nicht Geld bewilligen könne, ohne zu fragen, ob es auch im Interesse des gemeinsamen Wohls nothwendig? Was aber heisst: nothwendig? Dem erscheint unentbehrlich, dass man Kasernen baue, der Andere will Kirchen, der Dritte Zuchthäuser, der Vierte Akademien und ein Fünfter gar nichts von Allem dem, sondern vielleicht Nationalwerkstätten. Da sitzen wir mit einem Male mitten in den schwierigen Menschheitsfragen, während wir doch nur berufen waren, über 15 Silbergroschen auf Erdöl nachzudenken!

Die Staatsmänner auf der Regierungsbank hatten sich nun ein Systemwesen ausgeklügelt, welches über alle diese Verlegenheiten hinaushelfen sollte. Sie wollten

nämlich mit dem Parlament nur Zug um Zug handeln, für jeden erlassenen Groschen alter Steuern sollten genau zwölf Pfennige neuer Steuern ausbedungen werden, alles baar berichtigt wie zwischen Händlern auf dem Jahrmarkt, die einander nicht über den Weg trauen. Aber wer sieht nicht ein, wie undurchführbar ein solcher Grundsatz ist; wie unmöglich es ist, die Tragweite jeder Zahlenveränderung im Gebiet des unberechenbaren Verkehrs mit mathematischer Gewissheit voraus zu bestimmen; wie daraus jedem der kontrahirenden Theile die Furcht erwachsen muss, dass der Andere ihn überlisten wolle; wie auf diese Weise unablässig Saat des Zwiespalts ausgestreut wird; wie aber auch gleichzeitig alle Beweglichkeit verbannt wird, wo allen, im Vertrauen auf den Segen der Kräfte-Entfesselung zu wagenden, Versuchen Thür und Thor verschlossen bleiben muss! Wer vorwärts gehen will, muss einen Fuss vor den andern setzen. Die Politik der verbündeten Regierungen, indem sie daran festhält, keine Erleichterung ohne gleichzeitige Gegenleistung zu gewähren, verlangt von dem Zollparlament, dass es mit zusammengebundenen Füssen vorwärts hüpfe, wie die Springprozession von Echternach. Und darum sind wir, wenn Sie von dem österreichischen Handelsvertrag absehen, dessen Schicksal voraus entschieden war, auch praktisch kaum vom Fleck gekommen. Bei

allem guten Willen von der einen und der anderen Seite konnten sich Regierung und Parlament nicht entschliessen, muthig in das Gebiet der lebendigen Finanz-Resultate, in das Dicke der Ziffern hineinzugreifen. Man wagte sich nicht über die Schwelle der Principien hinaus, die Consequenzen der Entscheidung thatsächlich auf ein Minimum beschränkend. Im Princip nahm das Parlament die Tabakssteuer an, im Princip wies es die Petroleumsteuer von sich, im Princip zogen die Zollbundesräthe die Tariferleichterung zurück. Weil keine Seite der andern einen finanziellen Vorsprung einräumen wollte, begnügte man sich mit rein theorischen Aussprüchen von unbedeutender Wirkung aufs Leben; so musste man der alten deutschen Unsitte treu bleiben, die Diskussion als die Hauptsache und die Anwendung aufs Leben als die Nebensache zu betreiben.

Das geht nun zur Noth freilich ein erstes Mal. Aber auf die Länge wird es unerträglich. Und dennoch kann man, so lange das verfassungsmässige Grundübel nicht gehoben wird, auch den Regierungen nicht zumuthen, das Schicksal ihres Budgets in die Hände einer Volksvertretung zu geben, welche für die Ausgleichung von Soll und Haben nicht den geringsten Beruf, folglich nicht die geringste Verantwortlichkeit hat; welche nach rechts und links Erleichterungen beschliessen könnte und von dannen geht, wie ein Reisender, der sich im

Wirthshaus gütlich thut und vor berichtigter Zeche verschwindet. Natürlich kann sich aber die Volksvertretung ihrerseits noch viel weniger auf die Diskretion der Regierungen verlassen, indem sie ihnen Bezugsquellen für Ueberschüsse eröffnet, ohne sich der Unentbehrlichkeit derselben zu vergewissern. Die Thronrede, welche der König von Preussen am Schluss der Session hielt, hat die Sache ganz richtig von oben herab beurtheilt; sie beging nur das Unrecht, sie nicht auch einmal von unten hinauf anzusehen. Sonst wäre er unvermeidlich zu dem Schluss gekommen, zu sagen: „Es war mir sehr lieb, Sie bei mir zu sehen, obwohl wir wenig miteinander ausgerichtet haben, das ist aber nicht Ihre Schuld, sondern die unserer unnatürlichen Verfassung, an der wir freilich wieder Alle die Schuld tragen, insofern wir von oben wie von unten ein unbegreifliches Widerstreben empfinden, mit unsrem alten politischen Plunder auf Einmal aufzuräumen.“

Nachgerade bedarf es aber nicht einmal solchen Einblicks in den inneren Zusammenhang der Dinge, um sie dermalen richtig zu beurtheilen. Die äussere Anschauung genügt. Wer kann sich dem peinlichsten Eindruck verschliessen, wenn er dies Nacheinander von Parlamenten mit seinen unvermeidlichen zeit- und geistraubenden Endlosigkeiten ansieht? Man hat behaupten wollen, dieses Uebermass des Guten entspreche dem

Gedanken des Herrn v. Bismarck, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu tödten. Könnte man nicht nach dem Erfolg noch viel eher urtheilen, es sei die geheime Absicht des Ministers, durch diese unbeschreibliche Arbeitshäufung den Minister selbst zu tödten? Wer von Ihnen, m. H., wird es nicht schon für eine ungebührliche Zumuthung halten, wenn er alle stenographischen Berichte von A bis Z durchlesen sollte? Nun macht aber — um von der ausnahmsweisen Stellung des Bundeskanzlers abzusehen — das Verfolgen der öffentlichen Verhandlungen den leichtesten und kleinsten Theil des Berufs eines gewissenhaften Abgeordneten aus. Ich möchte die Herren, welche des Morgens um elf Uhr zur ersten Schoppensitzung ausgehen und allda von der Höhe ihrer Weisheit und Tugend herab über den norddeutschen Bund und den diätenlosen Reichstag Gericht halten, einmal an der Arbeit sehen, der ein solcher diätenloser und am Ende gar national-liberaler Abgeordneter in hundert Sitzungen der Commission für Gewerberecht unter Anwendung allen erdenklichen Eifers und Wissens obliegt! Wie mancher dieser Abgeordneten ist als Mitglied des Landtags, des Reichstags, des Zollparlaments seiner Familie und seinem häuslichen Beruf seit neun Monaten entrissen! Diesen unhaltbaren und gemeinschaftlichen Stand der Dinge verdanken wir aber der künstlichen

Zersplitterung von Staatsgeschäften, die in einer Körperschaft in der Hälfte der Zeit viel besser erledigt werden könnten. Man denke nur an die dreifache Wahlprüfung, Constituirung, Aemtervertheilung, an die unausbleiblichen, langwierigen Competenzstreitigkeiten, und man wird zugeben müssen, dass die gegenwärtige Einrichtung mit einem jener altmodischen Apparate arbeitet, welche bei möglichst grossem Kraftaufwand möglichst wenig Tagewerk vollbringen. Mit oder ohne Absicht, mit oder ohne Diäten muss eine Erlahmung der parlamentarischen Kräfte aus der Fortdauer dieser Zustände sich ergeben. Die active wie die passive Theilnahme muss ermatten. Auch ist es unnatürlich, dass die Gesetzgebungsmaschine in einem Lande während neun Monate jedes Jahr hindurch arbeite und auf der einen Seite immer mehr unübersehbares Material aufhäufe, während für andere Aufgaben im Staat keine Zeit übrig bleibt. Dabei haben wir nicht einmal den Trost, wie z. B. einst der französische Convent, am grossen Wendepunkt einer grossen Staats- und Nationalepoche zu stehen und eine Grundlage für Jahrhunderte zu schaffen. Alle Parteien sind darüber einig, dass wir uns mitten in der Vergänglichkeit eines Provisoriums befinden. Jeder legt sich die Zukunft auf seine Weise zurecht, aber jeder fühlt und sagt, dass die heutige Ordnung der Dinge nur einen Sinn habe als

Uebergangsstadium in eine künftige gesündere und festere Gestaltung der Dinge.

Aber wenn ausgemacht scheint, dass das Zollparlament in seiner heutigen Form und Begrenzung nicht als etwas Bleibendes gedacht werden kann, so drängt sich uns damit auch die Frage auf, was wir dazu thun können, um die mitwirkenden Kräfte in die heilsamste Richtung zu leiten. Ausserordentlich viel Scharfsinn und Wissen sind in parlamentarischen Kreisen bereits auf die Untersuchung dieser Frage verwendet worden, bei der es zunächst gilt, zu entscheiden: ob es rathsamer sei, die Machtsphäre des Zollvereins auf eine höhere Stufe zn erheben, oder aber das Gebiet des norddeutschen Bundes in die Breite auszudehnen; mit andern Worten, ob mehr Aussicht sei, das deutsche Parlament dem Boden des Zollparlaments oder dem Boden des Reichstages abzugewinnen? Während der norddeutsche Bund die wichtigen Vorzüge einer höher und natürlicher ausgebildeten Organisation darbietet, lockt der Zollverein durch die räumliche Vollständigkeit seiner Grundlage. Sie werden es mir aus leicht zu errathenden Ursachen erlassen, näher in das Für und Wider dieser subtilen und verwickelten Frage hier einzugehen. Auch könnten wir über der Vertiefung in dieses Räthsel der Staatsklugheit leicht in Gefahr kommen, die einfache Wahrheit aus dem Auge zu verlieren, dass

ein Uebel nicht so sehr an seinen sichtbar zu Tage tretenden Wirkungen, als am Sitz und Grund seiner Ursache zu heilen ist. Unsere mangelhaften Parlamentsbildungen sind die unvermeidlichen Folgen unseres noch so unvollkommen ausgebildeten, ja man kann sagen barbarisch ungeordneten Staatswesens. Von der Nothwendigkeit in einen grossen geschlossenen, nach dem Vorbild anderer Völker geeinigten Staate einzutreten, muss der Sinn der Nation sich durchdringen. Dann wird sich auch die Parlamentsreform von selbst ergeben. Und an dem Verständniss für diese höhere Nothwendigkeit gebricht es noch ganzen Strichen und Schichten in unserem Vaterland. Das hat die Erfahrung der letzten zwei Jahre gelehrt. Nicht mehr können wir, nach früherer, schwächlicher Art, die Fürsten oder den Bundestag mit der Schuld unseres verwahrlosten Zustandes belasten. Das gesammte Volk, mit freier Ausübung des Wahlrechts versehen, hatte die Gelegenheit seine Stimme zu erheben. Läge nicht noch über grossen Kreisen die träumerische Dämmerung politischer Urtheils- und Wünschelosigkeit ausgebreitet, so wäre der Ruf nach Einheit mit einer Kraft emporgedrungen, dem kein Competenzbedenken von Innen noch von Aussen Halt geboten hätte.

Diesen Einblick in die politische oder vielmehr in die unpolitische Denkart eines grossen Theils unserer

Nation verschafft zu baben, ist ein Verdienst der jüngsten Ereignisse. Denn hier wie überall steht das „Kenne dich selbst“ an der Pforte aller Lebensweisheit. Gleichzeitig aber ist ein beträchtlicher Gewinn erworben in der Erkenntniss, dass der Drang nach der politischen Gestaltung unseres Landes in Zukunft nicht ablassen wird, seine Sache auch rechtkräftiger Weise vor der einzigen höchsten Instanz zu verfechten, die wir bislang besitzen, nämlish vor der Gesammtvertretung der Nation im Zollparlament. Mit welchem Widerstreben Einer gekommen, mit welchem Vorbehalt er gegangen sei, nimmer entzog er sich dem schliesslichen Eindruck: dass zum Theil wenigstens auf diesem, der Zusammenkunft des ganzen Volks geweihten, Boden der Geisteskampf um das Geschick des Vaterlandes wird ausgefochten werden. An den Schranken dieses hohen Gerichts muss denn auch — dies hat eine kurze Erfahrung schon gezeigt — jener platte und grobe Ton verstummen, mit dem sich breit zu machen in einem lokalbeschränkten Wirkungskreis so leicht wird. Ein besserer, edlerer, würdiger Geist wird von dem neugewonnenen Mittelpunkt über das gesammte Land ausströmen, Volk und Führer zu grösserer Betrachtung grosser Angelegenheiten erziehen. So lange die Ereignisse langsam dahinfliessen, wird die Thätigkeit des neuen parlamentarischen Organs nur Bescheidenes leisten; kommen gewaltige Zeiten,

wird es sich rasch zu Gewaltigem aufraffen müssen. Und so wird schliesslich der Gedanke an die Bestandlosigkeit des vorhandenen Gefüges weit überwogen von dem erhebenden Bewusstsein, dass ein natürlicher und dauernder Kern gewonnen ist, an dem die Gestalt des Reichs deutscher Nation anschiessen wird, eine Stätte an der wir fortan unter unserer eigenen Verantwortlichkeit, das ist auf dem einzig richtigen Weg, an unserer Entwickelung, an der Gründung unseres deutschen Staates arbeiten können. Möge dieser Gedanke Sie mit Zuversicht und mit Lust an Ihrer politischen Thätigkeit erfüllen!

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

1869.

I.

Berlin, den 7. Juni 1869.

Geehrte Herren!

Soll ich Ihnen denn diesmal wieder schreiben? Bemerken Sie wohl, das Zollparlament wird heuer sich aufführen, wie wenn es in der That nichts wäre, als ein armes, einfältiges Zollparlament. Wollte Einer daran zweifeln, er könnte es herunter lesen von den Gesichtern jener „Herren vom Süden", die sich als die Engel betrachten, so Gott der Herr mit zwo flammenden Schwertern an den Main postirt. Das vorige Mal war es anders. Da liessen sie beinah Alle die Engelsflügel etwas hängen. Die Ahnung, dass einige deutsche Politik aufkommen möchte, lag ihnen wie Blei in den Gliedern, und verschleierte Gespenster angemasster Kompetenzen schreckten ihre Träume. Zwar lächelten sie auch damals, aber sie lächelten grüngelb. Wer konnte wissen, wie Bismarck sich zur Adressfrage

stellen würde! Selbst mit den nördlichen Feudalen, auf welche jene „Herren vom Süden“ doch gleich nach Louis Napoleon sich am meisten verlassen, ist kein ewiger Bund zu flechten, wie bei der hessischen Weinsteuer kund ward. Diesmal dagegen schauen sie vollständig beruhigt drein, rosig ausgeschlafen, und drücken ihren intimsten Feinden die Hände, wie die Leute, die ihrer Sache gewiss sind; ihr Lächeln ist von der Farbe des Vergissmeinnicht. Nichts fürchten sie von deutscher Einheit zu hören, Nichts von Ueberschreitung des Mains. Das deutsche Nationalbewusstsein, welches Schande halber in der Eröffnungsbotschaft des Zollparlaments nicht fehlen durfte, ist bereits darin angewiessen worden, in der Verbrüderung mit dem Mikado und dem Taikun von Japan zum Einblick in sich selbst zu gelangen. Abwechslung halber werden wir diesmal den Weg nach dem Kyffhäuser über Yeddo, Nangasaki und Yokuhama versuchen, um von da München und Stuttgart zu erreichen. Wunderbar verschlungen sind ja die Wege der Vorsehung, und grosse Wahrheiten müssen oft in scheinbarem Stillliegen Kraft und Stoff ansammeln, dann urplötzlich auf die Füsse springen und ihren nichts ahnenden Gegner zu Boden schlagen. Deutschland hat 1866 eine kritische Krankheit durchgemacht, und ist noch in der Reconvalescenzperiode In solchen Zeiten empfehlen die Aerzte ihrem ungedul-

digen Patienten Langeweile als das beste Stärkungsmittel. Und diese Medizin droht noch nicht auszugehen. Ich verspreche Ihnen neue Zufuhr aus dem Zollparlament und komme — wer weis — vielleicht in den Fall, mein Scherflein dazu beizutragen. Ein berühmter Schriftsteller hat ja gesagt: Glücklich das Volk, dessen Geschichte eine langweilige ist. Doch meint er damit schwerlich die Art von akuter Langeweile, an der wir eben leiden. Jener Montesquieu dachte an die beseeligte chronische Langeweile der himmlischen Heerschaaren, welche ihre Zeit mit Nichtsthun, oder was dasselbe ist, mit Musikmachen verbringen.

Solcher Freuden genossen unsere Alten, da sie noch hinter den Schlagbäumen der Landesväter wohnten in Paradiesen, welche sich von dem Eden Adam's dadurch unterschieden, dass in ihnen Alles verboten war, nur nicht das Aepfel- oder vielmehr das Erdäpfelessen. Im Gegensatz zu der himmlischen steht die Höllenlangeweile, an der wir dermalen laboriren. Sie wissen ja, da werden Steine bergan gewälzt, die immer wieder zu Thale rollen, Siebe gefüllt, die keinen Inhalt leiden, da schnappen lechzende Lippen nach dem ewig kommenden und ewig fliehenden Wasser, mit welchem die armen Heiden vor der Erfindung der Biersteuer ihren Durst zu löschen sich begnügen mussten. Die Arbeiten deutscher Gesetzgeber gemahnen einigermassen

an jene Beschäftigungen der Sysiphus und Tantalus. Dabei hat unser Publikum, im Süden wenigstens, nicht einmal die Geduld des Zuschauens. Ich bin gewiss, die Meisten von Ihnen sind nicht dem fleissigen Schaffen des Berliner Reichstags gefolgt. Ihr lebhaftes Bedürfniss nach grossen vaterländischen Erlebnissen raubt Ihnen die Ruhe, jener Ameisenthätigkeit zu folgen, mit welcher die Abgeordneten des Nordens Halm für Halm zum Bau des deutschen Staates tragen, in den doch auch Sie früher oder später einzutreten berufen sind; also auch für Sie und Ihre Kinder geschieht diese Arbeit. Sie sollten sich daran gewöhnen, diese Dinge schon jetzt als die Ihrigen zu betrachten. Wie lange soll denn noch ein Stück Südhessen bestehen, dessen Kammern vom Norddeutschen Parlament in contumaciam verurtheilt werden, alle da erlassenen Gesetze zu ratifiziren? Und wie bald wäre den Herren das Handwerk gelegt, welche vom Schimpfen auf die Nationen leben, wenn es ihnen gelänge, den Arbeiten des Norddeutschen Parlaments die richtige Aufmerksamkeit zu widmen. Wie würde es zur unanfechtbaren Wahrheit werden für Alle, die sehen können, dass unsere Gesinnungsgenossen im Reichstag früh und spät auf der Bresche sind, um das Panier der Freiheit und des Fortschritts gesammelt, unermüdlich; und, was doch wahrlich nicht das Geringste an der Sache ist, dass in neun Fällen von

zehnen der Ausfall der Abstimmung von ihnen abhängt. Parlamentarisch wirksam sein, heisst die Regierenden zwingen, sich den Ansichten parlamentarischer Parteien zu fügen. In Deutschland hat man das aus den Augen verloren, weil von jeher die Regierungen allen Kammer-Majoritäten verachtungsvoll den Rücken zuwandten. Sie brauchen ja nicht weit zu gehen, um Staatsminister mit unbewaffnetem Auge zu entdecken, welche den Landtag noch vornehmer als Ludwig XIV. behandelten, Minister, die nicht etwa mit der Reitpeitsche erschienen, sondern ganz und gar nicht erschienen, wenn die Kammer nicht parirte und ihr in stillschweigender Verachtung zu verstehen gaben, sie möge sich gereitpeitscht fühlen, wie man in der Junkersprache sich ausdrückt. Unter solchen Bewandtnissen ward natürlich jede Majorität ein Spott über sich selber, und es blieb ihr nichts übrig, als, nicht für die Regierung zu sprechen, welche ihr doch kein Ohr lieh, sondern theoretische Vorträge für die Zuschauergalerie und das zeitungslesende Publikum zu halten. Da man dabei von vornherein auf jedes praktische Resultat in der Handhabung des Staatsruders verzichtete, kam es den Abgeordneten auch sehr natürlich, sich um die Frage zwischen Erreichbarem und Unerreichbarem gar nicht zu kümmern. Man trug also möglichst dick auf, um so mehr, je mehr man durch die frivole Missachtung seitens der Herren Mini-

ster dazu aufgestachelt wurde. Die politische Anstrengung innerhalb wie ausserhalb der Kammern wurde dadurch eine rein theoretische und möglichst extreme. Wenn man doch einmal sich was wünscht, wünscht man bekanntlich möglichst viel. Nun hat sich aber die Sache im Norddeutschen Reichstag anders gestellt. Die Regierungen, die preussische vor Allem, deren eigene Schöpfung das Parlament ist, deren Appel an das allgemeine Stimmrecht auch die Unterwerfung unter dessen Majorität nach sich zieht, die preussische Regierung würde ihr eigenes Werk und ihre ganze Stellung in den Grund bohren an dem Tage, an welchem sie einen Konflikt mit der Majorität des Reichstags auf sich nähme, oder wenn sie gar, wie unsere kleinstaatlichen Minister, mit schweigender Verachtung an der Majorität vorüberginge. So ist es gekommen, dass im Norddeutschen Bund, dem es bekanntlich noch an einem vollständigen verantwortlichen Ministerium fehlt, doch der eigentliche Zweck des Parlamentarismus, nämlich der praktische Einfluss der Majorität, viel weiter entwickelt ist, als in den alten Kammern, welchen Minister mit geschriebener Verantwortlichkeit gegenüber stehen. Und das zeigt Ihnen wieder einmal, wie man die Dinge in der Politik, grade wie auch sonst in der Welt nicht nach dem todten Buchstaben, sondern nach der lebendigen Wirkung beurtheilen muss. Aber alte

Gewohnheiten sind schwer auszutilgen. In unseren alten Kammern galt der für den besten Volksmann, welcher in seinen theoretischen Ausführungen am weitesten ging und von dem man dachte, dass seine scharfen Reden den Herrn Minister am meisten ärgern würden (der Minister lachte sich todt über die wehrlose Ohnmacht, wenn er überhaupt die Rede las). Von dieser Gewohnheit ist noch viel geblieben, und so fehlt es auch im Reichstag nicht an Rednern, welche auf diese alte Geschmacksrichtung im Publikum spekuliren. Je mehr wir aber vom Spottparlamentarismus abkommen, welcher entweder für die Galerie oder für die Zukunft, oder für die eigene Herzenserleichterung sprach, je mehr der Parlamentarismus ein praktisches Regierungswerkzeug wird, desto mehr werden Sie lernen auf Diejenigen achten, welche ihre Anstrengungen auf thatsächliche Wirksamkeit berechnen. Das ist oft nicht amüsant, aber vom Amüsement kann man in der Politik so wenig leben, wie in anderen Geschäften; auch da gilt das Sprichwort: was mit der Trommel verdient wird, geht mit der Flöte zum Teufel. Wenn Sie die Debatte des Reichstags verfolgen wollen, um Ihre Nerven mit Kuriositäten zu kitzeln, so müssen Sie allerdings die Ergüsse der Herren Mende, Schweitzer und anderer Effektredner lesen, welche politische Zukunftsmusik blasen; wenn Sie sich aber für die zunächst erzielbaren Fortschritte auf allen Gebieten

des Staatslebens interessiren, so werden Sie unsere nationalen Gesinnungsgenossen im Reichstag stets im Vordergrund, die ersten und die letzten, wie die einflussreichsten bei den Verhandlungen finden. — Im Zollparlament müssen Sie sich diesmal noch mehr als im Reichstag auf recht hausbackene Kost gefasst machen. Schon die Weise der Eröffnung deutet das an. Kein König, kein Kanzler waren dabei. Herr Delbrück der Vorsitzende des Bundeskanzleramts, besorgte das Geschäft. Ich wollte wetten, die Wenigsten von Ihnen wissen Bescheid, welcher Unterschied besteht zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden des Bundeskanzleramts. Nun denn, der Kanzler ist Graf Bismarck, der vielgepriesene, vielgescholtene Testamentsvollstrecker aller im unschuldigen Kindesalter verstorbenen deutschen Revolutionen, noch stets behauptend, dass er einst vom Oberrechnungshof der Weltgeschichte einen vollständig entlastenden Quitus für die Besorgung seines Mandats erhalten werde. Der Vorsitzende des Kanzleramts ist Herr Delbrück, man könnte sagen der Maschinenmeister und Werkführer des eigenthümlichen Apparats, welchen Graf Bismarck sich auf seinen Leib gebaut hat und welcher dereinst wird zerschlagen werden müssen, wenn er von ihm herabsteigt. So wie der Apparat über den Main hinübergeht, müssen alle darauf befindlichen Beamten die Zollmaske vor's Gesicht

nehmen. Aus dem Bundeskanzler wird ein Zollbundeskanzler, aus dem Vorsitzenden des Bundeskanzleramtes wird der Vorsitzende des Zollbundeskanzleramtes. Das Zollparlament ist eine Gesellschaft, zu der die Repräsentanten der deutschen Einheit nur im Zolldomino Zutritt haben, bis einmal die zwölfte Stunde schlägt und die Masken fallen. — Sie werden mir's nun wohl verzeihen, dass ich die nüchterne Ceremonie im weissen Saale geschwänzt habe. Bedauern muss ich es nur um meiner verehrten Gegner zu Hause willen. Die Wackeren haben ein geschlagenes Jahr ihren Witz am Leben erhalten mit den Abfällen des Spasses, den ich von meinem Frack und Regenschirm zum Besten gab, und werden nun vergeblich sich nach einem Theil von mir umsehen, an dem sie sich letzen könnten. Das jammert mich, und ich verspreche ihnen, die nächste Festlichkeit mitzumachen. Denn wie sagt das alte Testament? Der Gerechte erbarmt sich seines Viehs. Es heisst, wir sollen zum Schluss mit dem Bremer Rathskeller Bekanntschaft machen. Ertragen wir in dieser Aussicht die Nüchternheit der Gegenwart. Graf Bismarck ist, gerade wie das vorige Mal bei unserem Eintritte, mit unserer Partei vom Reichstag auf besonders gespanntem Fusse. Damals hatte sie die Bewilligung der Marinegelder an die Bedingung einer verantwortlichen Finanzverwaltung geknüpft. Diesmal hat sie den

ganzen Rosenkranz von Steuern zurückgewiesen, den ihr der Bundeskanzler so anmuthig präsentirt hatte. Branntwein, Bier, Börse, Eisenbahn, Alles wurde mit Protest nach Hause geschickt. Ja, diese sogenannten nationalen Hurrahschreier, welche in dem Polichinellkasten unserer demokratischen Leiermänner nur als die gehorsamen Diener Beelzebubs figuriren, haben die ganze Sitzungsperiode darauf verwendet, Dinge zu erstreiten, die man ihnen nicht geben, und Dinge zu verweigern, die man ihnen entwinden wollte. Sie haben Beschlüsse für Redefreiheit, Gewerbefreiheit, Gerichtseinheit durchgesetzt und alle Steuern bis auf eine geringe Wechselsteuer abgelehnt. Dafür werden sie nicht bloss von Links verläumdet, sondern auch von Rechts gescholten, und das gibt ihnen das beruhigende Bewusstsein, dass sie auf dem richtigen Wege sind. Sollten einmal die Hessische Landeszeitung und das Mainzer Abendblatt aufhören, gleichzeitig von mir übel zu reden, so stünde es schlecht mit mir und Sie wären wohl so gut, es schleunigst wissen zu lassen

Ihren ergebensten

Ludwig Bamberger.

II.

Berlin, den 22. Juni 1869.
Am Tage des feierlichen Schlusses.

Geehrte Herren!

Der Spatz, der die Würmer frisst, frisst auch die Kirschen. Dies Wort entlehne ich dem Erzähler der Dorfgeschichten. Andere Völker haben andere Sprüchwörter für dieselbe Sache. Die Franzosen z. B. würden sagen: Herr v. Bismarck hat die Fehler seiner Vorzüge. Denn an Herrn v. Bismarck denke ich hier. Ich behaupte nämlich, er und er allein trägt die Schuld daran dass auch dieses Jahr das Zollparlament seine eigentliche Aufgabe nicht erfüllen konnte. Einzig und allein an seinem starren Sinn ist die Einigung sämmtlicher etwas Gutes wollenden Parteien zerschellt. Dess werden unsere und besonders meine Feinde jubeln. Denn

ich habe ja vielfach die Ehre für einen Verehrer, Bewunderer des Mannes zu gelten und wehre mich durchaus nicht dagegen. Nur Gecken neigen sich nicht vor einer grossen Kraft. Nur Blinde sehen nicht ein, wie es schon ein grosser und ihm zu dankender Gewinn ist, dass wir, die Vertreter des gesammten Deutschlands, hier unter Deutschlands Augen mit ihm rechten können — sei es zunächst auch mit geringem Vortheil für uns, und, wie mir scheint, mit wenig Ruhm für ihn. In meinem ersten Briefe habe ich Ihnen zu erklären gesucht, mit welchen Erbfehlern einer vergangenen Zeit wir, die Liberalen, noch in uns selbst zu kämpfen haben. Die Gewohnheit, unfruchtbare Opposition zu machen, sagte ich, hat eine parlamentarische Schule erzeugt, der es nur auf die einzige Wirkung ankommt, welche zur alten Zeit erreichbar gewesen, nämlich rhetorische Erschütterung — eine Wirkung, die natürlich mehr mit heftigen und äussersten, als mit sanften und vermittelnden Vorstellungen durchgesetzt wird. Die neue Lage der Dinge, welche der Volksstimme etwas mehr Einfluss gönnt, verlangt eine andere Methode, eine bescheidnere, auf praktische, wenn auch oft kleine Abschlags-Resultate hinzielende. Dies mein Wort ist vielfach aufgegriffen worden, besonders auch von den Widersachern des Fortschritts. „Der sagt's Euch ja selbst,“ so scholl es und bis in's Parlament hinein,

„beigeben sollt Ihr lernen!“ Mit meiner eignen Münze bezahlt zu werden, das lasse ich mir gar gerne gefallen. Nur das bitte ich nicht zu vergessen, jegliche Münze hat ihre zwei Seiten und nun will ich Ihnen sagen, was auf der andern Seite der meinigen steht. Das jüngste Mal sprach ich Ihnen von den Erbfehlern der Oppositionen. Es war mein naheliegender und fester Vorsatz, fortzufahren mit den Erbfehlern der Regierenden. Ich hätte es damals mit voller Gewissheit schon thun können. Wer den Mann und die Verhältnisse nur einigermassen kennt, wusste mit Bestimmtheit: Wenn Graf Bismarck einmal seinen Kopf aufgesetzt hat, ist jede Hoffnung verloren, sich mit ihm zu verständigen. Allein ich dachte: wozu prophezeien? In zehn Tagen ist das Ganze abgesponnen; da werden die Ereignisse gesprochen haben, und — wer weiss! — vielleicht trifft wieder einmal in der Welt ein, was Niemand glauben wollte, vielleicht dennoch ist nicht alle Hoffnung verloren — warten wir's ab, ehe wir das Kapitel über die Erbfehler der Regierenden schreiben. Nun ist es natürlich doch gekommen, wie es kommen musste, und die Regierenden haben gezeigt, dass sie noch tiefer in der üblen Gewohnheit schlechter Vergangenheit stecken, als die Oppositionsleute. Wenn ich sage „die Regierenden“, so meine ich diesmal, und aus guten Gründen, ganz allein den Herrn Bundeskanzler. Regieren heisst

nach jenen alten Vorstellungen nichts Anderes als Befehlen, und mit einem Parlament regieren bedeutet in diesem Sinne nichts Anderes, als sich des Nimbus eines Parlaments bedienen, um den Befehlen grössere Feierlichkeit und stärkern Nachdruck zu geben. Es ist eine beliebte Behauptung, dass es Bismarcks eigentlicher Grundgedanke sei, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu tödten. Ich glaube nicht an diesen Ausspruch. Er sieht viel mehr dem Gehirn des Philosophen ähnlich, das in den Mann der That seine Formel hineinbuchstabirt, als dem Manne selbst. Bismarck — so scheint mir — dachte sich bloss, der Parlamentarismus sollte sein Knecht sein, oder, was noch wahrscheinlicher ist, er behielt sich selbst hierüber seine Gedanken, als über etwas Nebensächliches vor, zur Zeit, da er den deutschen Bundestag mit dem Ruf nach einem deutschen Parlament sprengte. Mit dem künftigen Parlament werden wir schon fertig werden, so mochte es wohl im Stillen durch seinen Sinn hindurch summen. Die Volksvertretung benutzen, sie nicht respektiren, das ist so der alte Brauch der schlechten alten Zeit, und in dieser schlechten Manier sitzt Graf Bismarck mitten drin, fester als irgend Einer, und zu seinem grossen Schaden. Denn Untreu schlägt seinen eigenen Herrn. Er hat die deutschen Parlamente geschaffen und sollte es fühlen: Schneid' ich meine Nase ab, schänd' ich mein Angesicht. Wie

steht es doch dem Schöpfer des neuen Deutschlands an, den Häuptling der Junkerpartei auf die Rednerbühne zu schicken, dass er so zu sagen als sein Herold spreche, und dass dieser von da uns Liberalen zuruft: „Wenn Ihr Euch ein bischen Mühe geben wollt — zur Noth biet' ich Euch mein Rezept dazu an — so werdet Ihr die öffentliche Meinung über das Petroleum im Handumdrehen umgestimmt haben!“ — „Herr!“ hatte ich da Lust zu rufen (wenn bei Präsident Simson eine Unterbrechung aufkommen könnte) „Herr! Ihr redet ja wie ein Franzos!“ In Frankreich habe ich das manchmal so in vertraulichen Kreisen sagen hören, dass man die öffentliche Meinung „machen“ könne. Das Hauptrezept des bewussten Redners ist das Eigenthum der Napoleonischen Familie Der erste Bonaparte, das war so recht der Mann, der von Moskau seinem Sekretär in die Feder diktirte, wie man die öffentliche Meinung in Frankreich über den russischen Feldzug zurecht machen sollte. War kein preussischer Junker, ist ihm aber dennoch nicht gelungen! Auch die öffentliche Meinung ist den Herren schon recht, aber dienen muss sie, sonst hole sie der Teufel! Und so auch mit den Kammern und mit den Parlamenten. Gehorchen sie fein, sind sie Liebe und Getreue; mucksen sie aber, dann sind sie boshaft, störrig und vor Allem sind sie — dumm. So war es vormals und so sieht's in des Kanzlers sonst

so klugem Kopfe noch heute aus. Und das Schlimmste dabei ist, dass er einmal mit den Kammern Recht behalten, dass er obsiegte und sie unterlagen, dass die Weltgeschichte, die Nation es besiegelte, er sich und Andern sagt: ich war der Kluge, Ihr wart die Thörichten. Ob er damit unbedingt Recht habe, ist ja was anderes. Dass er in seinem Sinn es sich sagen darf, steht fest. Nun ist aber nichts gefährlicher, als wenn Jemand glaubt, der Fall, der ihm einmal Recht gegeben, wiederhole sich in alle Ewigkeit, während doch beinahe niemals zwei Fälle sich gleichen, und der heutige am allerwenigsten dem einstmaligen gleicht. „Wenn einmal ein kluger Mann eine Thorheit begeht, wird sie dreifach thöricht," pflegten unsere Alten zu sagen. Ein verkehrteres Verfahren, als das mit dem Petroleum und dem Tarif wäre schwer zu erfinden gewesen. Professor Ewald und der Kurfürst von Hessen hätten den Grafen Bismarck dafür bezahlt, dass er die Sachen so anpacke, er hätte sie nicht besser bedienen können. Schauen wir uns die Dinge einmal an! Voriges Jahr zum ersten Mal hatte der Bundeskanzler gesprochen: Keine Petroleumsteuer, kein Tarif! Wollt Ihr mir den Profit nicht geben, geb' ich Euch die Verbesserung in Eurem Haushalt nicht! Zweimal wurde abgestimmt, zweimal sagte das Parlament Nein, mit überwältigender Majorität: Nein! Ein Mann, der dächte, die Parlamente sind da, um

auf sie zu hören, hätte sich's gesagt sein lassen. Nun kommt er diesmal wieder genau mit demselben Losungswort. Hatte er Grund, zu glauben, die Mehrheit werde sich auf seine Seite wenden? Dann müsste man annehmen, er verstehe gar nichts vom Parlament, das er doch täglich vor Augen hat. Jedes Kind wusste, die Petroleumsteuer geht nicht durch, das stand felsenfest. Er musste es wissen, er konnte nicht voraussetzen, dass wir Alle unsere Ansicht, die wir so reiflich zu prüfen schon das vorige Mal Grund hatten, würden fahren lassen, etwa weil ein Paar seiner Leibjunker auf die Tribüne stiegen, der Majorität schnöde Sottisen zu sagen. Was war also sein Zweck? In solcher Lage könnte Einer allerdings auf die Idee verfallen, Bismarck wolle das Parlament durch unfruchtbaren Widerspruch in der öffentlichen und in dessen eigner Meinung aufreiben. Allein ich kann ihm das, wie gesagt, nicht zutrauen, aus bereits erwähntem Grunde und aus zehn mehr oder minder guten anderen Gründen. Soviel Geistesfreiheit wird der Mann aus seinen Erfolgen doch erübrigt haben, dass er bedenkt: es können grosse, schwere Zeiten kommen, in denen das Parlament seiner Politik grosse Dienste zu leisten berufen wäre und in denen er bereuen müsste es zu Schanden geritten zu haben. Denn wenn er das nicht dächte, so hätte er alle grosse Politik an den Nagel gehängt, und das glaub ich nicht. „Qui a bu, boira!"

Nein, es ist blos starrer Sinn, der sich nicht bequemen kann, unter den Willen einer Mehrheit sich zu beugen, es ist alter Minister- und Regententrotz von Anno vor 1866, und mit dem können wir unsere Zukunft nimmer bauen. Drum haben wir widerstanden. Wir müssen den Bundeskanzler in Schutz nehmen gegen Herrn von Bismarck. In späteren Tagen wird er es uns danken. Sein Schmollen, wir tragen's so leicht, wie er das unsre. Müssen doch am selben Karren ziehen! Ja wäre die Petroleumsteuer nur ein militärisches Bedürfniss, oder irgend ein angestammtes Juwelchen, wie klein auch immer, in der Krone der Hohenzollern, so hätte uns Herr v. Bismarck sicher gesagt: „Gern, liebe Herrn, von Herzen gern! — aber, Sie verstehen, der König! es geht nicht. Seine Majestät lassen nicht von der Petroleumsteuer, es ist alte Hohenzollern-Ueberlieferung." Nun ist aber zu des Bundeskanzlers Unglück bei Lebzeiten des Burggrafen von Nürnberg das Steinöl noch gar nicht erschlossen gewesen, und eine erbliche Vorliebe für dessen Besteuerung in König Wilhelm nicht vorauszusetzen. Seien Sie überzeugt, wenn der Graf unser Kompromiss angenommen hätte, der König hätte es lieber gesehen als das Umgekehrte. Und so viel weiss ich: alle übrigen deutschen Regierungen würden sich gefreut haben über diesen Vergleich. Pflegen doch auch sonst nichts zu verschenken! Leiden nicht an Gemüths-

schwäche. Aber diesmal waren sie ehrlich und redlich dabei, das Zollparlament bei Ehren zu erhalten, ein Abkommen anzunehmen, dessen Billigkeit mit Ziffern zu beweisen war. Und wer widerstand, das war allein Graf Bismarck. „Nein“ sagte er, „der Bien' muss!“ Ist er nicht der Letzte, der so sprechen sollte? Wer hat denn die ganz plausible Theorie verkündet, dass gute Politik auf Kompromissen sich vorwärts bewegen müsse? Wer hat sie Jahre lang gepredigt? Wer anders als der Bundeskanzler? Aber Graf Bismarck will nichts davon wissen, wenn er einmal selbst dazu beitragen soll. „Ja, Herr, dass ist ein anderer Fall!“ heisst es dann. Wie lagen doch die Sachen? Die Regierung sagte: Der neue Tarif, d. h. vor allen Dingen die Herabsetzung der Eisen- und Reiszölle und Abschaffung einer Menge kleiner, schädlicher und Nichts eintragender Zöllchen, dass ist dringende Nothwendigkeit. Allein der Wegfall dieser Einnahmen macht uns ein Loch in die Kasse von 1,037,584 Thlr., und zu entbehren haben wir bekanntlich nichts, missen können wir nicht einen Pfennig. Also ersetzt es uns mit einer Steuer auf Petroleum, die wir auf etwa 900,000 Thlr. schätzen; — worauf das Parlament: Petroleum? Das geht nicht, aber hier ist Eure Rechnung: Ihr schlagt vor, die Runkelrübensteuer zu erhöhen um $^1/_2$ Silbergroschen*),

*) per Ctr. Rüben.

macht pro Jahr 750,000 Thlr. Nun bietet Ihr im Tarif noch an, den Reiszoll herabzusetzen; der Ausfall würde betragen 428,000 Thlr. Nehmt diese Herabsetzung zurück und legt ihren Betrag zu den 750,000 Thlr. Erhöhung, macht in Summa 1,178,000 — per Saldo Saldorum den Staatskassen einen Profit von 140,416 Thlr. gegen ihren eigenen Vorschlag. War das billig gesprochen? War das gesprochen, wie es Leuten zukommt, die Einsicht annehmen? Ich dächte doch. Und zum Beweise: aller Welt war es recht. Von den meisten Mitgliedern des Zollbundesrathes behaupte ich es, ohne Widerspruch zu fürchten: sie wünschten es sehnlichst, sie die doch kein Vaterherz für das Zollparlament zu haben brauchten. Aber Graf Bismarck setzte seinen Kopf auf und sagte: „Der Bien' muss," Oder sollen wir's ernst nehmen, wenn er uns erklären lässt: „Der Tarif ist untheilbar! Ganz oder gar nicht! Reiszollverminderung herauslassen geht nicht an"? Von der Einen und untheilbaren Republik hab ich einmal gehört, aber vom Einen und untheilbaren Tarif nimmermehr! — Der Bien' also hat nicht gewollt. Es giebt Leute, die das für ein Unglück halten. Ich aber sage: Das Uebel ist vorerst, dass ein Mann, der so grosse Verdienste und Geistesgaben und so fruchtbares Ansehen hat, auf falschen Wegen wandelt. Und ihm darin Widerstand zu leisten, ist eine eiserne Nothwendigkeit, die über die anderen geht. Wir müssen den Bundeskanzler

gegen den Grafen Bismarck in Schutz nehmen, und wenn er einen Parlamentsbien' braucht, der absolut müssen muss, so mache er ein anderes Wahlgesetz, das verhindere, Leute zu wählen, wie Ihren ergebenen Diener

Ludwig Bamberger.



III.

Berlin, den 29. Juni 1869.

Geehrte Herren!

Bei Allem, was ich Ihnen die beiden jüngsten Male über Menschen und Parteien gesagt habe, dürfen Sie aber die Hauptbetrachtung nicht vergessen, nämlich: Das Grundübel steckt in der Sache selbst. Bereits in meinem letzten Brief vom vorigen Jahre hab' ich des Weitern auseinandergesetzt, dass das Zollparlament ein Geschöpf ist voller Lücken uud Widersprüche, und bei Beginn der diesjährigen Sitzungen hatte ich die Ehre, vor versammeltem Parlamente den Gedanken auszuführen, dass die unter der Preussischen Leitung eingeschlagene Richtung ganz eigens darauf hinausläuft, unsre an sich schon so unvollkommene Maschinerie durch ungerechte Zumuthungen an ihre Leistungsfähigkeit binnen Kurzem aus Rand und Band zu treiben. Geht

es schon wider die Natur, eine so ansehnliche Volksvertretung auf ganz wenige aus der Gesammt-Staatsthätigkeit herausgerissene Materien anweisen zu wollen, so ist es geradezu unmöglich, dass, so eingeschränkt, diese Institution für die Ausgleichung ihrer Wirkungen auf das Gesammt-Gebiet der Staatseinnahmen im engen Kreise ihrer Zuständigkeit aufkomme; und als wenn diese Anforderung nicht schon masslos genug wäre, wird nun schliesslich noch von jener verlangt, sie solle über ihre eigene Zusständigkeit und Sphäre hinaus für anderwärts herrührende Staatsbedürfnisse Sorge tragen! Erlauben Sie, dass ich, ohne in Wiederholung zu verfallen, doch die drei Stufen dieser Unzulässigkeit in drei Sätzen niederlege. Das Zollparlament bildet ja nun einmal einen interessanten Abschnitt und Uebergangsprocess in unserer nationalen Entwickelung, und es ist nicht verlorene Mühe dass wir deutlich in sein Gefüge hineinschauen, so lange wir es eben noch vor Augen haben.

Erster Satz: Die Rechte des Zollparlaments sind zu klein.

Zweiter Satz: Die Pflichten des Zollparlaments sind zu gross.

Dritter Satz: Trotzdem soll es noch über seine Pflicht hinaus leisten.

Der erste Satz ist oft ausgeführt worden. Zunächst welch' ein grobes Missverhältniss zwischen Anstrengung

und Erfolg! Niemals ist verschwenderischer umgegangen worden mit der Kraft und Zeit eines Volkes. Ich spreche nicht vom Norden, der für Reichstag und Zollparlament zugleich wählt. Aber denken Sie an unsern Süden! Acht Millionen Menschen werden herausgefordert, mit dem ganzen Aufgebot des allgemeinen Stimmrechts zu marschiren. Welch' ein Aufruhr, welch' ein Verbrauch von Gedanken, Zungen, Kehlen, Händen, Füssen, von Leidenschaften und Pflichtgefühl! Welch' eine Entfesselung von Lebensgeistern aller Art, von Hass und von Liebe, von Glaube, von Urtheil und Vorurtheil! Religion, Politik, Ehrgeiz, Intriguen pflügen und wühlen den Boden jedes Wahlbezirks klaftertief monatelang um und um; nebst den 1,700,000 Wählern sind deren Weiber und Kinder mit in die Wirbel hineingerissen. Und nun endlich ist der grosse Sturm vorüber, die Schlacht geschlagen; nun stehen sie da, die um so grossen Preis Erwählten, die Quintessenz der Bevölkerung, die aus dieser langen, tiefen, wilden Gährung gewonnenen Vertreter stehen fertig da. Und was ist ihr Beruf? Dreimal zwei Wochen über einige Zölle zu berathen! Ist das nicht lächerlich? Diese Anstalt, behaupte ich, beginnt bei ihrer Geburt mit der Verläugnung ihres eigensten Prinzips. Sie soll vernunftgemässe Wirthschaft einführen und sie hebt an mit der unvernünftigsten Verschleu-

derung der Volkskraft. Und selbst dieses sein an- und missgebornes kleines Recht kann das Parlament nicht frei gebrauchen, denn die Abgrenzung zwischen Zoll- und anderen Finanz-Sachen, zwischen Finanz- und politischen Angelegenheiten ist praktisch unausführbar, ist blosse Fiction. Das Leben eines Staats lässt sich nicht auseinanderschneiden an seinem Mittelpunkt. Es ist gerade, als wollte man das Gehirn eines Menschen auseinanderschneiden in einen sehenden, einen hörenden, einen denkenden und einen wollenden Theil.

Sothane Unzulänglichkeit hat man nun versucht in eine Theorie zu bringen, sagend: Das Zollparlament muss alle Verbesserungen, die es durchführen will, aus seinem eigenen Fett bestreiten. Reformirt, sagt man uns, nach Herzenslust; aber lasset Euch nicht einfallen, dass es die anderen Finanzkräfte des Staats einen Pfennig kosten dürfe! Verursacht Ihr Ausfälle, so müsst Ihr Einnahmen schaffen; und woher? Natürlich aus Eurem Revier, aus den Zöllen. So haben wir, kurz zu reden, nur die Wahl wie jener Hahn, zu befehlen, in welcher Sauce wir wollen gebraten sein! Bisher wurden wir in der Reis- und Eisensauce gebraten, nun sollen wir zur Abwechslung in der Petroleums-Sauce gebraten werden. Das ist die ganze Herrlichkeit. Und wollen wir darüber hinaus, so schreit es von rechts und links, von oben und unten: Inkom-

petenz! Inkompetenz! Ich aber sage: Zölle reformiren heisst wesentlich: Zölle abschaffen, und wenn ich den Staat nicht zwingen kann, für die abgeschafften Zölle auf andere Weise Ersatz zu finden, durch Einnahmen oder Ersparnisse, so kann ich ihm nicht helfen. Wir wollen ihn kuriren, dass er aufstehe und gehe, nicht aber, dass er sich in seinem Krankenbett nun eine Zeit lang auf die Petroleumseite kehre, nachdem er sich bisher auf der Eisenseite wund gelegen. Dieser blosse Wechsel ist, was ich die falsche Theorie, die alttestamentarisch brutale, das „Zoll um Zoll“ genannt habe. —

Die Preussische Regierung aber, mit solch falscher Zumuthung nicht zufrieden, stellt eine noch weiter gehende. Wir sollen nicht bloss aus unserem Zollsäckel die Unkosten unserer Reformen allein bestreiten, wir sollen auch noch darüber hinaus für den hungrigen Magen des ganzen Budgets Sorge tragen! Der Bundeskanzler in seinem schalkhaft hohen Ernst nennt dies: „Das Ideal der reinen Finanzzölle!“ Fürwahr ein Ideal besonderer Art! Ein Zollparlament, welches die Pflicht hätte, den dicksten Theil der Einnahmen zu beschaffen und das Recht, sich aller politischen Ansichten zu enthalten. Die deutsche Nation wird auf die Verwirklichung dieses Ideals wohl verzichten, bis einige minder entbehrliche Fortschritte werden zur

That geworden sein. Sie hat nicht die geringste Ursache, die politischen Körperschaften der Reichs- und Landtage durch die unpolitische Körperschaft des Zollparlaments zu verdrängen. Und sind auch Finanzzölle vernünftiger als Schutzzölle, so sind sie doch entfernt nicht das Ideal einer rationellen Staatsbewirthschaftung. So lange wir einen einzigen Zoll behalten, werden wir die kostspielige und lästige Grenzbewachung und Durchsuchung nicht los, welche in so krassem Widerspruch steht zu dem freien und raschen Verkehr, dem eigentlichen Lebensprinzip der Gegenwart. Das Ideal, wenn das Wort doch einmal nicht zu schön sein soll für das gemeine Geldbedürfniss, das Ideal der Staatsverwaltung muss vielmehr die reine direkte Abgabe sein. Und der richtige Weg für das Zollparlament wäre nicht: Steuern entbehrlich zu machen und Zölle auf die nothwendigsten Bedürfnisse dafür einzuführen, sondern umgekehrt, alle Lebensmittel zu entlasten und ersatzweise dafür Vermögenssteuern umzulegen. Als ich im Zollparlament den Satz aussprach, dass die Reichen zu den Staatslasten nicht in entsprechendem Verhältniss beitrügen, erhob sich von der rechten Seite lautes Murren. Daran sind wir gewöhnt. Die Herren liebäugeln vielleicht unter Umständen mit den unausführbaren Thorheiten der Lassalleaner, aber billige Grundsätze ausführbarer Steuervertheilung

erklären sie für die Ausgeburten überspannter Köpfe. Dennoch ist die Reform des Steuerwesens der erste vernünftige und mögliche Schritt gegenüber all dem sozialistischen Wolkendunst, der sich jetzt so rasch über Deutschlands Industriebezirke ausspreitet. Dies wilde Aufwuchern kommunistischer Lehren ist das natürliche Erzeugniss einer grossen politischen Unreife in ihrer Vergattung mit dem allgemeinen Stimmrecht. Jeder Abenteurer, Renommist, Phantast findet ein dankbares Publikum für die goldenen Berge, die er verspricht, für die bittrenKlagen, so er gegen die unerbittliche Wirklichkeit loslässt. Das muss durchgemacht sein. Da wir viel Hang zum Träumen und wenig Talent für die Politik haben, so finden die sozialen Propheten einen mächtigeren Anhang als irgend in einem andern Lande. In Frankreich ist diesmal schliesslich trotz dem allgemeinen Stimmrecht nur ein einziger Sozialist, Raspail, gewählt worden, sofern Sie einen Mann, der vier MillionenFranken reich ist, für einen aufrichtigen und vollen Socialisten halten wollen. Wir dagegen haben im Reichstag beinahe das Dutzend voll und werden bei der nächsten Wahl noch mehrere dazu gewinnen. Das schadet gar nicht. Im Gegentheil. Die einzige Art, alle sozialistische Wunderheilkunst zum Schweigen zu bringen, besteht darin, ihr vor versammelter Nation das Wort zu geben. Uns aber wird die Herstellung eines gerechten Finanzwesens unmöglich

bleiben, so lange die grosse Wirthschaft der Nation in einem babylonischen Wirrwarr von Landtagen und Parlamenten betrieben wird. Niemals werden wir dabei zur Klarheit gelangen. Das Geld ist schlau und mächtig. Kein Wunder, dass es versteht durchzuschlüpfen. Auch gilt es nicht, ihm mit Kniffen und Listen beizukommen. Der Reichthum muss erzogen werden zum Pflichtgefühl und zur Einsicht in die Nothwendigkeit seiner vollen Mitwirkung aus blossem Selbsterhaltungstrieb. Dazu sind die grossen Volksvertretungen bestimmt, in welchen jede Klage und jede Vertheidigung vor den Assisen der versammelten Nation zur Sprache kommt. Würdige Staatszustände werden einsichtsvolle Bürger heranbilden. Mit Leistungen und nicht mit Phrasen wird man alsdann bezahlen müssen. Die Einkommensteuer ist, wenige kleine Republiken abgerechnet, eine Schöpfung dieses Jahrhunderts. Natürlich suchen die zuerst damit Bedrohten, ihr Recht nach dem Besitzstand auffassend, die Zumuthung abzuwehren. In Frankreich ist das Princip selbst noch nicht durchgedrungen, in Preussen hat es langsam und mühevoll Eingang gefunden. In der Veröffentlichung des preuss. statistischen Bureau's aus dem Jahre 1868 finden wir eine geschichtliche Uebersicht der Einkommensteuer, welche wiederholt zu der Schlussfolgerung gelangt, dass die wohlhabenderen Klassen einen bedauerlichen Widerstand leisteten, während die ärmeren

ihr volles Antheil trugen. Der erste Versuch, das Einkommen zu besteuern, wurde in Preussen im Jahre 1820 gemacht. Sämmtliche Bewohner des Staates theilte man in vier Klassen. In der höchsten betrug die Belastung von 144 Thlr. im Jahr bis 48, in der folgenden von 24 bis 12, in der dritten von 8 bis 4, in der letzten von 3 bis 1½ Thlr. Das System, sagt die Schrift, bewies sich gut nach unten, schlecht nach oben. Im Jahre 1847, als zum erstenmal seit 1815 eine Art neue Aera eintrat, wurde dem vereinigten Landtag ein Plan vorgelegt, nach welchem Jeder, der 400 Thlr. und darüber einnahm, eine Vermögenssteuer entrichten sollte. Der Landtag, in welchem nur die wohlhabenden Klassen vertreten waren, lehnte den Vorschlag ab. „Die reichsten Leute," heisst es an der erwähnten Stelle, „waren also bis auf Weiteres sicher, dass ihnen eine höhere Klassensteuer als 144 Thlr. nicht abgefordert werden konnte, und auch davon waren sie noch frei, wenn sie 6 Monate und einen Tag im Jahr in einer Stadt gelebt hatten, welche Schlacht- und Mahlsteuer erhob." — Am 22. September 1849 proponirte die Regierung von Neuem eine Steuer von 3% auf jedes Einkommen über 1000 Thlr. Sie wurde vom Abgeordnetenhause am 5. Februar 1850 mit 250 Stimmen gegen 41 angenommen, aber vom Herrenhause abgelehnt, und Alles blieb beim Alten. Endlich am 1. Mai 1851 drang die Regierung

mit dem noch geltenden System durch. Dieses erhebt von Allen, die weniger als 1000 Thlr. Einkommen haben, eine feste Klassensteuer; von denen, die mehr besitzen, eine sogenannte klassifizirte Einkommensteuer, die nicht progressiv wirkt, sondern von jedem Einkommen 3% erhebt. Die Steuerpflichtigen sind zu diesem Behuf in dreissig Klassen eingetheilt. Die niedrigste Klasse zahlt jährlich dreissig Thlr., also von einem Einkommen von 1000 Thlr.; die höchste zahlt 7200 Thlr., also von einem Einkommen von 240,000 Thlr. Es ist allbekannt in Preussen, dass die Steuer entfernt nicht aufbringt, was sie in Wahrheit aufbringen sollte. Legen wir aber einmal selbst die niedrige Ausbeute des dermaligen Ergebnisses zu Grunde. Im Jahre 1866 gab es in Preussen 70,812 Personen, die nach den Steuertabellen 1000 Thlr. und mehr Einkünfte hatten. Scheiden wir zunächst die 7 untersten Klassen aus und zählen zu den Wohlhabenden nur die, welche jährlich 96 Thlr. Steuer und mehr zahlen, also 3200 Thlr. und darüber jährlich zu verzehren haben. Wir finden als solche in den Steuerlisten aufgeführt 9500 Personen, deren jährliche Gesammtabgaben sich belaufen auf 1,785,000 Thlr., mithin ein Einkommen in runder Zahl von sechzig Millionen Thalern bezeugen. Dies Ergebniss entsprang aus einer Bevölkerung von 19,250,000 Seelen, die an Reichthum gewiss unter dem Durchschnitt

von Gesammtdeutschland steht. Die Bevölkerung aller deutschen Staaten beträgt jetzt in runder Zahl 38 Millionen oder das Doppelte, und wir kämen damit auf 19000 Personen, die 3000 Thlr. oder mehr jährlich zu verzehren und eine Gesammt-Einnahme von 120 Millionen Thaler haben. Das Objekt nun, an welchem die wirthschaftlich so kostbare Tarifreform scheiterte und damit zu gutem Theil auch die Würde und Autorität der Zollparlamentsschöpfung, der Petroleumzoll, betrüge 900,000 Thlr. jährlich. Wenn also jede dieser 19,000 Personen 47 1/3 Thlr. mehr bezahlte, so wäre der Streit erledigt. Bedenkt man, dass nach den Tabellen darunter stark über die Hälfte, etwa 10,600 Personen sind, die 5000 oder mehr Thlr. per Jahr einnehmen, so kann man sich gewiss beruhigen, dass diese eine Mehrausgabe von 47 1/3 Thlr. gar nicht empfänden. Nehmen wir die 900,000 Thlr. im Prozentsatz auf die 120,000,000 Einkünfte, so machen sie 3/4 %. Es hätte demnach der, welcher 3000 Thlr. jährlich einnimmt, 22 1/2 Thlr. mehr zu zahlen als bisher; der welcher 5000 Thlr. einnimmt, 37 1/2 Thlr. Wollte man aber gar etwas progressiv verfahren, so würde für den einzelnen Reichen die Mehrlast noch viel unmerkbarer. Bedenke man dazu, dass die obigen Angaben für Preussen viel, viel zu gering sind, dass der Durchschnittsreichthum Deutschlands über dem Durchschnittsreichthum Preussens steht, so muss man zu der Ueberzeugung kommen, dass obige

900,000 Thlr. schon bestritten werden könnten mit Verschonung aller minder Begüterten, wenn ein Mann von 3000 Thlr. Einkommen jährlich 10 Thlr. mehr gäbe als bisher oder etwa sich ein Paar Beinkleider weniger machen liesse. Sie begreifen, warum ich nur von der Toilette der Herren und nicht von derjenigen der Damen spreche. Mit meinen Wählerinnen möchte ich es nicht verderben.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

IV.

Berlin, 2. Juli.

Geehrte Herren! Ob das kleine Rechenexempel am Schluss meines dritten Briefes nun zutreffe oder nicht, so viel wird es Ihnen doch jedenfalls bewiesen haben und das allein wünsche ich zu beweisen: dass man sinnigermassen nicht über Gehen oder Bleiben gewisser Zölle und Steuern mit einander Rath pflegen kann, wenn es verboten ist, von deren Ersatz durch directe Steuern zu sprechen. Dürfen doch im Zollparlament selbst die indirecten Steuern mit ganz wenigen Ausnahmen nicht genannt werden! Gesetzt also, es wollte Jemand, das schwierige Gebiet der directen Vermögensbesteuerung zur Seite lassend, sich begnügen, den Zöllen auf erste Lebensbedürfnisse einen Vorschlag von Luxussteuern gegenüber zu stellen, so würde derselbe Engel mit dem flammenden Schwert, welcher an

der eisernen Pforte der Competenz Schildwache steht, ihn unerbittlich zurückweisen. Da führe ich z. B. schon lange eine Idee mit mir herum — die einer Claviersteuer! Angenommen diese fände Ihren Beifall, und, dadurch ermuthigt, möchte ich beantragen, statt des Lichtes den Schall zollpflichtig zu machen, so würde auch hier die unglückselige Beschränkung auf Zölle, Zucker, Tabak und Salz mir schon die blosse Erwähnung dieses Auswegs im Parlament verbieten. Und dennoch wäre er vielleicht so uneben nicht. Berechnungen, die ich guten Grund habe, als zuverlässig anzusehen, haben ergeben, dass über das Zollvereinsgebiet von der Ostsee bis zu den Alpen etwa viermalhunderttausend Claviere jeden Alters und Geschlechts im Gang sind. Nehmen wir davon auch dreissig Tausend herunter, welche als Handwerkszeuge der Musik- und Tanzlehrer steuerfrei sein sollen, so gut wie die Metzger- und Schäferhunde, so blieben immer noch 370,000, welche man in verschiedenen Abstufungen mit einem bis vier Thaler im Jahr belegen könnte, und welche, auch nur bei einem Durchschnitt von zwei Thalern, 740,000 Thlr., also beinahe das Aequivalent des Petroleumzolles ergäben. Ich müsste es den besonderen Fachstudien überlassen, zu bestimmen, ob man die Instrumente nach dem Alter, oder nach dem Umfang oder vielleicht mittelst einer Controle (entsprechend den Gasuhren), je nachdem

mehr oder weniger darauf gespielt wird, besteuern sollte. Sie haben wohl schon errathen, dass ich es für kein Unglück errachten würde, wenn eine solche Neuerung ein wenig abschreckend auf die Bereitung der Ohrenschmäuse einwirken sollte, und jedenfalls scheint mir die Gerechtigkeit zu verlangen, dass nach dem Bier und Tabak auch als Dritter im Bunde die Musik ihr Scherflein zum Staatshaushalt beitrage. Eine gleichmässige Verbrauchsminderung in diesen drei Artikeln würde vielleicht sich in gegebener Zeit durch eine Mehrerzeugung von politischen und sonstigen nützlichen Gedanken in unserem Volke ausgleichen. Und wie viele Kinderthränen würde der trocknen, wie viele Mannesflüche beschwichtigen, der, welcher diesen Vorschlag zur That machte! Ich glaube, die dankbare Mitwelt schon würde ihm ein Monument errichten. Nun muss es aber noch acht Jahre anstehen, bevor man wird Gehör verlangen dürfen, solchen oder anderen Verbesserungen das Wort zu reden. Denn der Vertrag der deutschen Regierungen unter einander, auf welchem die Existenz und Befugniss des Zollparlaments ruht, geht bis zum 31. December 1877.

Das ist der Hauptübelstand! Wie ungenügend immer die Maschinerie des Zollparlaments sich erwiesen hat und noch erweisen möchte; ohne den guten Willen sämmtlicher deutscher Regierungen kann in den nächsten

acht Jahren Nichts daran geändert werden, und wie es mit diesem guten Willen da und dort beschlagen ist, mögen Sie sich selbst überlegen. Fürwahr, dürfte man nicht einigermassen auf den guten Willen der Ereignisse zählen, die sich der Aufgabe unterziehen werden, an den Verträgen vor Ablauf des Termins zu rütteln, es sähe unfruchtbar um die nächste Zukunft aus. Aber diese acht Jahre werden nicht verlaufen, ohne uns eine Veränderung in Deutschland zu bringen, und jede Veränderung zum Guten oder zum Bösen muss das Zollparlament in erster Reihe treffen. Bis dahin möge es immerzu das sein, als was wir von der ersten Stunde an es erkannt haben: zunächst ein lebendiges Sinnbild der Einigung für die ganze Nation auch über den Main hinaus; sodann eine praktische Vorschule künftiger politischer Bethätigung für das lebende Geschlecht. Sind wir doch nachgerade schier Alle darüber einig geworden, dass die richtige Führung einer Nation nicht mit philosophischen Sätzen allein ausreichen kann; dass vielmehr, wie zu allen Arbeiten dieser Welt, erfahrene Vertrautheit mit dem täglichen Haushalt dazu vonnöthen ist. Da hat mir Jemand eben, ich vermuthe in der Absicht, halb mich zu beschämen, halb mich zu bekehren, aus der guten Stadt Frankfurt herübergeschickt: die grosse Rede Emilio Castelar's über Republik und Monarchie, ge-

halten in der Sitzung der spanischen Cortes am 20. Mai 1869, verdeutscht, auf gross Folio abgedruckt und mit einem zierlichen Arabeskenrand ehrend umzogen. Soll das etwa bedeuten, ich frage Sie, dass wir Andern an diesem politischen Blumenspiel uns mögen ein Beispiel nehmen? Ich zweifle nicht, Don Emilio Castelar ist ein wackerer Mann und ein gewaltiger Redner, aber Alles sehr nach spanischer Art; und wenn in unseren Kammern oder Parlamenten, oder auch in England, Belgien oder der Schweiz Jemand eine solche Rede halten wollte, er würde, ich will aus Höflichkeit gegen den edelsinnigen Spanier gar nicht sagen welch' ein Schicksal erleiden. Denken Sie sich einmal, es träte vor den 380 Mitgliedern des Zollparlaments, welche ja das deutsche Volk selbst aus seinem Schoosse zwanglos gewählt hat, und die es als sein Blut und Fleisch ehren muss, denken Sie, es träte vor Denen ein Redner auf und spräche wie folgt:

„Ich glaube, dass in dem Blute der Hunde viele Elemente ganz gleich denjenigen sind, aus welchen das unsrige besteht. Ich höre Herrn Moreno Nieta, der gleich mir zu den Spiritualisten gehört, sagen, dass der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Hunde einer der Wesenheit ist, nämlich der Vernunft. Ich weiss nicht, ob, wie nach Plato, der Geist sich den Organismus gesucht, oder, wie nach Hegel, der Geist gleichzeitig mit der menschlichen Form in der Welt erschien; ich weiss nur, dass mein Gehirn, rund wie die Wölbung des Himmels, Raum für

jene Welten hat, die man Ideen nennt. Und nun, meine Herren, sowie der Mensch seine eigenthümliche Form hat, die des menschlichen Geistes, so hat auch die Demokratie ihre eigene Form, und die ist die Republik!“

Und nun denken Sie sich diesen Ton und Schwung auf vier breiten Spalten, jede von 140 Zeilen, durchgeführt, und erlauben Sie mir die Frage, ob nicht vielleicht der Extra-Abdruck aus dem „Frankfurter Journal“, Verlag von Heinrich Keller und Druck von Reinhold Baist, durch Jemanden veranstaltet sein möchte, der uns an diesem schlagenden Beispiel zu zeigen hofft, wie man diesseits der Pyrenäen nicht mehr von solcher Politik schöner Seelen leben kann? Denn geht nicht gerade auch die Kunst unserer allerradikalsten Freiheitsmänner noch mehr nach Brot, als die jeglicher anderen? Würden nicht gerade sie auf solche hocheinhertrabende Betrachtungen mit Hohn antworten, dass davon dem Volke Nichts in den Magen kommt, und dass es sich um viel nüchternere Untersuchungen, vor Allem um Tagelohn und Nachtquartier handelt? Und der ehrliche Castelar seinerseits, wird er sich nicht aus Leibeskräften dagegen wehren, solchen Republikanern als Fahnenträger voranzugehen, die je nach Coalitionsbedürfniss bald unter die Lassalleaner, bald unter die Ultramontanen sich zu mischen für gut halten? Wir Andern aber, was sollen wir aus der-

gleichen Studien profitiren? Dasjenige, was da über das Blut der Hunde und Menschen steht, haben wir doch hoffentlich längst an den Schulbänken abgerieben, und damit ist zu dermaligen Zeitläuften weder Hund noch Mensch von hinter dem Ofen vorzulocken.

Dagegen sind wir weder auf der Schule, noch auf der Akademie, noch sogar in den meisten Fällen durch das Leben bekannt geworden mit den tausend verwickelten Fragen eines richtigen Volkshaushaltes: Was in der gegenwärtigen Verfassung unseres Landes dem Gedeihen des Ackerbau's, des Gewerbfleisses im Wege stehe; in welcher Richtung die Ernährung zu befördern sei; ob Einfuhr fremder Erzeugnisse oder Pflege inländischer mehr Sorgfalt verdiene; ob der Staat die Verkehrsmittel beherrschen oder sie den Privaten überlassen solle; die Beobachtung des Wegs, welchen jede Art von Beschäftigung und Verzehrung im Lauf der Jahre durchwandelt hat mit Nutzanwendung auf die Zukunft; das Alles sind Dinge, welche vielleicht nicht unentbehrlicher sind als die richtigen Grundsätze der Moral und Politik im Allgemeinen, von denen wir aber bis dato unendlich weniger gelernt haben, als von diesen, so dass schon zur Herstellung des Gleichgewichts in unserer Urtheilsfähigkeit eine besondere Beschäftigung mit ihnen angezeigt erscheint. Es ist keine Gefahr, dass darüber der Sinn für das Studium der grossen

und hohen Staatslehren möchte abhanden kommen. Denn die Befassung mit diesen Letzteren ist, verglichen zu dem trockenen Studium der volkswirthschaftlichen Einzelfächer, etwas so leichtes und anziehendes, dass es jenen mehr schöngeistigen Gedankenrichtungen niemals an Jüngern gebrechen wird. Darum erscheint mir das Bestehen einer parlamentarischen Nationalvertretung, in welcher jene schwierigen und genauen Sachkenntnisse den ersten Rang behaupten, die Aller-Welts-Weisheit aber nur nebenher läuft, als ein solcher Gewinn für die Ausbildung unseres politischen Berufs, dass ich darin ein gut Theil Trost gegen die augenblickliche Dienstuntauglichkeit dieser Zollversammlung finde. Ich möchte behaupten, dass in allen Tagen der Vergangenheit nicht so viele Aufforderung und Gelegenheit zur Untersuchung dieser Fragen in Deutschland gegeben und benützt worden ist, als seit den anderthalb Jahren, seit welchen an vierhundert seiner Volksvertreter gezwungen wurden, sich mit Eisen, Baumwolle, Zucker, Salz, Tabak, Kohlen, Eisenbahnen, Glas, Papier, Bier, Branntwein, Wein, Ein-, Aus- und Durchfuhr zu befassen. Doch muss leider auf diesen harmlosen Beruf die vernunftwidrige Spaltung der Nation in so vielerlei Länder und gesetzgebende Körperschaften ihren verderblichen Einfluss ausüben. Der Wirrwarr der deutschen Staatsverfassung mordet uner-

schwinglich viel Kraft und Zeit. Sie haben gelesen, dass ein Abgeordneter verlangte, man möchte in Zukunft die dem Zollparlament zu unterbreitenden Vorlagen lange genug voraus mittheilen, dass es dieselben auch zu studiren Zeit habe. Ein Anderer begehrte mit nicht geringerem Recht, dass sein heimischer Landtag nicht zugleich mit dem Zollparlament Sitzung halte. Er hätte dabei — wäre man nur etwas mehr zum Lachen aufgelegt gewesen — an jenen zur Eile angetriebenen Irländer erinnern können, der in seinem Unmuth ausrief: „Ich bin doch kein Vogel, dass ich an zwei Orten zugleich sein könnte!" Wie ist aber bei der bunten Musterkarte von Kammern und Parlamenten diesem Missstand zu entgehen?

Und dennoch ist der Uebel grösstes nicht einmal diese athemlose Uebereilung, sondern das Schlimmste ist die Müdigkeit der Theilnehmer, mit welcher das Zollparlament unvermeidlich schon zweimal zusammentraf. Von den dreihundert Mitgliedern des Nordens hatten, da wir am 3. Juni in Berlin ankamen, die meisten und jedenfalls die hervorragendsten seit dem November in Berlin getagt. Zuerst von November bis März im preussischen Landtag, sodann von März bis Juni im Reichstag. Und nun denken Sie sich, was es heisst, sechs bis sieben Monate lang Tag für Tag in einem Raum mit mehreren hundert Menschen, bei schlechter Luft, an-

gestrengter Aufmerksamkeit, vielfacher Spannung und Gemüthsbewegung an schwierigen Gesetzgebungsarbeiten schaffen, Arbeiten, welche ausser dem Fleiss der Sitzungen den noch viel strengeren Fleiss der Vorberathungen in den Parteien und Abtheilungen erheischen. Rechnen Sie dazu, dass die meisten Abgeordneten eben so lange ihrem Beruf, ihrer Familie, dem regelmässigen Leben entzogen sind, und Sie werden begreifen, wieviel Kraft und Geduld der Mensch noch im Vorrath besitzen kann, wenn im achten Monat von ihm verlangt wird, er solle nun ein neues Feld in Angriff nehmen, neue Fragen prüfen, neue Streitigkeiten durchfechten! Gerade die, welche von Anbeginn am meisten gearbeitet haben, sind dann am Ende ihres Kraftvorraths angelangt, und damit hängt es zusammen, dass dieses Mal die Reihen der Unsrigen fühlbarer gelichtet waren als die der anderen Parteien. So kam es, dass eine der wichtigsten Fragen unseres nationalen Haushaltes trotz der allgemeinen Ueberzeugung von ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit nur mit einem flüchtigen Worte am Schlusse berührt werden konnte. Diese Frage und Alles, was damit zusammenhängt, Ihrer Aufmerksamkeit zu empfehlen, sei die Aufgabe meines nächsten und für diesmal letzten Briefes.

Ludwig Bamberger.

V.

Berlin, 8. Juli.

Geehrte Herren!

Schon im Reichstag ist Abhülfe begehrt worden gegen den üblen Gebrauch, den hochangelaufenen Vorrath sämmtlicher Petitionen in den letzten Tagen einer Sitzungsperiode packweise herbeizuschleppen und plunderartig auf den Tisch des Hauses aufzuschütten. Das Petitionsrecht, verständig geregelt, könnte vielmehr eine überaus kostbare Vorrichtung sein in dem Räderwerk der öffentlichen Wohlfahrts-Anstalten. Ja geradezu der Schlussstein einer guten Verfassung wäre ein hochansehnliches Beschwerdebuch der Nation, in dem Klagen und Wünsche über die Handhabung der Gesetze mitten ans dem praktischen Leben heraus zu Worte und zu geduldigem Gehör kämen. Aber Nichts ist weiter entfernt von solch einem Ideal, als das heuer übliche Verfahren. Natürlich entspringt auch dieses

aus der tollen Vervielfältigung unserer parlamentarischen Körperschaften. Woher die Zeit nehmen und nicht stehlen? könnten unsere Vertreter auf Bemerkungen, wie die obige, antworten. Bei den namentlichen Abstimmungen des Zollparlaments ergab sich diesmal ein Präsenzstand von beiläufig 245 Anwesenden. Also fehlten 128, oder etwas mehr als der dritte Theil von der Gesammtzahl und das noch in den wichtigeren Sitzungen und Momenten. Eine repräsentative Versammlung, in der ein solcher Bruchtheil sich der Mitarbeit entschlägt, ist schon in ihren eigenen Augen entkräftet und entwerthet. Die Lücken auf den Bänken predigen die Vergeblichkeit des Mühens. Also vor der Zeit erkaltet und ermattet, sieht dann ein Parlament den letzten Tag seiner Berathschlagung heranbrechen. Da herrscht dann gerade so viel Aufmerksamkeit und Arbeitsernst, als in der Klasse während der letzten Lehrstunden vor dem Beginn der Ferien. Wer nicht schon leibhaftig draussen schweift, der thut es doch im Geiste.

Diesmal ausnahmsweise begann der letzte Tag mit einem grossen Anlauf. Es war ja der entscheidende, an dem noch einmal die Petroleumsteuer in die Schranken geführt werden sollte. Graf Bismarck war endlich erschienen nnd alle Herren von, auf und zu waren herbeigeblasen worden zum letzten Sturm.

Und als diese Schlacht geschlagen, folgte natürlich auf die aussergewöhnliche Spannung eine entsprechende Abspannung. Das nun war der Augenblick, in welchem die Reihe an die Behandlung sämmtlicher Petitionen kam. Nicht bloss der letzte Tag, sondern des letzten Tages letzte, matte, geduldlose Stunde. Wie kollerten da Gerechte und Ungerechte im gleichen Galopp zur Grube hinab. Kaum dass es gelang, dem Arm des Todtengräbers eine Minute zu wehren, als zwischen dem Mann aus Württemberg, welcher das Parlament zu einer Nationalmassregel gegen die Maikäfer aufforderte, und der Frau aus Schlesien, welche zu ihrem Privatvergnügen nach einem Hochverrathsprozess gegen die Breslauer Zeitung begehrte, ein Anliegen der allergewichtigsten und dringlichsten Natur an die Reihe gelangte. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um die Reform des deutschen Münzwesens. Eine Frage, so schwierig, so brennend, so inhaltsschwer und verhängnissvoll, dass man eben so gut ihrethalben als der Zölle wegen ein besonderes Parlament berufen könnte. „Zeit ist Geld," sagt der Amerikaner und will damit das Nachdrücklichste zu Gunsten der Zeit gesagt haben. Menschlicher noch und richtiger vielleicht wäre zu sagen „Geld ist Zeit," denn Zeit ist ja Leben. Wie viel Zeit und Kraft verschwendet nicht die deutsche Nation tagtäglich dadurch, dass ihr Geld-

wesen noch das treue Abbild ihrer Reichsverwirrung ist.

Einheit der Sprache, sagt man, sei die Grundlage der Nationaleinheit. Das Geld ist die Sprache des Verkehrs. Denken Sie sich, ein Deutscher müsste stets siebenerlei Wörterbücher bei sich führen, um mit seinen eigenen Landsleuten in Geschäften zu verhandeln, und Sie werden von starken Zweifeln befallen werden über die Zusammengehörigkeit der Reichsbewohner. Und dennoch verhält es sich so mit der Quintessenz aller Verständigungsmittel: mit dem Gelde. Kann man nicht eher noch ohne die Landessprache reisen, als ohne das Landesgeld? Ich für meinen Theil stehe nie an einer deutschen Eisenbahnkasse ohne Ingrimm über die Geduld, mit der wir das unerträgliche Stück- und Flickwerk und die schmähliche Vergeudung der kostbaren Zeit in unserem Lammesmuthe ertragen. Der Mann am Schalter spricht in Thalern und Groschen, vor mir aber müssen noch sieben Landsleute passiren, deren jeder eine andere Geldsprache spricht und versteht. Der redet Gulden und Kreuzer, jener Mark und Schilling, ein dritter Goldthaler und Groten. Nun rückt die Frau vor, welche ihre Brieftasche so voll bayerischer Scheine hat, dass sie fünfzigmal ihre Reise zahlen könnte und heult in Verzweiflung, dass der Kassirer ihr für alle diese

Schätze kein Billet verabfolgen will. Das ist ein Fragen, Klagen, Schelten, Rechnen, Zählen und Erklären ohne Ende.

Welche Ironie auf das Jahrhundert, das die Zeit mit Dampf und das Wort mit Elektricität beflügelt; welche Ironie auf den Sänger, der sich rühmt, dass zu Gott hoch im Himmel vom Rheine bis zum Belt dieselbe Sprache emporklinge, dieweil die klingende Sprache seines engsten Vaterländchens vergebens an dem Schalter der nächsten Bahnstation um Erhörung fleht. Alle Nationen der gebildeten und halbgebildeten Welt haben ihr Geldwesen gereinigt, wir sind, wie in den meisten politischen Dingen, nach dem ersten Ansatz stehen geblieben, zufrieden mit halben und Viertels-Massregeln, und das Uebrige der trägen Zeit überlassend. „Und Elend lässt zu hohen Jahren kommen," sagt Hamlet, der Vater aller deutschen Reformatoren. Frankreich, England, Holland, Belgien, die Schweiz mit ihren zweiundzwanzig Kantonalhoheiten, Italien mit seinen eben erst zusammengerafften Landschaften, selbst Spanien und die Türkei haben eine allerwegen geltende, gemeinverständliche Nationalmünze geschaffen. Nur wir haben bei dem Wiener Münzvertrag von 1857 Genüge gefunden an einem Abkommen, welches Nichts erledigte und die bunteste Verschiedenheit bestehen liess. Wir haben die häss-

lichste Scheidemünze, die zerlumptesten, schmutzigsten Papierscheine, kein anderes Taschengeld, als die schwerfälligen Silberstücke. Zu all dem ist eine grosse Weltfrage gekommen.

Das feurige Gold hat in den letzten drei Jahren einen gewaltigen Anlauf genommen, dem blassen Silber den Rang abzulaufen. Trügen nicht die bedeutungsvollsten Zeichen, so ist das Gold bestimmt, der alleinige Liebling der Völker zu werden bis in den fernsten Osten hin, der doch seit Jahrhunderten zäh am Silber gehangen. Geschieht dies, dann muss nicht bloss das Silber nach und nach an Werth verlieren (in den letzten drei Jahren schon über zwei Procent!), sondern die Länder, welche nur Silber münzen, gehen einer gefährlichen Isolirung entgegen. In diesem Fall ist Deutschland. Während England, Belgien, Italien, die Schweiz, Spanien, die Türkei, Aegypten, Amerika schon auf dem Goldfuss leben, ist Verwendung für Silber nur noch in Holland, Skandinavien, in Central-Amerika, theilweise in Frankreich und Belgien zu finden. Frankreich geht eben mit sich zu Rathe. Fasst es den Entschluss auch das Silber aufzugeben, so könnte Deutschland wohl hinterher beschliessen, ihm zu folgen und ebenfalls sein Silber in Gold einzuwechseln: nur schade, dass Zwei zu einem solchen Handel gehören. Und eben den Zweiten, Unentbehrlichen fände es nicht mehr. Ja viele

Sachverständige behaupten, es sei bereits zu gegenwärtiger Stunde zu spät, in Frankreich, (gesetzt auch, es werde sich nicht geflissentlich dagegen absperren) und in den übrigen Silberländern fände sich kein Platz für den Abfluss unseres Vorraths, dessen Baarbestand auf 550 Millionen Thaler geschätzt wird.

Am richtigen Verständniss für diese Probleme hat es längst nicht gefehlt in Deutschland. Das eben ist ja unsere alte Klage. Voraus im Wissen, zurück im Thun bei allen öffentlichen Dingen. Lange vor den Franzosen waren wir zur Handelsfreiheit bekehrt, aber in der Nähe besehen, üben wir noch heute mehr Schutzzöllnerei als sie. So auch hat die Lehre mit ausserordentlichem Fleiss und Eifer seit geraumer Frist die Münzreform betrieben, die Dezimal- und Goldwährung empfohlen. Aber die officielle Regierungsweisheit an massgebender Stelle blieb ungerührt. Sie wollte ihr Silber gegen Gold umtauschen, sagte sie, wenn ersteres wieder auf seinen Einkaufspreis gestiegen sein würde. Ich will warten und hinübergehen, wenn das Wasser abgeflossen, sagte der Oesterreicher, als er an die Donau kam. Zu all diesen Mahnungen kommt noch eine letzte. Der Gedanke eines gemeinschaftlichen Münzsystems für alle gesitteten Nationen ist gewiss ein grosser und fruchtbarer. Wie jedes Wort des Friedens und der Eintracht, wäre die feierliche Verkündigung dieser ge-

meinsamen Völker-Verkehrsprache ein Nagel zum Sarge der Kriegsfurie, ein Bindemittel der erfreulichsten und erfolgreichsten Art zwischen allen gesitteten Völkern.

Dieses dreifache Ziel ist seit einigen Jahren von der Wissenschaft und Industrie Deutschlands nahe und immer näher ins Auge gefasst worden: zuerst und vor allem ein deutsches, nationales, geeinigtes Münzwesen; sodann Beseitigung der Gefahr, die von der ausschliesslichen Silberwährung herrührt; endlich drittens thatkräftige Theilnahme an der Erstrebung eines grossen internationalen Münzsystems. Der deutsche Handelstag, dieser so angesehene als einflussreiche Vorarbeiter unserer wirthschaftlichen Gesetzgebung, hat sich der Forderung dieser dreifachen Aufgabe mit der nachhaltigsten Aufmerksamkeit und Anstrengung gewidmet, Dank insbesondere dem unermüdlichen Eifer und Fleiss eines Mannes, dessen Verdiensten um das Studium und die Förderung dieser und vieler anderen deutschen Wirthschafts-Angelegenheiten ein Ehrenplatz in der öffentlichen Hochachtung gebührt, des Herrn Dr. Ad. Soetbeer, Konsulenten der Hamburger Handelskammer. Das Zollparlament schien diesem und seinen Genossen die Körperschaft zu sein, welche so recht berufen sei, diese beträchtliche Angelegenheit endlich in Fluss zu bringen, sie aus dem Bereich der theoretischen Betrachtungen in den Bereich der thätigen Gesetzgebung hin-

überzuleiten. Demgemäss ward eine Petition übergeben begleitet von zwei höchst gründlichen und lehrreichen Denkschriften. Im Schoosse des Zollparlaments selbst war die Geneigtheit gross, sich mit der Sache zu befassen. Hier, vielleicht zum ersten und einzigen Male, bot sich ein Gegenstand dar, welcher nicht streng in die Kompetenz gehörte und welcher dennoch auch bei den süddeutschen äussersten Parteien eines guten Empfanges gewärtig sein konnte. Denn der deutsche Süden jeder Farbe ist der Münzreform, der Gold- und Dezimalwährung hold*). Also war auch hier ein Werk des Friedens und des Gedeihens zu unternehmen.

Zu allen diesen guten Vorbedingungen gesellte sich noch eine dritte. Die Fraktion „Mainbrücke“ hatte ihr ganzes Dasein vorerst der Unterstützung der Münzangelegenheiten gewidmet. Sie haben wohl von der Fraktion „Mainbrücke“ gehört? Ihren Namen verdankt sie keinem geringeren Pathen, als dem populärsten Manne des Südens, dem Abgeordneten Völk. Die Sache verhielt sich so: Das vorige Mal schon und diesmal wieder, machte eine Verbindung viel von sich reden, welche sich nannte: „Die süddeutsche Fraktion“. Der

*) In der dritten Session (1870) hat die Parthei der „unversöhnlichen Particularisten“ auch dieses Vertrauen in ihren Menschenverstand Lügen gestraft. Sie hielt sich für verpflichtet, auch gegen die Münzreform zu stimmen!

Name schien zu bedeuten, dass alle Abgeordneten von südlich des Mains hier vereinigt wären. In Wahrheit aber hatten sich unter diesem täuschenden Namen nur die zusammengethan, welche den zornigen Kampf um Nährung und Erhaltung der deutschen Zwietracht und Zerrissenheit bis zum letzten Augenblick zu kämpfen sich verschworen haben, die Pfaffenpartei nämlich und die in deren Schlepptau fahrende Volkspartei aus Würtemberg, Baden und Bayern. Diesen nun eine Verbindung der übrigen Süddeutschen gegenüber zu stellen, gefiel allen denen, welche Deutschlands Heil nicht von dem eigenthümlichen Lebenstrank erwarten, der aus dem nächsten römischen Concil und der nächsten französischen Revolution soll zusammengebraut werden. Und da es auch unter diesen Freunden der guten Sache an Schattirungen nicht fehlen konnte — jeder deutsche Politiker hätte ja eigentlich das Bedürfniss, sich wieder in drei Fraktionen seiner selbst zu spalten —, so suchte man nach einem ausserhalb aller landläufigen Losungsworte gelegenen Namen.

So erfand Völk die „Mainbrücke“. Ich war nicht zugegen bei der Taufe, glaube aber kaum, dass sie mit Wasser vollzogen worden. Diese Fraktion nun von beiläufig dreissig Mitgliedern widmete sich diesmal vornehmlich der Münzfrage und beschloss nach mehrfachen sehr lebhaften und gründlichen Berathungen, das Programm

des Handelstages zu unterstüzen: deutsche Münzeinheit auf Grund des Dezimalfusses, Anbahnung der Goldwährung und wo möglich Verständigung mit den übrigen Nationen. Doch alle diese Bemühungen mussten sich mit einem über die Maassen bescheidenen Resultat genug sein lassen. Als der bewusste letzte Tag herangerückt kam, drängte sich unabweisbar die Erkenntniss auf, dass das Haus einer gründlichen und würdigen Besprechung dieser Sache nicht mehr Stand halten würde, und ihre besten Freunde riethen, sie lieber in ganz flüchtiger Weise empfehlend zu berühren, als durch den misslungenen Versuch einer gebührenden Erörterung sie in ihrer Stellung zur Oeffentlichkeit zu schädigen. Darum begnügte sich der Referent, kurzer Hand die Annahme eines Beschlusses zu befürworten, den schon der Reichstag vordem gefasst hatte, und der in allgemeinen Ausdrücken die Münzreform empfahl. Nur damit über die Anschauung der Bittsteller und ihrer Freunde kein Zweifel übrig bleibe, unternahm ich es mit wenigen Worten, Fürsprache für die Inbetrachtnahme der Goldwährung einzulegen. Und da dieser zwar kurz, aber mit Entschiedenheit vorgetragene Gedanke aufmerksames und beifälliges Gehör fand, so bleibt immerhin das gewonnen, dass das Zollparlament die Regierungen aufgefordert hat, sich nun endlich einmal ernstlich mit einer deutschen Münzreform zu be-

fassen und dabei das Dezimalsystem, die Einführung des Goldes und den Anschluss an die übrigen Nationen zu beherzigen.

Inzwischen wird dieser Vorgang dazu gedient haben, dass die öffentliche Meinung sich noch mehr als bis dahin des Gegenstandes bemächtigte. Bereits ist die Tagespresse seitdem lebhaft für die Sache aufgetreten. Möge sie, das Feuer unterhaltend, dafür sorgen, dass beim nächsten Zusammentreten des Zollparlaments die Regierungen Material und Raum für eine würdige Behandlung dieser hochwichtigen Frage bereit halten, als welche ja keine den Aufgaben des Zollparlaments inniger verwandt ist. Die nächste Versammlung? Der und Jener hat bei dem jüngsten verdriesslichen Auseinandergehen gemeint, wir würden uns übers Jahr nicht wiedersehen. Doch wären die Leute am Ruder, welche darüber zunächst zu entscheiden haben, verdächtig klug, wenn sie heute schon zu wissen vermeinten, ob über's Jahr es möchte wohlgethan sein, ein Parlament zu berufen oder nicht. Zwar aus dem deutschen Frühling, welchen Völk damals verkündet, ist noch kein Sommer worden. Ein kalter Reif hat sich auf die ersten Blüthen niedergeschlagen. Aber es sind der guten kräftigen Keime nah und fern so viele in der heutigen Welt, dass ein Nachtfrost uns nicht zu schrecken braucht.



Kehren Sie nur die Augen wieder einmal nach

Westen! Der Selbstherrscher, welcher so viele Chassepots und Kanonen angehäuft, Paris über und unter der Erde mit Heerstrassen durchzogen, um seine Gewalt mit eiserner Faust zu halten, er muss zurückweichen vor jenem unsichtbaren Etwas: der öffentlichen Meinung! Nicht Ross, nicht Reisige! Alle künstlichen Auswege durch Spiegelfechtereien des Krieges, so lange ausgeklügelt und ausgespäht, hat ihm in einer Nacht, vom 24. auf den 25. Mai*) der unsichtbare Geist verlegt. Die Tragweite dieses Ereignisses zu durchdenken, wäre ein zu kühnes Unterfangen für den Schluss eines Briefes. Möglich, dass wir vor einem weltgeschichtlichen Wendepunkt stehen. Den zähen Anhängern der Unfreiheit nöthigt dies Erlebniss die Einsicht auf, dass der Strom der Zeit unaufhaltsam weiter schiebt; es wird ihnen etwas heilsame Demuth einflössen. Den ungestümen Heissspornen der Freiheit widerlegt es die Lehre von der alleinseligmachenden Kraft der Barrikade. Seit vielen Jahren ist nichts Merkwürdigeres der Welt geboten worden, als das Schauspiel des wider Willen in freiere Bahnen gedrängten französischen Kaiserthums.

---

*) Die Nacht nach dem Abschluss der Wahlen zum gesetzgebenden Körper. Seitdem Obiges geschrieben wurde, ist ein Jahr vergangen, welches die hier ausgesprochene Erwartung mehr als gerechtfertigt hat.

Frankreich war bis jetzt dasjenige Land, in dem der Glaube an die Möglichkeit eines Fortschritts ohne revolutionären Theatercoup die wenigsten Anhänger zählte. Und dennoch, wie ist im Laufe der Jahre das kleine Häuflein der Fünf gewachsen, welche den Kampf gegen die Reaktion auf dem Boden der unwiderruflichen Thatsachen acceptirten. Wie lange waren sie vereinsamt und verspottet! Jetzt sind sind sie eine Armee und helfen die Geschichte Europa's machen. Im weiteren Verlauf dieser aufsteigenden Bewegung wird auch Frankreich sich wieder in seiner sittlichen Würde fühlen lernen, einen guten Theil seiner Stellung im Fortschritt der Welt wieder erobern, und, dies wahrnehmend, die ungesunde Eifersucht und Verzweiflung los werden, welche den europäischen Brandstiftungsversuchen so leichtes Spiel versprachen. Wie nützlich das Alles mit seinen weiteren Folgen für uns sein muss, brauche ich nicht nachzuweisen. Es möge zunächst eine Gegenströmung bilden gegen den frostigen Winter, der aus dem Nord-Osten des deutschen Reichs weht. Sodann möge es die im Schlafe stören, welche die kaum halbgethane Arbeit von 1866 mit unendlicher Selbstgenügsamkeit betrachten.

Endlich aber, und das ist hauptsächlich zu wünschen, mögen wir wieder einmal lernen, dass die unbesiegbare

Lebenskraft der öffentlichen Meinung nur da gedeiht, wo das Bewusstsein eines grossen Volkes in einem wahren ungetheilten Staat und in einer Volksvertretung sich zusammen schliesst. So lange wir unser Flick- und Stückwerk behalten, sind wir verdammt, stümpernde Unterthanen zu bleiben. Im vielgescholtenen Frankreich bricht die öffentliche Meinung den Widerstand eines mächtigen Kaisers, in deutschen Landen ist sie zu ohnmächtig, auch nur einen Minister zu stürzen, der lächelnd sie mit Füssen tritt.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.

1870.

I.

Berlin, den 22. Mai 1870.

Geehrte Herren!

Sie kennen die Geschichte von dem sparsamen Reichen, zu dem der Freund sagte: Wie mögen Sie nur sich den geringsten Aufwand versagen, während Ihr Herr Sohn in Saus und Braus lebt? — Mein Sohn erwidert der Angeredete, hat einen reichen Vater, ich aber habe den nicht. — Das etwa ist in zwei Worten das Verhältniss des deutschen Südens zum Norden. — Viele Bayern und Schwaben wissen, sie haben jenseits des Mains eine grosse, gesittete fleissige Familie, die für ihre Dummheiten und Unarten zahlen kann, und sie lassen sich's wohl schmecken; sie ergeben sich nach Herzenslust den Scherzen ihres politischen Carnevals, des rothen wie des schwarzen. Wollen Sie den handgreiflichen Beleg zur Richtigkeit dieses Gleichnisses, so schenken Sie Ihre Aufmerksamkeit nur ein wenig den schlechten Spässen, mit denen eine Anzahl südlicher Abgeordneter ihr Wegbleiben aus dem Zollparlament

begründen. Wie stünde es mit den beträchtlichsten Nahrungsangelegenheiten des Landes, wenn dieses burschikose Schwänzen allgemeine Regel würde? Oder achten Sie auf die Posse, welche seit geraumer Zeit als Sturm auf die Militärverfassungen zur Aufführung kommt. Bayern, heisst es da, und Württemberg sollen an die Stelle einer regulären Armee irgend ein Schützencorps setzen, welches, lieblich anzuschauen, daher käme über Berg und Thal mit dem Pfeil und Bogen früh im Morgenstrahl. Dumm sind bekanntlich die geehrten Herren Antragsteller nicht. Sie wissen so gut, wie Sie und ich, dass solche lobesame Miliz einem Angriff von aussen nicht von Sonnenaufgang bis zum ersten Frühschoppen widerstehen würde. Ihre Rechnung ist vielmehr diese: Der Norddeutsche Bund hält ja ein Heer, das stark genug ist, Deutschland zu schützen; weshalb sollten wir uns die Last auflegen, eine Armee zu bezahlen, Kriegsdienst zu thun; weshalb sollten wir uns den Ruhm versagen, dem Militarismus einen allzeit gern gesehenen Fusstritt zu versetzen? Kommt die Stunde der Gefahr, wird Moltke auch schon für Süddeutschland sorgen. Notabene: so rechnen noch die A n s t ä n d i g e n von der Gesellschaft. Denn ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass es daneben noch andre Rechner giebt die in der Stille ihres Herzens denken: die deutsche Nationalität sei, genau besehen, eine Sache des Vorurtheils, und gewisse zeitliche und ewige An-

gelegenheiten würden etwa auch unter der Schirmvogtei Frankreichs ganz wohl versorgt sein. Endlich spielt noch eine dritte Sorte mit, eine sehr verbreitete. Diese calculirt wie folgt: Mit unseren Redensarten und Adressen, wohlverstanden, werden wir selbst beim angestammten, engeren Landesvater und seinen Räthen nichts ausrichten; aber es steht doch immerhin schön vor den Wählern, die Abschaffung des Militärs verlangt zu haben. Diese Taktik ist ja auch jenseits der bayerischen und schwäbischen Grenzpfähle nicht unbeliebt. Um sich viel Freunde zu machen, ist nichts einfacher, als möglichst „weit zu gehn." Tritt einer auf und sagt: Es müssen zehn Groschen vom Thaler Steuern gestrichen werden, so steht er sicher da als ein edler Mensch; kommt dann ein zweiter hinterher und begehrt der Groschen zwanzig zu streichen, der ist natürlich ein noch viel edlerer als der vorhergehende. König Heinrich der Vierte von Frankreich schuldet einen guten Theil seiner Volksbeliebtheit dem ihm nachgerühmten Ausspruch: Von Rechtswegen sollte jeder seiner Bauern des Sonntags ein Huhn im Topfe haben. Geliefert hat er die Hühner nicht, und die Bauern waren unter ihm, wie nach ihm, auf schmale Kost gesetzt; aber dass er den Antrag auf das Huhn im Topf gestellt, das weiss ihm noch heute die späte Nachwelt Dank. Im Munde eines allmächtigen Königs hat übrigens der blosse Wunsch

schon etwas Rührendes, wenn auch sonst nicht viel zu bedeuten. Was aber bedeutet im Munde des Volksvertreters eine Formel, von deren gegenwärtiger Unausführbarkeit und Erfolglosigkeit er von vornherein überzeugt sein muss? Sie ist Blendwerk, und ein recht verderbliches. Sie verwirrt nach unten, indem sie Unerreichbares für erreichbar ausgiebt, sie bringt nach oben die öffentliche Meinung als eine ernstlose Thörin in Misscredit; sie vergeudet die Zeit und Geisteskraft der Nation auf Spielereien, welche nur bestimmt sind, das Zeug zu liefern, daraus politische Charlatane ihren rothen Mantel schneiden, welcher die Augen der Menge auf sich zieht. Mitten zwischen grossen kriegsgerüsteten Staaten, zwischen Oesterreich, Frankreich, Preussen, Russland, Italien, seine Sicherheit auf den Dilettantismus des Milizwesens gründen wollen, dass heisst eben nur, sich wegen der Vertheidigung seines Landes auf andere verlassen oder gleichgiltig sein. Und darin besteht auch jenes ganze System. Es rechnet auf Norddeutschland zum Widerstande gegen die Franzosen, und es rechnet auf die Franzosen zum Widerstande gegen Norddeutschland: das alte Schaukelspiel der deutschen Fürsten und Kurfürsten, welche nach allen Seiten hin mit ihren Allianzen Handel trieben. Sie wenigstens nannten sich nicht Patrioten oder Volkspartei! An die Stelle des fürstlichen Sonderinteresses ist ganz

einfach das Sonderinteresse der kleinen Parteigruppen getreten, welche jetzt in Bayern und Württemberg das grosse Wort führen und welche nur innerhalb ihrer heimischen Schranken sich zu erhalten hoffen können. Um diesen letzten Zweck zu beschönigen, muss das bekannte Kunststück herhalten: Alles oder nichts! Ganz Deutschland bis an das letzte bömische Dorf oder — wir bleiben gut bayerisch und gut württembergisch. Auf solche Conditionen hin laufen sie allerdings keine Gefahr, vorerst beim Worte genommen zu werden. Man wundert sich oft darüber, dass in den vier süddeutschen Staaten Radikale und Ultramontane so einig zusammengehen und legt ihnen die Coalition als Unaufrichtigkeit aus. Doch thut man ihnen damit Unrecht. Der bayerische Schwarze und der schwäbische Rothe, der bayerische Royalist und der schwäbische Republikaner, beide sind ein und derselbe Mensch nur in verschiedener Maskerade; nämlich der deutsche Philister, desto seliger, je kleiner die Verhältnisse; ohne politisches Bedürfniss, innerlich abgeschlossen und widerwillig gegen alles, was über seine vier Pfähle hinaus geht, glücklich und überglücklich im heimischen Gezänke, dessen höchste Lust ehedem landschaftliche und theologische Klopffechterei war und dessen Führerschaft und Zuschnitt bis auf diesen Tag bäuerisch und pfäffisch geblieben sind. Nur der äussere

Anstrich ist verschieden, innerlich sind es dieselben Personen; in der Dunkelheit würde man einen Stuttgarter Königsmörder nicht von einem Passauer Capuziner unterscheiden können, und die schwäbischen Jacobinermützen sind nur baumwollene Nachtkappen, welche roth gefärbt worden. Vielleicht habe ich selbst einmal behauptet: die Verkoppelung der Demagogie mit dem Jesuitismus sei widernatürlich, — Irrthum, ungerechter Verdacht! Der mittelmässigste Maler würde mit einem Pinselstriche aus einem solchen Demagogen einen Jesuiten machen und umgekehrt; der Jesuit treibt Demagogie und der Demagoge treibt Jesuitismus und zwar jeglicher mit gleicher Herzenslust, jeglicher mit gleichem Talente. Beide vereinigen sich in ihrer Antipathie gegen den Staat, das grosse Gemeinwesen, welches sich von ihrem persönlichen Getriebe weder befriedigen noch beherrschen lässt, theilen sich wonniglich in den heimischen Spielplatz sogar mit ihren Ministern, wofern diese nur gesonnen sind, den Krakehl in den Grenzen der angestammten Mundart zu halten. Dies, geehrte Herren, ist die nackte Wahrheit über den Stand der Dinge zwischen dem, was man jetzt in Deutschland nationale Partei nennt und allem Uebrigen, was sich unter mannigfachen Vermummungen bald als politischer, bald als religiöser Fanatiker, bald als unterwürfiger Fürstendiener, und häufig als ein Gemisch

von allen dreien umhertreibt. Der Grundzug ist das Philisterium, die angewohnte Behaglichkeit mit der Führung seines Lebens und der Verwerthung seines Einflusses auf den möglichst vertrauten und bequemen Raum angewiesen zu bleiben.

Ich setze diese Wahrnehmung allen andern voran, weil sie unser ganzes öffentliches Dasein beherrscht und uns in Beurtheilung desselben am richtigsten leitet. In dem Augenblicke, da zum dritten und letzten Male Ihre Erwählten zusammentreten, die, um deren Namen so grimmer Streit entbrannt war, erhebt sich unvermeidlich die Frage, wie denn seit jener ersten Entscheidung das Schicksal des Vaterlands sich gestaltet habe, was gewonnen, was verloren sei? Vor nunmehr zwei Jahren hatten die einen gehofft, die andern gefürchtet, das Zollparlament könnte im Handumdrehen ein politisches Heilsinstrument werden. Diese Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen; hat überhaupt etwas sich verändert, so geschah es eher zum Schlimmeren als zum Besseren, wäre es auch nur dadurch, dass sich nichts verändert hat, denn die Zeit giebt ja auch den unliebsamsten Einrichtungen eine gewisse Weihe und Festigkeit! Die sonderbare Scheidung zwischen Nord- und Süddeutschland, welche vor zwei Jahren noch wie ein böser Traum aussah, wird heute vielfach schon für zu Recht bestehend und wie

etwas zur Dauer Bestimmtes angesehen, besonders vom Auslande, welches bekanntlich auf unsere inneren Angelegenheiten seinen Einfluss nicht verloren hat. Aber wenn wir äusserlich so wenig voran gekommen sind, dass man nicht ohne Fug sagen möchte, wir seien zurück gegangen, so ist die innerliche Entwickelung der Zustände sichtbar vorangereift. Die leitende Politik Norddeutschlands hat für gut befunden, den Süden vorerst sich selbst zu überlassen. Ihre Beweggründe, ihre guten wie ihre schlechten, sind bekannt. Aber das ist jedenfalls erreicht, dass die Sinn- und Zukunftslosigkeit der süddeutschen Sonderbündler sich in ihrer ganzen Blösse preisgegeben. Unbehindert, ja aufgefordert, zu zeigen, was sie wollen und was sie vermögen, haben sie bewährt, dass sie nichts wollen, und nichts vermögen, aber auch gar nichts: als die bösen Triebe, welche Deutschlands staatlichen Beruf seit Jahrhunderten zurück hielten, in bunten Reihen zu entfesseln, — spiessbürgerliche Trutzköpfigkeit, Krakehlsucht und Planlosigkeit. Nicht ein Schritt, nicht ein Entwurf, nicht ein Gedanke, dem sich entnehmen liesse, wie sie sich ihre politische Existenz im Verhältnisse zum Vaterlande zu gestalten vermeinten: dagegen in allen Stücken Verkettung mit Bundesgenossen, die unter ihren Augen sich zum Untergange bereiten. Wie doch heissen ihre Stützpunkte? Oesterreich, Rom, die europäische Revo-

lution. So viel Worte, so viel Hoffnungslosigkeit! Es ist, als ob selbst die Ironie des Zufalls sich drein mischte, in unerwartet rascher Aufeinanderfolge die Geister in's Nichts zurück zu scheuchen, auf deren Allianz die Widersacher des Norddeutschen Reiches ihre Macht gebaut hatten. Kaum drei Jahre sind hingegangen, und was Alles haben wir erlebt an diesen Hauptverbündeten unserer Gegner, an ihrem dreifachen Hort und Heil!

Rom, wer wüsste es nicht, ist auf Abwege gerathen, welche ihm seine heftigsten Gegner nicht zugetraut hätten. Seine Verblendung im Kampfe mit der fortschreitenden Menschheit geht in's Unerklärliche. Der Persische König, welcher das Meer peitschen liess, um den Elementen Gehorsam zu befehlen, war ein Lamm der Demuth verglichen mit denen, welche die Lehre aufstellen, das Weltall solle sein Denken in die Gewalt eines einzigen Sterblichen geben. Und nun rede man noch vom preussischen Cäsarismus! Das Cäsarenthum auf dem Gipfel seines Uebermuths angekommen, begehrte die Göttlichkeit für den römischen Herrscher! Caligula, der sich Statuen und Tempel errichten und Opfer darbringen liess, stellte mit ausdrücklichen Worten denselben Satz auf, gegen welchen die deutschen und französischen Bischöfe auf dem Concil vergeblich protestiren, nämlich dass „diejenigen, welche als Herr-

scher über die andern Menschen gesetzt sind, nicht Menschen seien wie die Anderen, sondern Götter." In dem Augenblicke, da das deutsche Episcopat verständige Anstrengungen macht, im Interesse der katholischen Religion den Papst und seine Rathgeber von der Verkündigung der neuen Lehre abzuhalten, in diesem Augenblick erblicken die Gegner des deutschen Nationalstaates in der römischen Glaubenspolitik ihre erste und stärkste Verbündete. Man muss sagen: der Augenblick ist gut gewählt!

Ihr zweites Zion ist die österreichische Monarchie. Diese ist in so unglücklicher Lage, dass es trotz aller ihrer Sünden grausam erscheinen könnte, das jammervolle Bild ihres unaufhaltsam hereinbrechenden Untergangs zu entrollen. Erinnern Sie sich noch, wie jüngst die Schützen gen Wien pilgerten? Dort sollte das Morgenroth der deutschen Wiedergeburt aufgehen, von dort her aus engster Verbrüderung mit dem österreichischen Kaiserthum die Kraft des deutschen Reiches entspringen. Nicht zwei Jahre sind vergangen und wie hat der Engel der Vernichtung aufgeräumt in diesen Kreisen! Die Wehr und Waffe, welche das deutsche Reich decken sollte, sie ist zu Schanden geworden, zuerst an der widerspänstigen Laune eines kleinen Bergvolkes. Aber der muthwillige Hohn dieses unbezwungenen Aufstandes war nur das Signal der Em-

pörung für die buntgemischten Stämme, welche der hundertjährige Absolutismus unter dem Scepter Habsburgs zusammengehalten. Wie ward uns die Sonne der Freiheit als von Osten kommend angekündigt! Oesterreich war im Handumdrehen der Musterstaat geworden. Schwaben betheuerte es und in Frankreich glaubte man's. Als die ersten warmen Strahlen einer gewissen Freiheit auf diesen Moder fielen, geschah, was geschehen musste nach dem Naturgesetz: Er gerieth in Gährung, und die einzelnen Bestandtheile liefen nach allen Weltgegenden auseinander; die freisinnigen deutschen Minister, welche in redlicher Absicht sich der unmöglichen Aufgabe unterzogen hatten, diese Quadratur des Zirkels eines liberalen Gesammtösterreich zu finden, sind in alle Windrichtungen zerstoben. Geblieben ist niemand als der ehemalige Zuchtmeister von Waldheim, der politische Tausendkünstler, welcher die sächsischen und grossdeutschen Angelegenheiten mit so bewährter Meisterschaft auf das Schlachtfeld von Königgrätz zugesteuert hat. Die deutsch gesinnten Männer, welche mit ihm ans Ruder traten, welche beim Schützenfest mit ihm toasteten, mit ihm und mit Franz Joseph in den süddeutschen Bruderkuss sich theilten, hat er hinterrücks die Hofburg hinabgestürzt! Zu ihrem Ersatze hat er sich einen Polen, einen eingefleischten Hasser alles Deutschen verschrieben, der seit 1866 für ihn in

der französischen Presse gegen die Deutschen in und ausser Oesterreich wühlte. Prophezeien ist ein undankbares Handwerk, aber es heist kaum prophezeihen, wenn man voraussagt, dass in Oesterreich schliesslich Herr von Beust dieselben Lorbeeren pflücken wird wie in Sachsen. Der Dualismus sollte die Formel sein, mittels deren der grosse Zauberkünstler die Geister beschwören wollte. Aus der Zweitheilung Cisleithanien und Transleithanien, Deutschland und Ungarn, ist aber mit unvermeidlicher Consequenz eine Dreitheilung geworden. Deutschland, Ungarn, Polen: Daraus erhob sich mit gleicher Nothwendigkeit der Anspruch auf Viertheilung aus dem Munde der Czechen, bereits klingt hinein der Ruf der Ruthenen, der Südslaven, deren jeder seine Nationalität mit gleichem Rechte, wie Ungarn zu bergen gesonnen ist. Aus dem Dualismus wird der Atomismus. Gerade das ist allerdings erst recht nach dem Geschmack unserer gegnerischen Landsleute. Obliegen sie doch auch dem Bemühen, sogar in Norddeutschland mit dem Mikroskop möglichst viele Nationalitäten aufzusuchen, auszusondern, was Deutsch und was nicht Deutsch sein soll, etwa in Preussen einen besonderen Staat von Wenden, von Kassuben, von Obotriten und was sie sonst noch Trennendes und Gehässiges ausgraben können. Ihr Ideal wäre erreicht, wenn jeder Deutsche seinen aparten Staat mit einem

besonderen Hausschlüssel dazu haben könnte, etwa wie er in der Stammkneipe sein Deckelglas und seine Pfeife hat. Die Scheu des Philisteriums vor der weiten Weltluft ist der geheime Trieb der deutschen Sonderbündler. Welch ein Glück, dass es den Gegnern nicht gelungen ist, Deutschlands Zukunft mit dem österreichischen Auflösungsprozess zusammen zu koppeln! Nur durch die gegenwärtige Zersetzung können die Deutsch-Oesterreicher mit uns vereinigt werden. Ich kann mir das Vergnügen nicht versagen, Ihnen als Schluss dieser Rückschau aus einem Briefe, welchen ein seit Jahren im Herzen des Kaiserstaates wohnender Freund mir von daher schreibt, eine Stelle mitzutheilen. Wie Sie bald erkennen werden, ist er nichts weniger als national-liberal, er ist freilich auch kein grossdeutscher Berserker, sondern eher ein lachender Philosoph, der uns anderen politischen Menschen mit unparteiischem Humor zusieht. „Mir gefällt es," so schreibt der Schalk unterm 4. April d. J., „hier in Oesterreich sehr gut. Das Ganze treibt so schön dem Urideale der Anarchie zu; es ist Alles so unmöglich und so möglich zu gleicher Zeit, rundumher der heiterste Wirrwarr. Kein Mensch weiss, wer Koch noch Kellner, weil jeder beides zugleich ist. Die Staatsidee und das Staatsbewusstsein treten nicht bei jeder individuellen Regung hindernd in den Weg. Niemand

will die Zukunft regeln. weil keiner auch nur auf den nächsten Tag denkt. Das Ganze kommt mir vor, wie die Umgegend von Neapel, wo die Neuzeit nach Belieben ihre Häuschen in die Ruinen hinein klebt, unbekümmert um Solfatara, Montenuovo und Vesuv in der Nähe. Es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht mit dem Obotritenlande, wo Alles zuerst an den Staat und zuletzt an sich denkt, wo der Staat reich und das Individuum arm ist, wo der Reichstag vor allen Dingen ein Strafgesetz discutirt, damit ja der preussische Grundsatz: „Strafe muss sein“ und die preussische Maxime: „jeder soll nach Verdienst bestraft werden“ — gleichmässig über ganz Norddeutschland sich ausbreite. Sogar wenn man sich gegenseitig todt schlägt, was nächstens in der österreichischen Monarchie geschehen wird, geschieht es mit einer gewissen Bonhomie und Heiterkeit — für den Todtgeschlagenen bleibt freilich das Resultat dasselbe.“

Soweit der Verfasser des Briefes, aus dessen Auftreten Sie errathen mögen, dass er vermuthlich einen Namen von gutem Klang trägt, wie auch, dass sein Zeugniss auf Glaubwürdigkeit Anspruch hat. Sie sehen, nebenbei, wie es Unsereinem Freude macht, auch mit Andersmeinenden auszukommen, wenn sie weder bornirt, noch aufgebläht sind. Vor Allem aber sehen Sie, wie glücklich der Augenblick gewählt ist, um das

Bündniss mit Oesterreich als den Fels der deutschen Zukunft anzupreisen.

Nicht besser steht es mit der dritten Allianz, auf welche unsere „Unversöhnlichen" sich stützen wollen, nämlich mit der europäischen Revolution. Der Nabel- und Mittelpunkt dieser Revolution ist bekanntlich Frankreich, und, wie allbekannt, haben die letzten sechs Monate den Beweis geliefert, dass die Revolution in Frankreich an Boden und Anhang unendlich viel verloren hat. Bereits am Neujahrstage 1867 schrieb ich Ihnen: „die Barrikaden des Bürgerthums sind fortan wahrscheinlich in die geschichtlichen Raritätensammlungen verbannt, grade wie vor vierhundert Jahren die zweihändigen Schwerter und gewichtigen Panzer des Ritterthums vor dem bürgerlichen Feuergewehr zu Scharteken wurden." Diese Auffassung ist durch die Wendung der französischen Politik besiegelt worden. An Lust zum Versuch hat es nicht gefehlt, aber die revolutionäre Methode ist für die Aufgaben der Gegenwart nicht mehr zureichend und verliert darum täglich an Anhang. Jede Zeitrichtung hat ihr Ideal in sich, und an idealem, verehrungswürdigem Gehalt hat es der Aera der Revolutionen wahrlich nicht gefehlt. Aber wenn, nachdem die Zeit für eine Richtung vorüber, ihr Ideal noch fest gehalten wird, verfällt es der Romantik, und seine Anhänger verfallen der edelkomi-

schen Rolle des Ritters von La Mancha. Wer heute noch glaubt, die staatlichen Probleme der Gegenwart und Zukunft seien mit dem Strassenkampf zu lösen, ist ein verspäteter Nachzügler des revolutionären Ritterthums. So vertreten auch von dieser Seite unsere Gegner eine Periode, die sich überlebt hat. Ueber diesen interessanten Punkt ein andermal mehr. Nur das lassen Sie uns für diesmal festhalten: wie schwer auch unser Stand zwischen Rechts und Links, zwischen unsicheren Verbündeten und unträtabeln Gegnern sein mag: wir kämpfen den Kampf des Neuen gegen das Alte, des Lebens gegen den Tod. Und darum unverzagt!

Ihr ergebener

Ludwig Bamberger.

II.

Berlin, den 9. Mai 1870.

Geehrte Herren!

In demselben Augenblicke, da hier in der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes das Eisen und die Baumwolle, der Kaffee und der Reis mit vieler Mühe es so weit gebracht haben, zu guter Letzt ein friedliches Abkommen untereinander zu treffen, in demselben Augenblick wälzen sich die Wogen der wildesten Parteileidenschaften, aus ihrer untersten Tiefe aufgewühlt, über die Hauptstadt des französischen Kaiserstaates brausend und schaumsprühend einher. Hier in Berlin wird ein Tarif gemacht, dort in Paris ein Plebiscit; hier gilt es zu wissen, ob wohlfeile Pflugschaaren besser als wohlfeiler Morgentrank, — dort wird entschieden über die Urgrundlagen menschlicher Verfassung und Gesellschaft; hier erhitzen wir uns wegen dritthalb Silbergroschen, — dort fliessen Millionen auf

dem Markt des Stimmenhandels; hier vertiefen sich die ausgewählten Vertreter der deutschen Nation in die kleinsten Bewandtnisse eines Gewerbes, — dort werden die des Lesens und Schreibens unkundigen Schaaren aufgerufen, über die erhabensten Probleme der Staatsweisheit ihre Meinung abzugeben. Wen möchte solch ein Doppelbild nicht zum Nachdenken auffordern! Jüngst brachte ich Ihnen eine Stelle aus dem Briefe, in dem ein im Herzen Oesterreichs wohnender Freund die Zustände jenes Landes, verglichen zu den unsrigen, mit einigen scharfen Strichen schilderte. Es trifft sich heute, dass ich Ihnen das Gegenstück aus einer französischen Feder liefern kann. Ehegestern, als am Vorabend des Plebiscits, schreibt mir ein in den Angelegenheiten seines Landes vielbewanderter Politiker, wie folgt, aus Paris: „Grössere Aufregung als jetzt, habe ich hier nie erlebt; doch bezweifle ich, dass es werde zum Blutvergiessen kommen. Mein Kopf ist mir wüst von Allem, was ich seit acht Tagen höre, sehe, lese; es schwindelt mir, wenn ich zwischen den von oben bis unten mit Plakaten aller Farben beklebten Mauern einhergehe. Eigentliche Politik, was so dieses Namens werth ist, wird jetzt nur bei Ihnen in Deutschland gemacht, langweilig zwar für die Gallerie der Zuschauer, aber nützlich, wie jedes Handwerk, das sich mit den konkreten Aufgaben des Lebens, d. h. mit den Dingen

im Einzelnen (den Détails) abgiebt. Hier in unserem Frankreich, das sonst spottete über Eure deutsche Abstraction und Eure philosophische Nebelhaftigkeit, in Frankreich, welches sich für das eminent verständige hielt, hier ficht jetzt Alles in der Luft; und als ich letzten Dienstag in der Ihnen bekannten Abendgesellschaft endlose Tendenzgespräche mit anhören musste über den Vorzug, welchen die Freiheit vor der Ordnung oder die Ordnung vor der Freiheit verdiene, und wie sich stundenlang der Disput in Allgemeinheiten und Phrasen herumbewegte, da, mein Freund, musste ich unwillkührlich an Sie denken, und, wie sonderbar es Ihnen auch vorkomme, ich beneidete Sie, dass vielleicht zur selben Stunde Sie mit Ihren Preussischen Kollegen über Runkelrüben. Stearinkerzen, oder Leinengarn zu berathen so klug seien.“ —

Wenn ich Ihnen diesen Ausspruch eines weltkundigen und freiheitliebenden Franzosen wiedergebe, so geschieht es nicht, damit Sie etwa selbstgefällig die Hände falten und sprechen: „Herr, ich danke Dir, dass ich nicht so bin wie jene,“ — sondern damit Sie den darin enthaltenen Vorrath von Wahrheit in Ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage aufnehmen. Es wäre gewiss falsch zu sagen: ein Volk soll seine ganze Aufmerksamkeit nur den hausbackensten Angelegenheiten der Staatswirthschaft zuwenden. Aber viel falscher

noch ist es, ihm jeden Augenblick die letzten Räthsel der Staatsphilosophie zur Auflösung vorzulegen, und wir werden behaupten dürfen, dass dermalen unsere Wege der richtigen Mitte näher zu liegen, als die unserer Nachbaren. Warum wirft Napoleon III. jetzt diese allgemeinen Fragen der politischen Weisheit in die ihnen unebenbürtige Masse hinein? Offenbar doch nur, weil ihn gelüstet, die Bahn des sachlichen Fortschritts, in welche er auf eine kurze Zeit hineingezwungen worden, wieder zu verlassen; weil er ungeduldig das Joch eines parlamentarischen Regiments trug, welches zu gesunder Werkthätigkeit statt zu falschem Blendwerk führen musste. Die neue Constitution mit ihren fünfundvierzig Artikeln, das Plebiscit selbst ist ihm nur Mittel zum Zweck, nur Vorwand. Der leitende Instinkt hat es auf die Wiederherstellung der Herrschaft der leeren Floskel an der Spitze des Staates abgesehen. Von Neuem wird man sich gegen jeden Einwurf mit der Berufung auf die höchste Willenserklärung des Volkes in Sachen des Princips vertheidigen können. Die scheinbar guten Vorsätze einer kurzen bescheidenen Besserungsperiode weichen den Missbräuchen der schlechtesten Zeiten. Plumpe Taschenspielerkünste, grobes Marktschreierwesen, offener Betrug verbinden sich, um die Komödie der Volkssouveränetät auszustaffiren, welche doch nur dem Hofe

zu Gute kommen soll, und es giebt kaum ein widerwärtigeres Schauspiel, als eine ganze Nation von so hohler Gaukelei in Anspruch genommen zu sehen.

Allerdings sind wir nicht berechtigt, den Werth oder Unwerth grundrechtlicher Feststellungen nach dieser Karrikatur zu beurtheilen. Aber die Karrikatur enthüllt uns die schwachen Seiten des Originals, und sie mahnt uns im vorliegenden Falle an die Unzulänglichkeit der prinzipiellen Lösungen überhaupt. Nur scheinbar gehen diese den Dingen auf den Grund, in Wirklichkeit bleiben sie stets auf der Oberfläche. Sachkenntniss, Arbeit, Ehrlichkeit kommen dabei viel weniger in Thätigkeit, als die Gewandtheit, mit dialektischen Formeln umzuspringen, und ein einziges falsches Zwischenglied, zwischen Vor- und Nachsatz eingeschmuggelt, genügt, wie im gegenwärtigen Exempel, um aus den schönsten Voraussetzungen die verderblichsten Folgerungen zu entwickeln. Die Staatskunst dieser Gattung steht der Scholastik des Mittelalters viel näher, als der modernen Wissenschaft, die ihre Kunde von den Dingen von unten aufbaut und der Beobachtung am Leben abgewinnt. Und darum zwar verrichten wir noch keine Heldenthaten, wenn wir Wochen damit hinbringen, abzuwägen zwischen wohlfeilen Werkzeugen, wohlfeiler Nahrung und wohlfeilen Kleidungsstücken, aber wir stehen dabei doch der ächten Methode,

das gemeine Wohl zu fördern, um ein Gewaltiges näher, als die, welche um die Definition der Freiheit und Brüderlichkeit streiten.

Sie denken wohl: diese Betrachtungen möchten zwar an ihrem Platze sein in einer Parallele zwischen dem Zollparlament und dem Plebiscit, im Uebrigen aber lägen sie Demjenigen fern, worüber mir eigentlich Ihnen zu berichten obläge. Aber Sie irren sich. Diese Gegensätze behaupteten ihre Stelle auch im Innern des Zollparlaments und sie allein tragen die Schuld, wenn unsere schon ganz leidlichen Endergebnisse nicht noch rühmlicher ausgefallen sind. Auch wir hatten unsere Plebiscitomanen und Grundrechtsschwärmer in unserer Mitte. Sie werden mich fragen: wie kommt Pilatus ins Credo, das Prinzip in's Roheisen? Hätt ich's nicht erlebt, ich wüsst's Ihnen auch nicht zu sagen. Es giebt aber Politiker, welche nicht bloss im Punkte der Menschenrechte nach dem Wahlspruch handeln: Alles oder Nichts! — sondern auch in Sachen der Baumwollpreise, und welche aus Gesinnungstreue gegen den bestehenden Kaffeezoll lieber einen Tarif verderben helfen als gegen ihre Kaffee-Ueberzeugung zu stimmen, mögen sie auch von vornherein sicher sein, in einer wirkungslosen Minorität zu bleiben. Ja, dieses Wohlgefallen an der blos äusserlichen Behandlung der Dinge und die Gleichgültigkeit gegen deren thatsächlichen Inhalt

geht so weit, dass ein hochachtbarer Abgeordneter Namens seiner Partei gelegentlich dieser Abstimmung die wunderliche Erklärung abgeben konnte: „er verwahre sich gegen das Kompromiss, welches hinter den Coulissen zuStande gekommen sei.“ Das sollte heissen: es sei himmelschreiend, dass die verschiedenen einander entgegengesetzten Ansichten über Eisen, Reis, Kaffee und Garnzölle, auch noch nach Schluss der öffentlichen Sitzungen untereinander berathen hätten, um zu einer Verständigung zu gelangen. Wie muss eine Partei im blossen Formwessen verrannt sein, um solche Vorwürfe auszuhecken! Und geräth man nicht unwillkürlich auf die Schlussfolgerung, dass wer die Wände des Sitzungssaales für Coulissen ansieht, in dem Sitzungssaal selbst ein Theater erblickt? Wer nur Tendenzpolitik treibt, erliegt eben leicht der Versuchung, aus jeder Berathung ein blosses Schauspiel zu machen und viel weniger Werth darauf zu legen, dass sie zur Verständigung unter den Parteien führe, als zu einer recht prächtigen und greifbaren Aufpflanzung der Gegensätze. Wer aber das Parlament für eine Werkstätte ansieht und nicht für ein Theater der Meinungen, der wird es nur anerkennenswerth finden, wenn die innerhalb der vorgezeichneten Werkstunden und Werkräume nicht gezeitigte Arbeit durch fortgesetzten Fleiss, gleichviel in welchen Mauern, zu Stande kommt. Das gerade hat

man ja dem Parlamentarismus am meisten zur Last gelegt, dass er ein unerspriesslich Widereinanderstossen der entgegengesetzten Ansichten liefere und schliesslich kein Redner den andern überzeuge. Und wenn er sich von diesem Vorwurf einmal reinigt, wenn er Wege findet, die zur Verständigung führen, (Verständigung kommt her von Verstand), dann glaubt solch ein Freiheitsmann es seiner Ueberzeugung schuldig zu sein, im Geiste des Fortschritts zu protestiren. Aber woraus werden nicht Menschenrechte destillirt, wenn eine alte Wahlperiode zu Ende geht und eine neue beginnt! Wie die Chemie aus Hobelspänen Zucker machen kann, wird dann aus den dürrsten Stoffen Süssigkeit für den Wähler gesotten; jedem Wahlkreis wird aus der Bank, an welcher sein Abgeordneter sitzt, wie in Auerbachs Keller, der edle Wein gezapft, den er sich nur bestellen mag. Und weil das funkelnde Nass der grossen Grundsätze dermalen noch das beliebteste Getränk so mancher Wählerschaften ist, deswegen werden Sie noch eine Zeit lang die Baumwollenwaaren theurer bezahlen, als es die Absicht der Regierungen war, da sie den Tarif vorlegten.

Wenn Sie, meine Herren, mehr Wohlgefallen haben an einem Parlament als an einem Plebiscit, an einem fruchtbaren Resultat als an einer unfruchtbaren Ueberzeugung in Wirthschaftsfragen: so machen Sie sich

mit der Anschauung vertraut, dass gerade das Beste, was einer Volksvertretung nachgesagt werden kann, das ist, dass sie, Dank der Verständigkeit der Parteien, zu einer Verständigung gekommen, sei es nun ebener Erde im Sitzungssaale oder im ersten Stockwerk. Wenn die Abstimmungen stets nur nach unabänderlichen Schablonen erfolgen sollten, so brauchten Sie gar keinen lebendigen Abgeordneten zu schicken, sondern nur eine Tabelle über Ihre Grundansichten, die man auf einen bestimmten Platz nageln und in der man jedesmal nachsehen könnte, ob Sie wünschen, dass mit Ja oder Nein gestimmt werde. Und eben weil ich mich nicht als eine Nachschlagstabelle ansah, sondern als einen lebendigen Menschen, glauben Sie hoffentlich um so mehr, dass ich gewissenhaft in Ihrem Sinne gehandelt habe.

Ihr ergebenster
Ludwig Bamberger.

III.

Berlin, den 13. Mai 1870.

Die Todesstrafe vor dem Reichstag.

Geehrte Herren!

Während die Ordnung des Tages in den Parlamenten dem Zolltarif, dem Verlagsrecht, dem Unterstützungswohnsitz angehört, ist seit Wochen, ich möchte sagen, die Stille der Nacht einer Sorge anderer Art verfallen: der Todesstrafe. Und wer begriffe das nicht, wenn die Frage so liegt: ob das unter feierlichem Beschluss vergrabene Richtbeil vom Reichstag mit eigenen Händen wieder soll ausgegraben, oder ob soll zu Grabe gebracht werden die ganze Arbeit des Strafgesetzbuches? Herzensergiessungen ernster Stunden haben mich eingeweiht in die schweren peinvollen Zweifel, von denen ob dieses Zwiespaltes die Gemüther gerade der Besten belagert sind. Mit erfasst, mit erschüttert, mit betroffen von dieser Noth des Denkens, schien es mir die Pflicht jedes Einzelnen, sich zur Klarheit

einer deutlichen Entschliessung emporzuarbeiten und so mit sich selbst fertig zu werden, als ob von seinem letzten Wort allein die Entscheidung abhinge. Und nach dem Muth, die Sache zu Ende zu denken scheint mir auch der Muth, das Gedachte auszusprechen ein Pflichtgebot.

Selbstredend kommt hier das Für und Wider der Todesstrafe nicht mehr zur Sprache. Im Namen der Nation ist sie abgeurtheilt, ist res judicata; das höchste Gericht des Staats, die Volksvertretung, hat ihr wohlerwogenes, wohlbewusstes Verdict abgegeben und sogar das ist schon ausgemacht, dass, wenn der Reichstag widerriefe, der Widerruf nicht aus freier Ueberzeugung käme, sondern nach Rechts-Grundsätzen, als ihm mit Gewalt entrissen, auf ewig anfechtbar bliebe. Nur wegen des richtigen Verständnisses meiner eigenen Stellung zur Sache lasse ich einfliessen, dass ich selbst grundsätzlich der Frage ganz frei gegenüberstehe, oder, um es in der Hauptsache auszudrücken: ich bin nicht der Ansicht, dass man der Gesellschaft das Recht bestreiten könne, einem ihrer Glieder das Leben zu nehmen. Nur aus ganz pragmatischen Gründen zöge ich vor, dass man die Todesstrafe abschaffte, erstens, weil ich sie für unnütz halte und zweitens, weil sie die Verurtheilungen Unschuldiger, die meiner Ueberzeugung nach zahlreich vorkommen, um so grauenvoller macht. Ich weiss sehr wohl, dass auch das Publikum in seiner

Mehrheit nicht nach dieser Abschaffung verlangt. Aber ich kenne seine Motive und schlage sie nicht hoch an. Sie sind zusammengesetzt aus naturalistischem Rachebedürfniss, also einem unfreien, pathologischen Verhalten und aus dem Glauben an die Abschreckung, welcher auf einem plumpen psychologischen Irrthum beruht. Hat man noch das berühmte Wort hinzugefügt: „que Messieurs les assassins commencent!“ so ist eigentlich Alles angeführt, was bei der grossen Mehrzahl der Weltkinder zu Gunsten der Todesstrafe plaidirt. Freilich, wenn die Mörder nicht mehr morden, so brauchen wir die Hinrichtung nicht erst abzuschaffen; dann schaffen eben die Verbrecher die Strafe ab, und jener geistreiche Ausspruch sagt daher nichts Anderes aus, als das Paradoxon: Die Guten sollen wegen der Aufgabe, die Gesellschaft zu bessern, sich auf die Schlechten verlassen. Dass aber, ich wiederhole es, die bürgerliche Gesellschaft, als die einzige Quelle alles Rechts überhaupt, auch das äusserste Recht auf Vernichtung des Einzelnen besitzt so gut wie das kleinste Recht, dessen freie Bewegung im Raume zu beschränken, das ist meines Erachtens unbestreitbar und darum glaube ich mich in der Verfassung, unbefangen über die Frage des Augenblicks, zu urtheilen.

Diese Frage wird nun immer so gestellt: Soll man es auf sich nehmen, an dem ersten Beschluss festzuhal-

ten auf die Gefahr hin, das ganze Strafgesetz in's Nichts zurückzustossen? Die Fragestellung scheint mir eben falsch und damit der Urgrund aller falschen Schlüsse gegeben. Wäre die Regierung des Norddeutschen Bundes eine Mauer von Stein und Mörtel, so begriffe ich, dass man den Vertretern des deutschen Volks sagte: „Wenn Ihr das Strafgesetz unerbittlich zwischen Euch und diese unbewegliche und unverantwortliche Mauer stemmt, so wird es todt gedrückt.“ Nun weiss ich nicht, ob die Vertheidiger der norddeutschen Bundesregierung für diese die Rechtswohlthat in Anspruch nehmen, dass man sie betrachten soll wie eine todte Mauer. Vom Standpunkt der Opposition aus kann ich das nicht einräumen, muss ihr vielmehr die Ehre geben, sie als ein moralisches und intelligentes Wesen anzusehen gleich mir selbst. In Folge dessen muss ich auch verlangen, dass man die Frage so stelle: wen von diesen beiden sittlich und geistig einander ebenbürtigen Wesen träfe die Schuld, wenn durch seine Hartnäckigkeit das Strafgesetz zu Nichte würde? Einer muss Recht, Einer muss Unrecht haben und wenn ich gefunden habe, auf wessen Seite das Recht zum Widerstande schwächer ist, so habe ich auch gefunden, von wem, sofern er ein verantwortliches Wesen, erwartet werden muss, dass er nachgebe, d. h. wer vor der Nation und der Gerechtigkeit schliesslich die Verantwortung des

Misslingens wird zu tragen haben. So gestellt allein ist die Frage keine Sackgasse. Nun gilt es also zu zu ermitteln: wer von beiden Theilen darf sich des höheren sitttichen Motivs in seinem Beharren bewusst sein? Sollte ich die Anschauung der Regierung aus den beiden offiziellen Reden schöpfen, die in der Sache gehalten wurden, es stünde herzlich schlecht um sie; ich müsste geradezu sagen: wie schwach muss dieser Standpunkt sein, dass zwei so überlegene Köpfe dabei so sehr von ihrem guten Geist im Stich gelassen wurden! Beide Reden gehörten doch mehr ins Konzil nach Rom als in die Stadt des Humboldthains. Im Namen von Vater, Mutter und Kindern der Familie Kink aus Roubaix verwahre ich mich feierlich dagegen, dass diese irgendwie verpflichtet waren, im Interesse des Norddeutschen Strafgesetzbuches sich massakriren zu lassen, wie Herr Leonhardt ihnen zumuthet. Noch bedenklicher ist mir die Beruhigung mit dem Jenseits, welche Graf Bismarck dem Mörder anbietet. Muss er nicht befürchten, dass in Zukunft die Mörder dies Argument in allen Fällen als einen „mildernden Umstand“ für sich in Anspruch nehmen werden? „Ja, ich habe meine Mutter erdrosselt,“ werden sie sagen, „aber der Gedanke beruhigte mich, dass sie in ein besseres Jenseits eingeht.“ (Ich könnte einen Fall der Art citiren.) Und wenn dieser Glaube massgebend sein soll

für die letzte Entscheidung des Bundesraths, so werden die Bevollmächtigten in Zukunft jeder bei seiner Regierung erst Instruktion einzuholen haben, ob er auch von Amts wegen beauftragt sei, an die Unsterblichkeit der Seele zu glauben.

Das wahre und wirkende Motiv aber ist ohne Zweifel dies: dass die Kronenträger und ihre Sachwalter das Jus gladii, das Recht über Tod und Leben, für die Quintessenz aller Herrschaft ansehen, als einen wichtigen Stein im Bau der Legitimität. Es ist etwas dran. Aber die Betrachtung passt um deswillen nicht, weil der Norddeutsche Bund kein Geschöpf der Legitimität ist und kein Geschöpf der Legitimität werden soll. Wie schwach das Rechtsbewusstsein des Grafen Bismarck in dieser Debatte war, erhellt mir besonders aus einer Stelle seiner Rede, nämlich da, wo er mit dem Mörder den Industrieherrn verglich, in dessen Dienst ein Arbeiter verunglückt. Unter gewissen Umständen findet ein Gericht in solchen Behauptungen das Vergehen der Aufreizung einer Klasse von Staatsbürgern gegen die andere. Und mit gleichem Rechte könnte man sagen: die Eisenbahn, auf der ein Mensch verunglückt, ist auch eine Mörderin. Denn der Arbeiter begiebt sich ebensowenig in die Gefahr um seines Herrn willen, als der Reisende auf den Weg um der Eisenbahn willen; Industrieherr und Eisenbahn haben gleich wenig das

Interesse und die Absicht, dass ein Unglück passire. Lasset uns denn Gründe und Gegengründe von solcher störenden Beimischung ablösen: Was bleibt als die letzte innere Wahrheit? Die Krone des Regenten hält es für ein sittliches Gebot zu tödten; die Krone des Volkes hält dies für ein sittliches Verbot. Zwischen diesen zwei Bedenken scheint mir der Unparteiische nicht zaudern zu können. Formal mögen sie ebenbürtig einander gegenüberstehen; an innerer zwingender Kraft sind sie durchaus nicht mit einander vergleichbar. Die Stimme, die einem Menschen zuruft „tödte!“ kann nie so mächtig sein als die, welche ihm zuruft: „tödte nicht!“ Wenn ich nach Menschengefühl mich entscheiden muss, mit wem ich, in meiner Ungewissheit, eher zu irren mich aussetzen soll, so ergreife ich gewiss die Hand, welche rein bleiben will vom Blut. Und dass selbst die Regierungen im Stillen auch dieser Empfindung huldigen, das sehe ich daraus dass sie von ihrem Schwertrecht so wenig Gebrauch machen und noch weniger Gebrauch zu machen verheissen. Hinter den Zugeständnissen, welche dieser Anschauung im Prinzip huldigen, kommen dann die praktischen „Aber,“ welche sie umstürzen sollen. Stünde ich, wie die Mehrheit des Reichstags, auf dem Standpunkte, die Todesstrafe für nicht sittlich berechtigt zu halten, so wüsste ich nicht, welche Kompensationen

man mir bieten könnte. Eisen und Kaffee sind kommensurable Grössen, Recht und Vortheil sind es aber nicht. Man erwidert: die Todesstrafe wird, wenn das neue Strafgesetz fällt, doch in Kraft bleiben. Ja, aber wie im Fundament erschüttert und darum moralisch unmöglich, wenn der Reichstag „Nein“ gesagt hat, und wie befestigt und erleichtert, wenn er „Ja“ sagt! Dass Deutschlands Wiedergeburt in drei deutschen Staaten den Galgen wieder aufrichtet, darf wahrhaftig nicht übersehen werden. Sollte durch die Unbeugsamkeit der Regierungen das Strafgesetzbuch diesmal fallen, so muss die Nation dafür die bessere Zeit abwarten, die ihr so viel Anderes noch schuldet, was ihr die Ungunst des Augenblicks verweigert. In welchen Dingen wird denn ein Parlament künftig hoffen dürfen, dass seine Mehrheit in den Augen der Regierung etwas bedeute, wenn es in dieser Frage bei solcher Mehrheit schliesslich eingesteht: es war nicht unser Ernst, wir haben's nur probirt mit Euch! Was dürft Ihr von einer Regierung erwarten, die Ihr selbst so schlecht erzogen hättet? Dass im Zollparlament eben durch wechselseitige Zugeständnisse etwas zu Stande gebracht ist, scheint mir dem Reichstag zu Gute zu kommen, wenn er jetzt festhält. Wir haben eben gezeigt, dass wir ernstlich etwas zu Stande bringen wollen und nachgeben können. Nun gilt es zu zeigen, dass man nicht wollen muss um jeden Preis

und dass man nicht nachgeben kann in jedem Falle. Noch Eins, ich gestehe es, ist nicht ohne Eindruck auf mich, wenn schon Manche darüber lächeln werden. Der deutsche Reichstag hat vor der ganzen gesitteten Welt Stellung genommen in dieser Frage unter dem Panier des Fortschritts. Nichts hat ihm so sehr die Gunst des allgemeinen Welturtheils eingebracht. Das lässt sich nicht in Groschen und Pfennigen umrechnen, und ist doch Etwas. Den Sinn der darin liegt, kann ich nicht besser erklären als durch Folgendes:

Gegen Beibehaltung des Henkers stimmten

Fürsten,	Grafen,	Herren von,	Bürgerlich,	Total.
2.	6.	21.	89.	118.

Für Beibehaltung des Henkers stimmten:

Fürsten,	Grafen,	Herren von,	Bürgerliche,	Total.
4.	16.	47.	14.	81.

Zusammen für den Henker 67 vom Adel und 14 Bürgerliche; gegen den Henker 29 vom Adel und 89 Bürgerliche.

So ward mir klar, das die Entscheidung in der Hauptsache eine Frage sei zwischen der alten Feudalwelt und der neuen bürgerlichen. Man erzählt, dass in Russland früher politische Schriftsteller zuweilen verurtheilt wurden, am Pranger stehend ihr eigenes Buch Blatt für Blatt aufzuessen. Verstände sich der Reichstag dazu sein Votum über die Todesstrafe aufzuheben,

ich fürchte, der Welt käme es vor, als ständen wir bürgerliche Deutsche mit dem Halseisen hoch auf einem Gerüste und würgten unser eigenes Werk hinab, dieweilen unten die Herren vom Adel spazierten und ironisch das Schauspiel durch ihre Lorgnetten mitansähen.

Ich habe manche Stunde geschwankt, wozu man sich entschliessen soll, aber ich bin letztlich dazu gelangt, entschlossenen Herzens zu sagen:

Pereat còdex, fiat Germania!

Ludwig Bamberger.

IV.

Berlin, 22. Mai 1870.

Geehrte Herren!

Ich habe Sie vertraut gemacht mit den Sorgen, welche das Kapitel der Todesstrafe umringten, und obgleich dieses ganze Gebiet erst jenseits der fatalen Mauthlinie beginnt, mit welcher die Thätigkeit Ihres Zolldeputirten umzäunt ist, so werden Sie darum mit einer Inkompetenzeinrede ihm nicht entgegengetreten sein. Vielmehr ist er überzeugt, Sie lohnen es ihm eher mit Dank als mit Vorwürfen, dass er sich gewissermassen als Ihren Reichstagsabgeordneten in partibus infidelium betrachtet. Bekanntlich rechnet der Papst in das Reich der ihm untergebenen Christenheit ganze Länderstrecken ein, welche dermalen in der Gewalt der Ungläubigen sich befinden und darum seinen Bullen und Breven unzugänglich sind. Damit aber nicht in Vergessenheit

gerathe, dass die Christenheit ein wohlbegründetes Recht auf jene, nach irgend einer Nikolsburger Mässigung in den Tagen der Kreuzzüge den Heiden gebliebenen, Länderstrecken besitze, ernennt der heilige Vater von Zeit zu Zeit einen Bischof von Trapezunt oder von Chalcedon, dem nur einstweilen zufällig noch nicht vergönnt ist, mit Inful und Krummstab in seinen Sprengel einzurücken. In ähnlichem Sinn haben Sie Ihren Abgeordneten zum Zollparlament gewählt, und wenn irgend ein Fleck deutscher Erde gegen die Gewaltthat seiner Ausschliessung aus der Gemeinschaft des deutschen Staates zu protestiren recht thut, so ist es der unsrige, denn die leibhaftige Wirkung dieses Missverhältnisses ist keine andre als die seiner gänzlichen Entmündigung. Indem wir verhirdert sind, mittelst eigner Person am Reichstag zu erscheinen, sind wir desjenigen Grundrechts beraubt, welches heutzutage keinem Volk mehr bestritten wird, des Rechts, an der ihm bestimmten Gesetzgebung mitzuarbeiten. Werfen Sie nur einen Blick grade auf diese Angelegenheit des Strafgesetzbuchs in ihrem Konflikt mit der Frage der Todesstrafe. Wer zweifelt, dass die Entscheidung, wie sie hier im Norddeutschen Reichstag fiel, auch tür unser — der Geographie bisher unbekanntes — südhessisches Land das Gesetz schuf? Und dennoch hatten wir nicht ein Sterbenswörtchen

dabei mitzureden! Und dennoch, wie leicht konnten unsre sechs Stimmen dem Beschluss, der nur mit acht Stimmen Mehrheit gefasst wurde, eine andre Wendung geben! Da können Sie es mit Händen greifen, wie aberwitzig jene sogenannte Politik räsonnirt, welche nicht will, dass wir in den Norddeutschen Bund eintreten, darum weil er nicht die Frankfurter Grundrechte verkündet hat. Aus lauter Schwärmerei für die Grundrechte wird das erste und vornehmlichste dieser selbigen Rechte Preis gegeben, welches heisst: Mitwirkung an der Berathung und Beschliessung der Gesetze. Aus lauter Liebe zu den Grundrechten versagen sich jene Faseler die Möglichkeit, sich selbst Grundrechte schaffen zu helfen. Gestern hat der Reichstag ein Strafgesetzbuch vollendet, welches morgen bei uns seinen Einzug halten wird, wer möchte das in Zweifel ziehen? Aber während Canada und Australien längst dahin gekommen sind, ihre Gesetze nicht mehr fix und fertig aus den Händen eines Mutterlandes zu empfangen, während sogar Algerien und Cuba auf dem Punkte stehen, in den gesetzgebenden Körperschaften Frankreichs und Spaniens mitvertreten zu sein, erklärt es die hochweise Demokratie für den Ausfluss und Ausbund edler Freiheitsprinzipien, dass wir bei der Bearbeitung der uns aufzuerlegenden Gesetze eine mundtodte Kolonie bleiben müssen. Wie mit dem Strafgesetzbuch, so

wird es mit dem noch viel wichtigeren Strafprozess, mit dem ganzen bürgerlichen Rechte, mit dem Heimathswesen und vielen andern Materien gehen, deren Zwiespältigkeit innerhalb der Grenzen unsres unglückseligen Grossherzogthums ganz undenkbar ist. Und wie erst, wenn wir in die heitren Unmöglichkeiten gerathen, welche aus der schnurrigen Verfassung der Ortschaften Kastel und Kostheim sich ergeben müssen! Zwei rheinhessische Gemeinden welche nackt und bloss zum Norddeutschen Bunde geschlagen sind, während sie in ihrer ganzen Gerichts- und Verwaltungsverfassung dem süddeutschen Rheinhessen angehören. Wenn einmal das Leipziger Oberhandelsgericht und die oberste Behörde für Heimathsfragen in Wirksamkeit treten, werden aus dieser Zwitterhaftigkeit die wundersamsten Naturspiele erwachsen. Wie beispielsweise soll man es künftig halten, wenn ein Bewohner von Kastel oder Kostheim am Mainzer Handelsgericht prozessirt, dem er ja zugehört? In höchster Instanz hat er als Norddeutscher das Recht eine Entscheidung in Leipzig einzuholen. Das Leipziger Oberhandelsgericht aber kann von einem Urtheil des Mainzer Appellhofs so wenig Notiz nehmen, als von dem Ausspruch des Schatzkammergerichts an der Themse. So wird der arme Rechtsuchende mit seinen Acten unerhört zwischen Darmstadt und Leipzig hin

und herlaufen, bis dass es dem grossen Reich des Hessischen Südens am Ende der Tage gefallen möge, seine erhabene Selbstherrlichkeit aufzugeben. Solchem Skandal ein Ende zu machen, war der nächste Zweck des Antrags, welchen der Abgeordnete Lasker im Reichstage dahin gestellt hat: dass jeder einzelne Staat auf sein Verlangen ohne Weiteres in die Gemeinschaft des Norddeutschen Bundes aufgenommen werde. Für unser armes Hessenland wäre aus der Anerkennung dieses Satzes schon der Gewinn entsprungen, dass endlich einmal zur Klarheit hätte kommen müssen, wem denn die Sprödigkeit des Statusquo zur Last fällt: Ob der preussischen Politik, wie Hessen zu verstehen gibt, oder der hessischen Politik, wie Preussen andeutet. In eben so fataler wenn auch minder lächerlicher Weise findet sich Baden ausgeschlossen, nur dass hier über den Sitz des Widerstandes keine Zweideutigkeit möglich ist. Alle schönen und unschönen Gründe, mit denen Graf Bismarck dem Laskerschen Antrag gegenüber seine müde deutsche Stillstandspolitik vertheidigt hat, fallen für uns nicht halb so schwer ins Gewicht als die Thatsache der ungereimten Rechtlosigkeit und Rechtsverwirrung mit der wir gegenwärtig zwischen Nord und Süd in der Luft hängen. Allerdings liess der Graf so zwischen den Zeilen lesen, dass es mit Hessen ein andres Ding sein möchte, als mit Baden; dass unter Umständen Hessen

eintreten könnte. Aber so lange er den Eintritt Badens von sich weist, kann es ihm auch mit dem von Hessen nicht rechter Ernst sein; denn wie vermöchte er sich darüber zu täuschen, dass nach Hessens Aufnahme das schon jetzt kaum aufhaltbare Andringen von Baden ganz unwiderstehlich werden müsste? Und darum hat mit Recht die deutsche Nationalpartei an die Spitze ihres Programms gesetzt: dass jedem südlichen Staat ohne Rücksicht auf seine Nebenländer das Recht zuerkannt werde, in den Bund einzutreten. Der Bundeskanzler liebt es in Gleichnissen zu reden, die überhaupt bekanntlich wenig beweisen, aber auch im besondern Fall nicht immer passen. So das Bild von dem süddeutschen Milchtopf, welchen der Norddeutsche Bund nicht abrahmen möge. Aber mir will scheinen: grade dieser Brauch empfehle sich hier. Je werthloser das Zurückbleibende für sich ist, destoweniger hat es Ursache auf eigene Faust weiter zu existiren. Jetzt sind die vier Staaten, Hessen, Baden, Würtemberg, Baiern, noch Etwas, sie stellen für unsre Gegner diesseits und jenseits der Grenze noch den Schatten eines Gesammtbegriffs vor unter dem Namen „Süddeutschland“ mit der wenn auch noch so nebelhaften Möglichkeit eines „Südbundes.“ Man entziehe ihnen Hessen und Baden, und sie bleiben nichts mehr als zwei Kleinstaaten, die weder sich zu einem Ganzen zu vereinigen, noch in ihrer Selbst-

ständigkeit auf die Länge zu verharren, Aussicht haben. Dann hat die verderbliche Mainlinie aufgehört die Karte Deutschlands zu entstellen; dann hat der Name, der lächerliche, ärgerliche Name „Süddeutsche“ aufgehört einen Sinn zu haben; dann giebt es auf der einen Seite: Deutsche, auf der andern: Würtemberger und Baiern, denen der Schimpf und Spott solcher Zwergnationalität bald zum Ekel werden muss. Mit der Theorie, dass er nur die vier süddeutschen Staaten auf einmal nehmen könne, verlässt der Bundeskanzler die ganze Tradition seiner eigenen inneren Politik; er verfällt damit in den Irrthum grade seiner unversöhnlichsten Gegner, welche auf ihre Fahne geschrieben haben: „Alles oder Nichts!“ und es ist gar nicht abzusehen, warum in ein so unträtables Programm (welches ja nur eine Umschreibung des sogenannten grossdeutschen wäre) nicht auch Deutschösterreich sollte aufgenommen werden. Bekennen wir uns einmal zu der Formel, dass mit dem nächsten Schritt der deutsche Staat zu seiner definitiven Gestalt kommen müsse, so ist unvermeidlich auch Deutschösterreich zur unerlässlichen Beigabe der nächsten Erweiterung zu machen. Die Politik, welche den Norddeutschen Bund gegründet und bisher geleitet hat, ist aber keineswegs die des „Alles oder Nichts.“ Sie begnügt sich mit dem Gewinn den sie jedesmal greifen

kann und sie verlässt sich darauf, dass jeder Zuwachs dem Grundgesetz, auf dem sie beruht, neue Stärkung bringen muss. Die grössern Massen ziehen die kleinern an: darauf basirt unsre Rechnung, und wenn wir den deutschen Staat um zwei Fürstenthümer vergrössern und den süddeutschen Rumpf um ebensoviel verkleinern, so ist wahrlich kein Anlass da, eine schlechte Wirkung davon zu befürchten.

Es ist in gewissen Kreisen Mode geworden, die Interpellation Laskers wegen Baden als eine bedauernswerthe Taktlosigkeit zu bewehklagen. Solche kitzliche Fragen, wird uns mit weiser Miene zugeflüstert, dürfe man nicht aufs Tapet bringen, ohne sich bei den höchsten Personen vorher vergewissert zu haben, dass sie auch willkommen seien. Wenn der Abgeordnete Lasker schweigen wollte, so konnte er die Mühe sparen, vorher bei dem Bundeskanzler anzufragen, ob er reden dürfe. Die verneinende Antwort verstand sich ja von selbst, und die einzige Art den Gegenstand anzurühren ohne den Bundeskanzler zu compromittiren, bestand eben darin, ihn sorgfältig aus dem Spiel zu lassen. Es ist schon ganz gut, dem Stifter des Nordeutschen Bundes alle erdenkliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber seiner höheren Politik wäre nichts verderblicher als jene namenlose Angst, ihn einen Augenblick in üble Laune zu versetzen, als dieses fromme

Gewinsel über jede Regung, die seinem augenblicklichen Humor zu nahe tritt. Die, welche ihm manchmal mit ihrem nationalen Ungestüm in die Quere kommen, dienen ihm besser, als die, welche stets nur auf sein Augenzwinkern warten, ehe sie den Mund aufthun, und — wer weiss ob es ihm nicht heute schon ganz recht ist, dass Lasker sich zum Ausdruck der badischen Ungeduld gemacht hat? Es wäre zum Mindesten nicht das erste Mal, dass der Preussische Premier aus solchen Belästigungen, aus solchem Druck von aussen recht fein Nutzen zu ziehen verstanden hätte.

Und darum bleibe vor Allem uns armen Blind-Darm-Hessen ohne Wanken und Weichen der erste Satz unsres Begehrens: Eintritt in den Norddeutschen Bund!

Denn jene andre Methode — gestehen wir's uns ehrlich — welche vor zwei drei Jahren im Schwange war, deren Sinn in die Worte sich zusammenfasste: „Zollparlament Vollparlament!“ jene Methode, wir dürfen es bekennen, ist den Weg der Blüthenträume gewandelt. Sie entsprach dem Gefühl der ersten Hoffnung, die sich aller Sorgen um das Wie oder Wo entschlägt; sie war vielleicht nicht ganz fremd jenen historischen Reminiscenzen einer anderen Periode, die uns so lange als grosses Vorbild aller erhabenen Evolutionen vorgeschwebt hat. Gewiss zog Manchem bei der ersten Erwar-

tung von dem künftigen Zollparlament unwillkürlich die Erinnerung herauf an jene unendlich ergreifenden Momente, von denen wir in den Schilderungen des 17. Juni oder des 4. August 1789 lesen, da in einer dramatischen Sitzung der dritte Stand sich zur Nationalversammlung erweiterte oder der gesammte Adel seine Privilegien auf den Altar des Vaterlandes niederlegte. So ungefähr, träumte man dunkel, könnte eines Tags unter dem Andringen einer hinreissenden Begeisterung das Zollparlament, sich aufraffen und zum wahren vollen Vertreter der gesammten Nation emporschiessen. Aber weder Zeit noch Umstände, noch der Geist unseres Volkes entsprechen dergleichen überschwänglichen Bewegungen. Auch hat in deutschen Landen aller Gefühlsüberschuss seinen breiten und stets befahrenen Ableitungskanal in der unendlichen Reihe der Festmale und Trinksprüche, denen wir Jahr aus Jahr ein obliegen. Dahin leiten wir das Uebermass unserer Begeisterungsfülle, und so, befreit von aller Gefahr verzehrenden Feuereifers, besorgen wir mit um desto grösserer Bedächtigkeit die Aufgaben der praktischen Politik. Sollte es einmal dem Deus ex machina, dem himmlischen Zufall, beikommen, uns mitten im Zollparlament mit einer grossen nationalen That zu überraschen, um so besser! Nur in unsre Berechnung sie aufnehmen, dürfen und wollen wir nicht länger. Der Augenblick, in dem sie, wenn überhaupt, denkbar

war, der erste nämlich, ist unwiederbringlich vorüber. Dies sonderbare Parlament mag weiter bestehen in seiner doppelten Eigenschaft, als ein sachlich unentbehrliches Werkzeug und als eine lebendige Mahnung an die Unvollkommenheit und Unebenmässigkeit unserer dermaligen Verfassung. Jedem deutschen Wähler und Gewählten, der überhaupt weiss, was ein Staat ist und bezweckt, wird mit fortschreitender Zeit der Widersinn deutlicher werden, welcher das Maass seiner Theilnahme an dem gemeinsamen Dasein der Nation auf diesen engen und unschliessbaren Kreis beschränkt; und der Ruf nach einer vernünftigen und würdigen Ordnung der Dinge wird sich dahin wenden, wo er allein gehört werden kann: an den Reichstag des Norddeutschen Bundes, damit dieser alle Vertreter der Nationen in sein festes Gefüge aufnehme. Diesen von allen unklaren und theatralischen Vorstellungen gereinigten Weg haben wir in Zukunft im Auge zu behalten. Der Reichstag hat sich bewährt, er trägt das Bewusstsein eines dauernden und wachsenden Berufs in sich; kein Zweifel, dass er bestimmt ist, Zollparlament von der einen Seite, Landtage von der andern zu überleben, aufzusaugen, und dieser Bestimmung entsprechend, auch die Regierungsform an seiner Spitze umzugestalten. Dem Zollparlament bleibt neben dem Troste, das Nützliche geleistet und eine Lücke im deutschen Provisorium ausgefüllt zu haben, die Erkenntniss, dass

es zu grossen Dingen schwerlich berufen, ja, dass mit jedem heraufsteigenden Jahr das Feld seiner Thätigkeit von selbst eng und enger werden muss. Mit jedem Handelstraktat, den es einregistrirt (an sich schon eine blos formelle Mitwirkung) mit jedem Zoll, den es abschafft, schwindet unter seinen Füssen der Boden auf dem es steht, und schon von heute an liesse sich mit einiger Wahrscheinlichkeit berechnen, wann ungefähr ihm das Lebenslicht Mangels nährender Beschäftigung ausgehen wird. Gewisse grosse Steuerprojekte, gewisse Monopolien, die ihm vielleicht von dieser und jener Seite zugedacht sind, wird es nicht auf seine schmalen Schultern nehmen. Sein Reich ist nicht von dieser Welt der grossen Umwälzungen, sein Beruf, ja selbst die kärglich gemessene Zeit seiner Versammlungen geben ihm nicht den Zuschnitt eines Wesens, welches grosse Unternehmen und gar solche von bedenklichem Charakter (wie ein Tabaksmonopol) auf sich laden möchte. Bescheiden und vergänglich ist seine Sendung, das beste an ihm sein Ursprung; die Wahl aus der es hervorgeht, ist die Zählung der Nation nach solchen, welche ihre Zeit und ihre Aufgabe verstehen und solchen, welche dem Ruf des Vaterlands und der Vernunft verschlossen bleiben. So hat das Volk südlich des Mains zum ersten Male die Wahlen aufgefasst, so möge und wird es sie zum zweiten Male abermals verstehen. Weil nichts so sehr Kraft und

Zutrauen gibt, wie das Bewusstsein, in der möglichst grossen Gemeinschaft der einsichtsvollen Redlichen sich zu finden: darum sollen uns die zweiten Wahlen ebenso regsam, ebenso entschlossen und ebenso treu wiederfinden wie die ersten uns gefunden haben. Und somit auf Wiedersehen im guten Kampf für den einigen, untheilbaren deutschen Staat.

Ihr ergebenster

Ludwig Bamberger.



Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.





